uz
Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP
www.unsere-zeit.de

Hamburger „Flüchtlingsparadies“

Das Leben im Container birgt vor allem für weibliche Flüchtlinge vielerlei Gefahren - das gilt nicht nur in Hamburg, aber dort auch.

Seite 4

Fauna von Konterrevolutionären

Der junge kubanische Blogger Jorge Jérez („Jorgito“) nahm an den Foren des Amerika-Gipfels teil. „In unserer AG waren keine Söldner anwesend“.

Seite 13

unsere zeit

24. April 2015 · Nr. 17 · 47. Jahrgang PVSt K 4956 D · Entgelt bezahlt · **2,80 €**

Thema der Woche

Spur ins Ministerium

Allein in den letzten Wochen ermordeten rechte Gruppen mindestens sieben Kritiker der Kiewer Regierung. Die Empörung westlicher Politiker bleibt aus. Die Poroschenko-Regierung leistet Schützenhilfe - mit Propaganda, mit Verboten und mit direkter Unterstützung für den rechten Terror.
Zusätzlich werden Altnazis geehrt, nazistische Freiwilligenverbände mit Hakenkreuz und SS-Runen am Stahlhelm im Rahmen einer angeblichen „Anti-Terror-Operation“ in der Ost-Ukraine eingesetzt.

Seite 13

Stunde der Heuchler

Foto: Sara Prestianni/Flickr/ CC BY 2.0

Ankunft von Bootsflüchtlingen auf der Insel Lampedusa.

Die Stunde der ertrunkenen Flüchtlinge im Mittelmeer ist zugleich die Stunde der Heuchler. Gerade diejenigen, die wie Union, SPD und Grüne im Bundestag für Kriege, Regime Change, Auslandseinsätze der Bundeswehr und Rüstungsexporte stimmen und damit Länder wie Syrien, Libyen und Mali erst verwüstet haben, schreien jetzt am lautesten. Diejenigen, die wie Innenminister de Mazière dafür gesorgt haben, dass das EU-Seenotrettungsprogramm Mare Nostrum eingestellt wird, drücken sich einige Krokodilstränen aus den Augen und rufen zum Kampf gegen die Schlepper auf, deren brutales Geschäft sie erst ermöglichen. Und nicht zuletzt diejenigen, die durch die schonungslose Durchsetzung von Profitinteressen deutscher Großkonzerne die Lebensgrundlagen der Menschen zerstören, aus denen die Menschen fliehen, beschwören jetzt die europäischen Werte. Entsprechend wurde in Brüssel auf dem Treffen der Außenminister gehandelt. Ein wenig mehr Seenotrettung als Kosmetik. Das war's. Selbstverständlich wird an der mörderischen Abschottungspolitik, wie auch an der Politik eines immer brutaler agierenden Imperialismus festgehalten. Brüssel und Berlin sind damit direkt weiter verantwortlich, dass das Mittelmeer zum Massengrab wird.
Die Politik von Großer Koalition und Grünen hat in den letzten zehn Jahren nicht nur dafür gesorgt, dass die deutschen Oligarchen, die Piechs, Quandts, Mohns, und Springers immer reicher wurden, sondern auch im Weltmaßstab eine Politik mit befördert, bei der die Superreichen immer reicher werden, während viele Menschen ohne jede Perspektive dastehen. Nun wird von der herrschenden Politik Stimmung gemacht gegen die Armutsflüchtlinge, für die man selbst mit Verantwortung trägt. Mit nützlichkeitsrassistischen Kampagnen soll die Bevölkerung frei nach dem Motto Becksteins „Wir brauchen mehr Ausländer, die uns nützen, nicht die uns ausnützen“ Stimmung gemacht. Denn wer nach unten tritt, buckelt in der Regel nach oben. So wird die Forderung nach einem neuen Einwanderungsgesetz, das den angeblichen Fachkräftemangel für das deutsche Kapital beheben soll – in Wirklichkeit geht es um Lohndrückerei – mit der Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge verknüpft. Und es verwundert nicht, dass Pegida eben genau dies fordert. Ein Auslesegesetz nach kanadischem Vorbild. Die geheime Botschaft ist: Was für das Kapital gut ist, das ist auch für dich gut. Armutsflüchtlinge wie auch politisch Verfolgte tauchen in diesem sozialdarwinistischen Weltbild als Feind oder zumindest als unangenehme Last auf.
Wer wirklich etwas gegen den massenhaften Tod von Flüchtlingen tun will, der muss die Heuchler der herrschenden Politik stellen. Wir müssen Druck machen für ein sofortiges umfassendes Seenotrettungsprogramm im Mittelmeer. Druck für ein Ende der mörderischen Abschottungspolitik. Wir brauchen zudem eine antikapitalistische und antimilitaristische Flüchtlingspolitik, die der imperialistischen Zerstörung der Welt durch die brutale Profitmaximierung einiger weniger in den Arm fällt.

Sevim Dagdelen

Wirtschaftsflüchtlinge

Die Gerti hat g'sagt, dass sie es überhaupt nicht versteht, warum ein Wirtschaftsflüchtling nach Deutschland nicht mehr einreisen kann. Vor allem, weil sie noch nie einen gesehen hat.
Und die Gerti hat außerdem g'sagt, daß uns durch Wirtschaftsflüchtlinge, die aus Deutschland ausreisen, eigentlich viel mehr passiert.

Deswegen, hat die Gerti gemeint, müßte es eher verboten sein, daß Wirtschaftsflüchtlinge aus Deutschland ausreisen. – Denn solche Wirtschaftsflüchtlinge kennt sie zur Genüge, wie den Direktor Aumüller von der Raiffeisen, oder den Immobilienhändler von Traden, die beide immer ihr Geld in die Schweiz bringen.

Neue Verkehrsregeln

Nach Inkrafttreten des Freihandelsabkommens ändert sich die deutsche Straßenverkehrsordnung wie folgt:
1. Verkehrsregeln sind mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt. Es gilt nur doch das Faustrecht, das Recht des Abdrängens, sowie des Gebrauches von Schusswaffen auch größeren Kalibers im deutschen Straßenverkehr.
2. Wer den Wettbewerb von großen und schnellen Fahrzeugen, die für den hoheitlichen freien Handel unterwegs sind, behindert, macht sich strafbar.
3. Passanten tragen allein das Risiko bei Unfällen, wenn Firmenfahrzeuge, Geldtransporter oder Managerlimousinen aufgehalten werden. Auch wenn sie nicht schuld sind.
4. Um Schadensfälle solcher Art zu verhindern, ist es für Passanten daher billiger und sinnvoller, sich von solchen Fahrzeugen für den Erfolg des ungebremsten freien Wettbewerbs überfahren zu lassen.

Neue Ausreisebestimmungen

Die Ausreise aus Deutschland ist neuerdings unter Strafe gestellt, wenn sie dazu dient, an Kämpfen in Krisengebieten teilzunehmen. Ausgehend von dieser gesetzlichen Regelung kann man davon ausgehen, daß alle Bundeswehrsoldaten, die sich gegenwärtig im Ausland befinden oder vorhaben, auszureisen, sofort einzusperren sind. Inklusive der Bundesverteidigungsministerin.

Werner Lutz, www.einheiztext.de

Schüler bei der SDAJ

LSV NRW unterstützt Festival der Jugend

Gemeinsam gegen Selektion – die LandesschülerInnenvertretung NRW unterstützt das Festival der Jugend. Lia, Mitglied des Landesvorstandes, erklärt, warum:

„Selektion hat viele Gesichter: Sexismus, Rassismus, Behinderung oder soziale Herkunft. So äußert sie sich schon ganz früh offensichtlich in unserem vielgliedrigen Schulsystem, wenn bereits nach der vierten Klasse in vermeintlich „dumm“ oder „intelligent“ sortiert wird. Wie kann es sein, dass von 100 Kindern 77 aus Akademikerfamilien die Hochschulreife erreichen, jedoch nur 23 aus Familien ohne akademischen Hintergrund? Und warum wird von Inklusion gesprochen, wenn die Schulen noch gar nicht fähig sind diese umzusetzen? Bildung muss kostenlos und in jeder erdenklichen Hinsicht barrierefrei für alle sein.

Wir vertreten demokratisch legitimiert die Interessen der SchülerInnen NRWs und kooperieren dabei mit vielen anderen Organisationen. Dieses Jahr unterstützen wir zum Beispiel auch das Festival der Jugend der SDAJ – denn wer gleiche Ziele hat, sollte sie gemeinsam verfolgen. Die haben SDAJ und LSV: Eine Schule für alle, weniger Leistungsdruck, gegen den Einfluss von Wirtschaft und Bundeswehr in den Schulen oder eine wirkliche Umsetzung von Inklusion, nicht etwa die bloße Schließung von Förderschulen, um abermals zu sparen. Warum wir das Festival der Jugend unterstützen, liegt also auf der Hand. Ganz konkret beteiligen wir uns als LSV z. B. an einer Podiumsdiskussion zum Thema Inklusion, aber vor allem freuen wir uns auf nette Menschen, intensive Gespräche und neue Ideen.“ **UZ**

Weltweite Proteste gegen TTIP & Co

750 Aktionen auf allen Kontinenten

Am vergangenen Samstag gingen weltweit Zehntausende gegen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA auf die Straße. Anliegen war, Angriffe auf soziale, rechtliche, ökologische und demokratische Standards abzuwehren, die diese Vereinbarungen mit sich bringen würden. Wahrlich keine bösen Zungen charakterisieren TTIP als nachhaltiges Demokratie- und Umweltschutz-Entsorgungsprogramm.

Über 750 Aktionen fanden auf allen Kontinenten statt. Besonders in der Bundesrepublik und in Österreich fanden Großkundgebungen statt: 23 000 Menschen waren es in München, 4 000 in Berlin. In Leipzig, Nürnberg, Kassel und Stuttgart demonstrierten Tausende, kleinere Demonstrationen fanden auch in weiteren Städten statt. In zahlreichen Städten der Bundesrepublik veranstalteten darüber hinaus lokale Bündnisse oder Einzelorganisationen kleinere dezentrale Aktionen.

In Wien demonstrierten 10 000, in Graz waren es 3 500 Teilnehmer. Am Aktionstag gab die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Stop TTIP“, die sich gegen die Handelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) wendet, bekannt, dass sie mittlerweile allein in Deutschland eine Million Unterschriften gesammelt hat.

Deutschland liegt damit klar vorne, was die Zahl der Unterschriften angeht, aber der Widerstand gegen die Handelsverträge wird nach Angaben des Bündnisses zunehmend internationaler. Insgesamt haben bisher über 1,7 Millionen Menschen für die selbstorganisierte EBI unterschrieben. In zwölf EU-Mitgliedstaaten konnte die Mindestzahl an Unterschriften bereits übersprungen werden. „Damit haben wir die Voraussetzungen für eine offizielle EBI schon deutlich übertroffen“, sagt Michael Efler, Vertreter des Stop-TTIP-Bürgerausschuss und Koordinator der Kampagne. „Die EU-Kommission muss einsehen, dass wir uns durch ihre offenbar politisch motivierte Ablehnung nicht mundtot machen lassen. Wir wollen die erfolgreichste aller bisherigen EBIs werden und den politischen Druck gegen die undemokratischen Handelsabkommen weiter erhöhen.“

Für den 10. Oktober plant ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis eine große Anti-TTIP-Demonstration in Berlin.

Gerhard Ziegler

Gastkolumne von Olaf Harms

Knirscht es noch? Oder bricht es schon?

In der letzten Woche fand ein bemerkenswertes Gespräch von Gewerkschaftern mit Pressevertretern statt. Eingeladen hatten Reiner Hoffmann vom DGB sowie die Vorsitzenden der IG BAU, IG BCE, IG Metall und EVG. Vorgestellt wurde ein gemeinsames Kooperationsmodell der vier Einzelgewerkschaften, die zusammen rund 3,4 Millionen Mitglieder vertreten.

Inhaltlicher Ausgangspunkt: Strukturwandel durch Digitalisierung und Energiewende und damit zusammenhängend die Veränderung von Wertschöpfungsketten. Darüber hinaus wurde sich auf ein eigenes Modell für die Lösung von Zuständigkeitskonflikten zwischen den vier Einzelgewerkschaften verständigt.

Festzuhalten ist, das von der Digitalisierung und den damit einhergehenden Veränderungen der Wertschöpfungskette alle Gewerkschaften, also auch ver.di, NGG, GEW und GdP, betroffenen sind. Und festzuhalten bleibt auch, dass es bereits heute ein Schlichtungsmodell bei Streitigkeiten über die Zuständigkeit von Gewerkschaften für einzelne Betriebe oder Unternehmen unter dem Dach des DGB gibt, das für alle Mitgliedsgewerkschaften gilt.

Deshalb ist die Frage aufzuwerfen, warum die eingangs genannten vier Gewerkschaften unter Ausschluss der anderen enger bei Themen kooperieren wollen, die doch letztlich alle Gewerkschaften betreffen und ob ein solches Vorgehen den DGB nicht insgesamt in Frage stellt.

Fragt man nach objektiven Ursachen, dann ist festzustellen, dass die Interessenlage der einzelnen Gewerkschaften bei bestimmten Themen weit auseinanderklafft, das ist z. B. beim Thema Freihandelsabkommen so. Sehen führende Kräfte in den Industriegewerkschaften hier Möglichkeiten, durch Verhandlungen in bestimmten Sektoren – z. B. der Auto- oder der chemischen Industrie – Arbeitsplätze an deutschen Standorten zu sichern, befürchten andere Gewerkschaften, insbesondere ver.di, vor allem einen dramatischen Privatisierungsschub der öffentlichen Daseinsvorsorge mit dem damit einhergehenden Verlust von Arbeitsplätzen. Die inhaltliche Position der jeweiligen Gewerkschaft lässt sich also weitgehend aus der Lage erklären, in der sich ein Großteil ihrer Mitglieder befindet.

Ein weiterer Grund liegt in der Antwort darauf, dass das Kapital seit Anfang der 90er Jahre – forciert mit dem Mittel der Ausgliederung – zum einen seine Profite zu Lasten der Beschäftigten steigert, und zum anderen zur Zersplitterung der Tariflandschaft und damit zur Schwächung der Gewerkschaften beiträgt. Die vier Gewerkschaften beantworten diese Frage mit der Organisation der Mitglieder – und damit der Zuständigkeit – entlang der Wertschöpfungskette. Statt nun gemeinsam zu versuchen, die ausgegliederten Bereiche zu organisieren und das Prinzip „ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ anzuwenden, soll die Organisierung von Mitgliedern entlang der Wertschöpfungskette zum neuen Organisationsprinzip erklärt und durchgesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund ist auch die unterschiedliche Haltung zum Tarifeinheitsgesetz zu erklären. Im Bereich der Industriegewerkschaften existieren sogenannte Sparten- oder Berufsgruppengewerkschaften nicht. Es kann der Eindruck entstehen, dass das neue Gesetz sich gegen die eigenen „Schwestergewerkschaften“ – insbesondere bei den industrienahen Dienstleistungen – gut anwenden lässt. Wie sonst ist zu erklären, dass sich „nur“ ver.di, NGG und GEW klar und deutlich als Gegner dieses Gesetzes positionieren.

Obwohl es sich um einen in der Geschichte der Einheitsgewerkschaften der letzten Jahrzehnte ungewöhnlichen Vorgang handelt, spielen die Gewerkschaften, ob nun ver.di oder IGM, diesen herunter. Dabei gibt es gerade zwischen ihnen hinsichtlich von Zuständigkeiten die größten Auseinandersetzungen.

Die Gefahr ist groß, dass sich durch ein solches Kooperationsmodell die Machtverhältnisse innerhalb des DGB zugunsten derjenigen verschieben, die die meisten Mitglieder vertreten; es also nicht mehr unabhängig von der Mitgliederzahl gleichberechtigte Gewerkschaften gibt und dadurch der DGB insgesamt geschwächt wird.

„Morgen werde ich gehängt, schafft die Einheit“ sagte der sozialdemokratische Gewerkschafter Wilhelm Leuschner und wird gerade in diesen Tagen immer wieder zitiert. Ja, es ist gut, wenn im Kooperationspapier der vier Gewerkschaften auf die Einheit im DGB als politisches Vermächtnis als Folge von Krieg und Faschismus Bezug genommen wird. Dieses Vermächtnis zu bewahren, auch und gerade bei radikalen Veränderungen in Betrieb und Verwaltung und deren Folgen bis hin zur Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses, dazu sind alle Gewerkschaften aufgerufen.

„Die Wertschätzung dieser Berufe muss sich auch im Portemonnaie bemerkbar machen“

Arbeitssituation in Berufen des Sozial- und Erziehungsdienstes, aber auch des Krankenhauspersonals, muss dringend verbessert werden. Lohnerhöhungen und Investitionen nötig

UZ: *Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di fordert im Rahmen einer Kampagne die Aufwertung von Sozial- und Erziehungsberufen. Wie ist es um Angestellte in diesem Arbeitsfeld bestellt?*

Susanne Schaper: Die Arbeitssituation ist schlecht. Auf den Betroffenen lastet ein großer Druck. Sie müssen stets funktionieren, werden jedoch viel zu gering entlohnt. Anstatt dass diese Gesellschaft dankbar ist, dass Kinder, Kranke, betagte Menschen und Hilfsbedürftige kompetent versorgt werden, werden derlei Tätigkeiten – zumindest was deren Entlohnung angeht – keineswegs gebührend gewürdigt. Ich teile daher sowohl die Ziele der sogenannten Aufwertungskampagne von ver.di als auch explizit die Forderung einer neuen Bewertung der Tätigkeiten und der entsprechenden Eingruppierungsmerkmale und -strukturen für die in den besagten Arbeitsbereichen Tätigen. Letzteres würde einer Lohnerhöhung von durchschnittlich etwa zehn Prozent gleichkommen. Ich denke, dass dies im Sinne der Allgemeinheit und unbedingt unterstützenswert ist.

UZ: *Bereits seit Februar verhandelt ver.di mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA) über eine Aufwertung der sozialen Arbeit. Bisher ohne Erfolg. Warum?*

Susanne Schaper: Die Vertreter der VKA haben in der Vergangenheit erklärt, dass die Beschäftigten zwar gute Arbeit leisten würden, höhere Eingruppierungen jedoch nicht möglich sein. Damit widersprechen sich die Arbeitsgeber meines Erachtens deutlich. Gute Arbeit muss auch guten Lohn mit sich bringen. Von warmen Worten kann man schließlich weder seine Miete bezahlen, noch etwas zu essen kaufen.

Übrigens sind es vor allem Frauen, die in Sozial- und Erziehungsberufen tätig sind. Diese müssen schlimmstenfalls weitere Jobs annehmen, weil sie mit ihrem Gehalt nicht über die Runden kommen.

Manche haben darüber hinaus auch noch Kinder, die versorgt und finanziert werden müssen. Von der mickrigen Rente, die der Mehrheit der Betroffenen später droht, einmal ganz abgesehen. Hier besteht also dringender Handlungsbedarf. Im Übrigen fehlen jetzt gut ausgebildete zusätzliche Kräfte in den Sozial- und Erziehungsberufen.

Erst vor wenigen Tagen wurde bekannt, dass der Anteil befristeter Neueinstellungen im Bereich der Sozial- und Erziehungsdienste deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt liegt. Antworten der Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen der Linksfraktion im Bundestag machten nun öffentlich bekannt, dass dieser Anteil in den Jahren 2004 bis 2014 bei durchschnittlich 74 Prozent lag, der bundesweite Durchschnitt hingegen bei 44 Prozent. Aus den Antworten geht außerdem hervor, dass im Juni 2014 in der Berufsgruppe Erziehung, Sozialarbeit und Heilerziehungspflege bundesweit rund 91.000 ausschließlich geringfügig Beschäftigte arbeiteten.

Foto: DiG/trialon

Susanne Schaper (Linkspartei) ist Mitglied des Sächsischen Landtages und dort tätig im Ausschuss für Soziales und Verbraucherschutz, Gleichstellung und Integration. Vor ihrer Abgeordnetentätigkeit arbeitete sie als Krankenschwester.

Klar ist also, die Wertschätzung dieser Berufe muss sich auch im Portemonnaie bemerkbar machen. Das gilt sowohl für pädagogische Arbeit in der Kita als auch die in der Grundschule, die gleichwertig sind. Auch Alleinerziehende in Teilzeit müssen von ihrem Gehalt Leben können müssen.

UZ: *Sie haben, bevor Sie in den Landtagswahlen im vergangenen Jahr in den Sächsischen Landtag eingezogen sind, als Krankenschwester gearbeitet. Die Arbeitsbelastung dürfte in diesem Arbeitsfeld noch schlimmer ausfallen, oder?*

Susanne Schaper: Ich will zu kritisierende Zustände nicht miteinander vergleichen. Die Arbeitsbelastung ist in beiden besagten Berufsfeldern ausgesprochen hoch. Wir müssen unter anderem für eine Entlastung der Ärzte und der Pflegekräfte sorgen, zum Beispiel durch eine Entbürokratisierung und wir brauchen dringend ein vernünftiges Fachkräftesicherungskonzept.

UZ: *Darüber hinaus dürften jedoch auch weitere Maßnahmen nötig sein?*

Susanne Schaper: Ja, beispielsweise müssen vor allem die Krankenhäuser gerade im ländlichen Raum noch wesentlich weitergehender für die ambulante medizinische Versorgung der Menschen geöffnet werden. Auch Präventionsangebote und Gesundheitsfürsorge müssen noch weiter ausgebaut werden.

Die Krankenhäuser müssen seit Jahren einen anhaltenden Kosten- und Rationalisierungsdruck aushalten und bewältigen. Trotz großer Anstrengungen können zunehmend mehr Häuser ihre laufenden Kosten nicht decken und sind mit absolut unzureichenden Investitionsmitteln konfrontiert. Demgegenüber steht aber ein stetig steigender Leistungsbedarf der – beispielsweise in Sachsen – immer älter werdenden Bevölkerung, verbunden mit höchsten Ansprüchen an die medizinische Leistungsfähigkeit, an die Qualität und die Patientensicherheit.

Die Krankenhausgesellschaft Sachsen, die immerhin derzeit 80 Krankenhäuser mit ca. 26 200 Krankenhausbetten, etwa 47 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und einem Umsatzvolumen von ca. 3,98 Milliarden Euro repräsentiert, fordert etwa endlich verlässliche Rahmenbedingungen von Bund und Ländern sowie eine ausreichende und stabile Investitionsfinanzierung.

Es ist ja fernab davon auch eine ethische Frage, wie man mit erkrankten Menschen umgehen und ihre Versorgung gewährleisten will und daher muss es auch im Gesundheitssystem zu radikalen Veränderungen kommen, die sich am Wohl derer orientieren müssen, die medizinische Hilfe benötigen. Und natürlich am Wohl der Bediensteten.

Das Gespräch führte Markus Bernhardt

Verbales Nein ist zu wenig

Position der IGM zu TTIP & Co

Mit „STOP TTIP! Wir unterstützen den Aktionstag“ rief die IGM Stuttgart zur Teilnahme gegen TTIP, CETA & TISA auf. Auch andere Verwaltungsstellen beteiligten sich am Aktionstag oder waren Teil von Bündnissen wie z. B. die IGM Frankfurt. Der Bevollmächtigte zeichnete für den gemeinsamen Aufruf verantwortlich: „Wir fordern von der Bundesregierung, der EU-Kommission und dem Europaparlament den sofortigen Stopp der Verhandlungen um die Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA“. Der Bezirk Mitte (Hessen u. a.) wies auf diese Demo in Frankfurt hin.

In Teilen der Verwaltungsstellen wurde zum Protest gegen die Freihandelsabkommen aufgerufen. Viele MetallerInnen sind dem gefolgt oder haben von sich aus an den Protesten zehntausender BürgerInnen teilgenommen.

Für fairen, freien Handel

Da muss der IGM-Vorstand noch dazulernen. Zwar teilte er vielfach mit, dass er Kritik an TTIP habe, ein Aufruf sich an den Protesten zu beteiligen oder sie gar zu organisieren blieb aber aus. In einer Vorstandsmitteilung im September hieß es: „Kernpunkte unserer Forderungen waren und sind:

- Freihandelsabkommen dürfen weder Arbeitnehmer- noch Verbraucherschutz-, Sozial- und Umweltstandards gefährden.
- Jede Art von Investitionsschutzabkommen wird abgelehnt.
- Alle ILO-Kernarbeitsnormen müssen von der US-Seite unterzeichnet werden.

Wird auch nur einer dieser Punkte nicht erfüllt, bleibt es beim „Nein“ der IG Metall zu TTIP“.

Im Debattenpapier zum Gewerkschaftstag, das sich an alle Mitglieder wandte, schrieb die IG Metall, es seien mehr Investitionen, Demokratie, Arbeitsplätze sowie echte Mitbestimmung für ein politisch vereintes, sozial gerechtes und wirtschaftlich starkes Europa notwendig. Das sei „durch die geplanten Handelsabkommen mit den USA (TTIP) bzw. mit Kanada (CETA) sowie durch das multilaterale Dienstleistungsabkommen (TISA) bedroht.“ Investitionsschutzregeln würden das Recht der Staaten und ihrer demokratisch gewählten Parlamente beschränken, soziale oder ökologische Interessen durch eine Regulierung der Märkte durchzusetzen. Es müsse sichergestellt sein, dass Handelsabkommen weder Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz-, noch Sozial- und Umweltstandards gefährden. Daher müssen die Handelspartner der EU alle ILO-Kernarbeitsnormen unterzeichnen und umsetzen.

In diesem Sinne äußerte sich der Vorsitzende Detlev Wetzel in einem Podcast. Die differenzierte PowerPoint-Präsentation des Vorstandes kommt mit vielen Detailinformationen zu den Handelsabkommen ebenfalls zu diesen Schlüssen (siehe angefügten Link).

Mitte April kritisierte die IG Metall gemeinsam mit dem DGB und anderen Verbänden und Institutionen in einem gemeinsamen Positionspapier den aktuellen TTIP-Verhandlungsstand. Das Abkommen bedrohe in der jetzigen Form Arbeits-, Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards sowie den Kultursektor.

Nein zu den Abkommen

Das ist alles richtig – dennoch unzureichend. Freilich lässt sich darauf aufbauen. Und genau dafür wird der Weg in Anträgen zum kommenden IGM-Gewerkschaftstag vorbereitet. Die Delegierten werden aufgefordert, TTIP und CETA zu verurteilen, sie abzulehnen und „Nein zu den Freihandelsabkommen der Banken und Konzerne“ zu sagen.

„Fit für den Wettstreit mit Asien“

In der Tat ist der Kern dieser Abkommen, erkämpfte Rechts- und Schutznormen der „Zivilgesellschaft“ zu „liquidieren“ wie Jean Ziegler schreibt. Das Ziel liest sich in der „Main-Post“ Würzburg so: Europas Wirtschaft solle für den „Wettstreit mit Asien fit“ gemacht werden. Die Protagonisten seien die großen Wirtschaftsverbände.

Foto: Ulf Stephan/r-mediabase.eu

Aktionstag gegen TTIP in Kiel.

Man kann auch sagen, die Großkonzerne planen mit TTIP, CETA und TISA aggressiv die vollständige Übernahme der Macht im Kapitalismus. Wahlen und daraus entstehendes Regierungshandeln wird zur völligen Makulatur, ebenso Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen u. a. Es geht um die Vorbereitung des großen Wirtschaftskrieges an der Seite der US-Konzerne gegen China, Indien oder Russland. Eine Art Wirtschafts-NATO soll installiert werden – oder harmloser ausgedrückt: „Ein transatlantischer Wirtschaftsraum soll Vorbild für den Rest der Welt werden“, so „Der Standard“ in der Ausgabe vom 17. 4. 2015.

Wer glaubt, in einem Freihandelsabkommen über Verhandlungen die erkämpften Schutzrechte zu erhalten oder gar auszubauen, wie Wetzel es sich wünscht, reflektiert unzureichend die Ergebnisse des neoliberalen Abbaus von Handelshemmnissen der vergangenen Jahre. Seit den 80ern sind Finanzmärkte liberalisiert, Kapitalkontrollen abgeschafft, Zölle gekappt und Regulierungen auf dem Arbeitsmarkt abgebaut worden. Nie zuvor konnten die Europäischen Konzerne in einem Binnenmarkt so frei handeln. Nie zuvor sind Einkommen und Vermögen so auseinandergedriftet wie in dieser Zeit, schreibt die „SZ“.

Den Widerstand organisieren

Nicht nur bürgerliche Zeitungen, auch viele in der IGM haben das erkannt. In Anträgen zum Gewerkschaftstag wird vom Vorstand verlangt, er solle seine Mitglieder in allen Bezirken und Verwaltungsstellen aufrufen, Widerstandsaktionen zu organisieren und Bündnisse mit anderen Organisationen anzustreben, und die Bewegung zum Stopp der Verhandlungen unterstützen.

Genau darauf wird es ankommen: Protestaktionen organisieren – es nicht bei verbalen Ablehnungen belassen. Wir brauchen Widerstand gegen TTIP, CETA und TISA. Am besten da, wo die Eigner von Banken und Konzernen ihn am direktesten spüren, also in und vor den Betrieben.

Um dahin zu kommen, muss TTIP & Co Thema am 1. Mai sein. Und zum nächsten Aktionstag am 10. Oktober muss gemeinsam mit den NGOs aufgerufen werden.

Anne Rieger

Position der IG Metall und des DGB zu TTIP und CETA: http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/150 227_ttip_februar_2 015-folien-igm.pdf

Den Lohnprellern keine Ruhe

Kampf der rumänischen Bauarbeiter geht weiter – Soli-Demo am Samstag in Berlin

Ende September 2014 öffnete die sogenannte „Mall of Berlin“, das größte Einkaufszentrum im Land. Am Eine-Milliarde-Euro-Projekt des Unternehmers Harald G. Huth, „Wirtschaftswissenschaftler“ und selbsternannter „König der Shoppingcenter“, schufteten über einen Subunternehmer angestellte Arbeiter aus Rumänien zu Dumpinglöhnen, bekamen jedoch nicht einmal diese. Die Zahlungen der Firma Fettchenhauer Controlling & Logistic (FCL), die als Generalunternehmer bei den Bauarbeiten die Federführung hatte, blieben aus, die FCL meldete Insolvenz an.

Eine durchaus gängige Praxis: Lohndumping boomt, Betrug auf dem Bau ist alltäglich. Was schon auf den Riesenbaustellen nebenan gängige Praxis war, fand bei der „Mall of Shame“ am Leipziger Platz traurige Fortsetzung.

Das System Bau-Mafia

Im bundesdeutschen Baugewerbe hat sich seit den „Arbeitsmarktreformen“ Anfang der 2000er Jahre ein System der Überausbeutung etabliert. Bei gleichbleibendem Bauvolumen wurde die Zahl der regulär Beschäftigten seit Mitte der 1990er Jahre von 1,4 Mio. auf 700 000 halbiert. Die Lücken wurden durch Tagelöhner gefüllt, zu deren Rekrutierung ein fast durchgängig mit kriminellen Mitteln arbeitendes System aus Subunternehmen dient. Dieses greift mit Vorliebe auf migrantische Arbeitskräfte zurück, die sich nur schlecht wehren können. Die Lohnscala ist nach unten offen, Sozialstandards existieren nicht. Kriminelle Abrechnungsmethoden – horrende Preise für Wohnbaracken oder Provisionen für Arbeitsvermittlung – sorgen zudem dafür, dass oft nicht einmal mehr Stundenlöhne von zwei Euro übrigbleiben. Die Megabaustelle des Berliner Regierungsviertels um den Potsdamer Platz, nicht weit vom heute betroffenen Shoppingtempel gelegen, bildete damals den Auftakt für die mittlerweile flächendeckende Lohndrücker-Praxis.

Foto: greenythekid.wordpress.com

Mall of Shame

Niedriglöhne nicht gezahlt

Vertraglich sollten die Bauarbeiter für einen Hungerlohn von sechs Euro die Stunde schuften. Ein klassenbewusster Entschluss, aufgrund des Lohnbetrugs die Gewerkschaft einzuschalten, führte die Rumänen anfangs zur IG Bau, die eigens für migrantische Arbeitskräfte beim Berliner DGB eine „Beratungsstelle für entsandte Beschäftigte“ eingerichtet hat. Hier, so Dieter Pienkny, DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, herrscht „Hochkonjunktur“: 2013 habe es pro Monat 75 ähnliche Fälle gegeben, bis Dezember 2014 gar doppelt so viele. Es müsse politisch Druck gemacht werden, aber leider sei man nicht in der Lage etwas zu tun, da „ein Subunternehmer die Verantwortung auf den nächsten“ schiebe. Darauf folgte nichts mehr.

„Mall of Shame“-Kampagne

Politischer Druck, darum ging es auch den geprellten Kollegen. Die Berliner DGB-Rechtsberatung der „Anlaufstelle“ hatte für die betrogenen Kollegen lediglich minimale Abschlagszahlungen erreicht und nicht einmal verhindert, dass einige Betroffene von Unternehmern formulierte „Verzichtserklärungen“ unterschrieben.

Aus Enttäuschung traten einige Arbeiter der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft FAU bei. Diese ist zwar klein, fährt jedoch den Ansatz der „direkten Aktion“: Möglichst viele Mitglieder werden mobilisiert und in einzelne Arbeitskämpfe eingebunden. Trotz ungleich geringerer Ressourcen organisierte die FAU Infostände, Protestkundgebungen und im Dezember 2014 eine mit 500 Menschen sehr gut besuchte Demonstration. Die Kampagne konnte beträchtliche Medienöffentlichkeit auf den Fall lenken. Man mag von der FAU halten was man will, ihre vorbildlich durchgezogenen Aktionen sind die richtige Antwort auf die Methoden der Baumafia, und der einzige Weg, das Schweigen beim Thema Lohndumping und über die flächendeckende Ausbeutung von Billigarbeitskräften zu durchbrechen.

Aber logisch: Die kleine FAU ist zu schwach, um tiefgreifende Verbesserungen auf breiter Ebene durchzukämpfen. Der Druck muss auch von den Kolleginnen und Kollegen des DGB und insbesondere der IG BAU kommen. Aus diesen Gründen erklärte die DKP Berlin sofort ihre Unterstützung.

Demonstration am Sonnabend

In diesem Monat standen die ersten „Güteverhandlungen“ zu den Klagen der Arbeiter an. Die Arbeiter rechnen auch trotz erster positiver „Versäumnisurteile“ mit einem lang andauernden Kampf. Die beklagten Firmen werden wohl mit Widersprüchen oder auch ganz einfach mit der Nichterfüllung gerichtlicher Auflagen reagieren. Solidarität ist gefragt. Für den 25. April wurde für 12 Uhr am Leipziger Platz 12 (U-Bhf Potsdamer Platz) zur Demonstration aufgerufen: „6 Monate später immer noch kein Lohn – Der Kampf geht weiter!“

Dem Investor, dem verantwortlichen Bauherrn und seinen Subunternehmen soll auch weiterhin deutlich gemacht werden, dass sie diesen Konflikt nicht aussitzen können. Dieses Mal kommen sie nicht durch!

Bernd Schillermann

„Einkaufszentrum der Schande“, Kampagne für die geprellten Arbeiter: www.facebook.com/mallofshame

Essen gegen Nazi-Provokation

Das antifaschistische Bündnis „Essen stellt sich quer!“ hat harsche Kritik an der Entscheidung des dortigen Polizeipräsidiums geübt, welches einen für den 1. Mai angemeldeten Aufmarsch der neofaschistischen Partei „Die Rechte“ nicht verbieten wird.

„Es ist unfassbar, dass Gruppen, die sich Einschüchterungsmethoden nach SA-Bräuchen bedienen, 70 Jahre nach Ende der Hitlerdiktatur unbehelligt durch die Straßen der Städte marschieren dürfen“, kritisiert das Bündnis. „Wir erwarten von Polizei und Verwaltung, dass sichergestellt ist, dass wir unseren Widerstand gemeinsam in einem großen öffentlichen Rahmen präsentieren können und auch in direkter Nähe, in Hör- und Sichtweite der Neonazis, so dass diese mitbekommen, was die Menschen in Essen und Gelsenkirchen von ihnen halten – nämlich nichts“.

Über 100 Organisationen und rund 300 Privatpersonen fordern unterdessen weiterhin ein Verbot des städteübergreifenden Aufmarsches, der von Essen ins benachbarte Gelsenkirchen führen soll. Allein dies zeige deutlich, dass die Essener und Gelsenkirchener keinen Aufmarsch der Neonazis in ihren Straßen dulden würden, konstatierte Max Adelmann, Sprecher des antifaschistischen Bündnisses. (bern)

Zuwanderungsgesetz: Kein Grund zum Feiern

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Zuwanderungsgesetzes hat die Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen (Linkspartei) heftige Kritik am Umgang der Bundesregierung mit Migrantinnen und Migranten geäußert, die diese in Deutschland noch immer als Menschen zweiter Klasse behandelt. „Was wir endlich brauchen, ist die Stärkung der sozialen Rechte und Teilhabemöglichkeiten der Betroffenen. Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen muss die politische Devise lauten“, stellte die Sprecherin für Migration und Integration der Linksfraktion klar. Dagdelen sprach sich zudem für einen „grundlegenden Kurswechsel in der Integrationspolitik“ aus. „Wir brauchen gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten statt immer neuer Eingriffe in Grundrechte. Wir brauchen mehr und bessere Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund statt Sanktionen und Drohgebärden.“ (bern)

Negativpreise für Datenschutzfeinde

Ende der vergangenen Woche hat der Verein Digitalcourage e.V. die diesjährigen „Big Brother Awards“ verliehen. Mit diesem Negativpreis werden vor allem Unternehmen und Behörden in das Licht der Öffentlichkeit gerückt, die sich um den Datenschutz nur wenig scheren.

In der Kategorie Behörden und Verwaltung erhielt der Bundesnachrichtendienst (BND) den zweifelhaften Preis, weil er „aufs Engste in den menschenrechtswidrigen NSA-Überwachungsverbund verflochten ist, weil er täglich Millionen Telekommunikationsdatensätze sammelt und solche massenweise an NSA & Co. übermittelt – darunter auch grundrechtlich geschützte Daten von Bundesbürgern“, wie es in der Begründung der Jury hieß.

In der Kategorie Arbeitsrecht ging der „Big Brother Award“ an die Amazon Logistik GmbH in Bad Hersfeld und die Amazon Koblenz GmbH, da diese mit Klauseln in ihren Arbeitsverträgen arbeiten würden, die die Persönlichkeitsrechte der Arbeitnehmer verletzten.

Im Bereich Politik wurde der Negativpreis an Bundesinnenminister Thomas de Maiziere (CDU) und Ex-Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) verliehen. Statt – wie öffentlich behauptet – Deutschlands hohes Datenschutzniveau nach Europa zu tragen, ließen beide Innenminister ihre Beamten in enger Kooperation mit Lobbyverbänden den europäischen Datenschutz ins Gegenteil verkehren, so der Vorwurf der Jury. Weitere Preisträger finden sich auf der Internetseite der Preisverleihung: www.bigbrotherawards.de (bern)

Hamburger „Flüchtlingsparadies“

Leben im Container

Man kann einen Menschen erschlagen wie mit einer Axt“, das wusste schon der 1929 verstorbene sächsische Zeichner Heinrich Zille über unhaltbare Lebensumstände. Mitunter führt das allerdings auch dazu, die Axt gegeneinander zu erheben. Z.B. in den Wohn- und Notunterkünften, in denen Obdachlose und Flüchtlinge auf engstem Raum zusammengepfercht werden.

Kürzlich berichtete der NDR, die Stadt Hamburg plane Notunterkünfte, die bis zum 1. 4. als Winternotprogramm für Obdachlose dienten, an Touristen zu vermieten. Das löste allgemein Empörung aus, die Forderung an den Senat, die Container sofort wieder als Notunterkünfte einzurichten, wurde erhoben.

Doch diese Notunterkünfte sind keine Lösung! Nicht als Kälteschutz im Winter, nicht vorübergehend, und schon gar nicht als Dauerlösung, die sie in der Realität für viele der Betroffenen für Monate, nicht selten für Jahre bedeuten.

Leben im Container heißt Leben auf engstem Raum, knapp 5 qm stehen jeder Person zur Verfügung, 5qm, die mit Bett, Schrank, gemeinsamem Tisch und Kühlschrank geteilt werden müssen. Die zirka 10qm großen Container werden mit zwei, die etwas größeren z.T. mit vier Personen belegt. D.h., die Betroffenen haben keinerlei Privatsphäre und keinen Rückzugsraum. Hinzu kommen Gemeinschaftsküche und -bad, z.T. in separaten Containern, die sich häufig in einem erbärmlichen Zustand befinden.

Eingewiesen in diese Quartiere werden sowohl Flüchtlinge als auch Wohnungslose, sowohl aus EU-Staaten, als auch mit deutschem Pass. Schwer traumatisierte Menschen, die einen wie die anderen, werden dort geparkt und weitestgehend sich selbst überlassen.

Kriminalität, um Alkohol- oder Drogenkonsum zu finanzieren, häufig aber auch das nackte Überleben, steht in diesen Unterkünften auf der Tagesordnung. Immer wieder kommt es zu kleineren oder größeren tätlichen Angriffen, Schlägereien oder Messerstechereien.

Auch unter Frauen, z.B. im Rausch, bei psychischen Störungen, oder wenn eine die Mitbewohnerin dabei erwischt, wie sie sich des persönlichen Eigentums bemächtigt, oder selbiges zerstört.

Nach Hause telefonieren – in der Flüchtlingsunterkunft.

Primär aber geht die Gewalt von Männern aus, richtet sich gegen Geschlechtsgenossen, meistens jedoch gegen Frauen. In den Unterkünften herrschen zutiefst patriarchale Strukturen, von Männern unabhängig von Herkunft, Ethnie und/oder Konfession errichtet. Diejenigen Frauen, die sich

Frauen besonders bedrängt

deren Verhaltenskodex unterwerfen, genießen in bestimmtem Maße sogar so etwas wie ritterlichen Schutz, die „Schlampen“ hingegen sind quasi zum Abschuss freigegeben.

Alle Frauen in den Unterkünften leben in ständiger Angst vor (sexueller) Bedrängung oder Übergriffen. So dass die Frauen sich nachts nicht auf die Toilette trauen, sondern Plastikeimer zum Zimmer-WC umfunktionieren. Das führt nicht selten zu Streitigkeiten in der Zwangs-WG. Viele Frauen nutzen die Angebote, z.B. Suppenküchen, Aufenthaltsräume oder die medizinische Versorgung nicht wegen des extrem frauenfeindlichen Klimas, dem sie an diesen Orten völlig ungeschützt ausgesetzt sind.

Vor allem alleinstehende Frauen „verzichten“ sogar ganz auf die Unterbringung in diesen Wohncontainern. Entweder sie „machen Platte“, oder sie prostituieren sich, indem sie sich auf Übernachtungsangebote von Männern einlassen, die Sex als Gegenleistung erwarten.

Laut der Fraktion der Partei „Die Linke“ in der Hamburgischen Bürgerschaft fehlen 270 000 Sozialwohnungen in der Hansestadt. Da ist angemessener Wohnraum für Flüchtlinge, die erwartungsgemäß in den nächsten Monaten nach Hamburg kommen werden, noch gar nicht eingerechnet. Dem gegenüber steht massiver Wohnungs- und Büroleerstand. Statt Unterschriftenaktionen für die Unterbringung von Bedürftigen in den Containern zu initiieren, sollte besser der Kampf für menschenwürdige Lebensverhältnisse für alle Menschen geführt werden. Offiziell gewollt ist weder die Unterbringung in Containern, noch die Umwandlung von Bürofläche zu Wohnraum. Warum also Zeit, Kraft und Nerven verschwenden, um eine Lösung durchzusetzen, die keine ist?

Birgit Gärtner

Millionen von Weltbank vertrieben

Bundesregierung schaut tatenlos zu

Medien haben kürzlich weltweit über Projekte der Weltbank berichtet, die sich vor allem gegen die Ärmsten der Welt gerichtet haben. Das sei aber nur die Spitze des Eisbergs, sagt die Entwicklungsorganisation urgewald. Denn hinter der Politik der Weltbank stecke ein grundsätzlich falscher Umgang mit fundamentalen Standards wie Menschenrechte und Umweltschutz. Urgewald wirft der deutschen Bundesregierung, die viertgrößter Anteilseigner der Weltbank ist, vor, ihren Einfluss nicht geltend zu machen.

Fast ein Jahr lang hat ein Team des Internationalen Konsortiums für Investigative Journalisten (ICIJ) rund 6600 offizielle Dokumente der Weltbank untersucht, und mehr als 50 Journalisten aus 21 Ländern haben hunderte Interviews geführt und sich Projekte in Ländern wie Uganda, Äthopien, Kosovo und Indien vor Ort angesehen. Dabei stellten sie fest, dass im vergangenen Jahrzehnt etwa 3,4 Millionen Menschen in mehr als 900 Projekten ihr Land, ihr Leben oder einen Teil ihrer Lebensgrundlage verloren haben.

Die Weltbank wurde 1944 in Bretton Woods gegründet und ist einer der weltweit größten Finanziers von Entwicklungsvorhaben und vergibt Kredite, damit Krankenhäuser, Schulen oder Staudämme in Entwicklungs- und Schwellenländern gebaut werden können. Die Weltbank, wie andere regionale Entwicklungsbanken auch, habe einen klaren Auftrag, heißt es bei urgewald. Sie solle durch nachhaltige Entwicklung die weltweite Entwicklung lindern.

Es seien aber vor allem Multinationale Konzerne, die von Weltbankkrediten profitieren, während die Armut in der Bevölkerung steige, heißt es bei urgewald weiter. Im Rohstoffsektor sei dies besonders deutlich: Internationale Öl- und Bergbaukonzerne wie BP, Shell, Exxon und Newmont hören zu den besten Kunden der Entwicklungsbanken. Auch im Wassersektor würde die Weltbank Privatisierungen vorantreiben.

Was fehle, sei eine demokratische Kontrolle der Weltbank, kritisiert urgewald. Die Öffentlichkeit erfahre kaum, welche Projekte die Weltbank finanziere. Dasselbe Problem gebe es allerdings auch in der Bank selbst. So würde bei der Weltbanktochter IFC nicht einmal das Management wissen, „in welche Projekte Geld fließt, das sie über Finanzdienstleister, so genannte Financial Intermediaries, ausschütten“, sagt Knud Vöcking, langjähriger urgewald-Experte für die Weltbank. In über 90 Prozent der Investitionen in Private Equity Fonds oder Privatbanken gebe es zudem keine Informationen über die Unterprojekte. Die Recherchen des ICIJ haben gezeigt, dass die Weltbank oftmals nicht einmal weiß, wie viele Menschen eigentlich umgesiedelt wurden oder wie es ihnen anschließend geht. Aus einem internen Prüfbericht geht sogar hervor, dass Bankmitarbeiter in 60 Prozent der untersuchten Fälle gar nicht dokumentiert hatten, wie das Leben der Umgesiedelten weiterging.

Die Weltbank müsse sich tiefgreifend ändern, wenn sie ihren Auftrag erfüllen soll. Deshalb müssen die Mitgliedstaaten ihre Kontrolle verstärken, fordert urgewald. Sowohl der Bundestag, als auch das zuständige Entwicklungsministerium (BMZ) müssen sich stärker darum kümmern, was mit deutscher Zustimmung passiert. Dazu brauche es aber politischen Willen, sagt Vöcking.

Deutschland ist nach Großbritannien, den USA und Japan der viertgrößte Geldgeber. Alle drei Jahre bezuschusst die Bundesregierung die Bank. Zuletzt zahlte sie in 2014 rund 1,6 Milliarden Euro. Aber auch auf indirektem Weg finanziert die Bundesrepublik Projekte der Weltbank.

Über die Kreditanstalt für Wiederaubau (KfW) und die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) beteiligt sie sich jährlich an Projekten. Im Zeitraum 2003 bis 2013 beteiligte sich die KfW mit rund 1,85 Milliarden Euro in 126 Weltbank-Projekten. Die DEG stellte 2009–2014 eine Summe von 733 Millionen Euro für Projekte der Weltbanktocher IFC zur Verfügung. So ist die DEG beispielsweise indirekt an einem Palmölprojekt in Honduras beteiligt, das zu einem Konflikt zwischen Kleinbauern und dem Großkonzern Dinant führte.

Sie verloren ihr Land, ihr Leben oder einen Teil ihrer Lebensgrundlage

Bisher sind bei diesem Konflikt mehr als 100 Menschen ums Leben gekommen, die in den Palmölplantagen eine Bedrohung ihrer Lebensgrundlagen sahen.

In dem Gremium der Weltbank, das über alle Projekte entscheidet, hat Deutschland einen von 25 Sitzen. Nach Angaben des deutschen Entwicklungsministeriums habe die Bundesrepublik allerdings eine „herausgehobene Stellung“ und ein „besonderes Gewicht und Einfluss auf Entscheidungen der Weltbankgruppe“. Zwar könne Deutschland allein kein Projekt verhindern, aber es sei ein „deutliches Zeichen“ an das Management der Bank, wenn die Bundesrepublik ein Vorhaben ablehne. Das haben die deutschen Vertreter seit Ende 2013 aber nur ein einziges Mal getan. Das BMZ erklärte dazu, dass es Kritik in der Weltbank „im Wesentlichen in Vorgesprächen und bei informellen Beratungen“ anspreche. Denn offener Widerspruch sei in der Weltbank nicht erwünscht. „Grundsätzlich streben die Gremien der Weltbank an, Entscheidungen soweit wie möglich im Konsens zu treffen, Stimmenthaltungen und ablehnende Voten zu einzelnen Projekten sind deshalb selten“, heißt es in der schriftlichen Antwort des BMZ.

Deutschland halte auf dem Papier Menschenrechte hoch, sagt Vöcking. Doch wenn es konkret wird, werde es still. Die internationale Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch bemängelte dies ebenso.

Weltbank-Präsident Jim Yong Kim räumt schwere Fehler ein, nachdem er mit den Rechercheergebnissen konfrontiert wurde, und kündigte Reformen an. Er machte aber auch deutlich, dass sich nicht viel ändern werde. Ohne folgenreiche Großprojekte sei das Ende der Armut auf der Welt nicht zu erreichen, sagte er. Die Weltbank versuche sicherzustellen, dass der Lebensstandard der Betroffenen danach mindestens gleich oder höher ist als zuvor, beteuerte er. Aber die Weltbank finanziere komplexe, schwierige Projekte in den ärmsten Ländern der Welt, und da werde es Probleme geben.

Das sich wirklich etwas ändern wird, ist kaum zu glauben. So kritisieren Nichtregierungsorganisationen die internen Strukturen der Weltbank, weil diese auf Profit ausgelegt seien. Die Weltbank versuche auf diesem Wege sich gegen die Konkurrenz mit neuen Entwicklungsbanken wie der der BRICS-Staaten oder der Asia Investment Bank zu behaupten. Schutz der betroffenen Menschen wird da nicht groß geschrieben: In einer internen Befragung der Weltbank gaben 77 Prozent der Mitarbeiter an, dass das Management ihre Bemühungen um Schutzmaßnahmen nicht wertschätze.

Und so ist damit zu rechnen, dass alles beim Alten bleibt oder wie es bei urgewald heißt: „Auf dem Papier stehen schöne Sachen, aber in der Realität verlieren die Leute ihre Häuser, ihren Ackergrund und landen irgendwo: ohne Entschädigung, zum Teil zwangsvertrieben und von Armut in bitterste Armut gestürzt.“

Bernd Müller

Wieder erkennbar werden – womit und wie?

Zum Imageproblem der SPD

Sie rackern und rackern sich ab – die Minister mit SPD-Mitgliedsbuch in der Großen Koalition. Der Außenminister jettet um die Welt, gibt vor, Konflikte entschärfen zu wollen, und schürt dabei neue. Die Arbeitsministerin verbucht für sich einen völlig vom Wahlprogramm abweichenden Mindestlohn und eine Rentenreform als Erfolge. Der Justizminister verweist stolz auf seine Mietpreisbremse und feiert gemeinsam mit der Frauenministerin die Frauenquote – für wen?. Und der Wirtschaftsminister gibt vor, der Rüstungsindustrie die Zähne zeigen zu wollen – zugleich verkündet die „gemeinsam geführte" Bundesregierung, noch mehr Geld in die Rüstung zu stecken. Ist es bei alledem verwunderlich, dass die SPD keine ehemaligen Wählerinnen und Wähler zurückgewinnen und schon gar keine neuen Wählergruppen erschließen kann? Nach neuesten Umfragen aller Institute liegt die SPD bei 25 Prozent und dümpelt seit der Bundestagswahl auf dieser Marge vor sich hin.

Unlängst hat die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Studie unter dem Titel „Die arbeitende Mitte in Ost- und Westdeutschland" anfertigen lassen. Die Grundlagen dafür lieferten dem Institut TNS Infratest mit ihren Aussagen 53 (dreiundfünfzig!) Bürgerinnen und Bürger zwischen 25 und 45 Jahren aus den Städten Cottbus, Essen, Hamburg und Nürnberg, quotiert nach Geschlecht, Alter, Bildung, Parteienpräferenz und Tätigkeit. Das Institut fasste zusammen: „Die SPD ist im Hinblick auf ihre politischen Inhalte prinzipiell gut aufgestellt, ihre Politikansätze stoßen auf Akzeptanz und bieten teilweise sogar Abgrenzungsmöglichkeiten zur Union." Allerdings verhindere das „Imageproblem" der SPD, „dass man sich mit ihr über Parteigrenzen hinweg auseinandersetzt" und sich vorstellen kann, sie zu wählen. Während die Unionsparteien einen widerspruchsfreien „Markenkern" haben und es „in außerordentlicher Weise" verstehen, ihren „Leitwert" Sicherheit mit Leben zu erfüllen, sei der Markenkern der Sozialdemokraten – womit wohl der Leitwert „soziale Gerechtigkeit" gemeint ist – „nach wie vor beschädigt". Die Gründe sind uns auch ohne Meinungsforscher bekannt: „Hartz IV, keine erkennbare Zielgruppenpolitik, zu wenig erkennbares wertegeleitetes Handeln, gefühltes Desinteresse der SPD an der Lebenswirklichkeit der arbeitenden Mitte, keine Antworten auf ihre Erwartungen an Leistungsgerechtigkeit." Also eine ziemlich miese Beurteilung der „Kümmererpartei", die die SPD immer noch vorgibt, sein zu wollen. Und wie könnte die SPD aus ihrem anhaltenden Dilemma herauskommen aus der Sicht der bürgerlichen Meinungsforschung? „Die SPD muss wieder zu sich selbst finden, aus dem Herzen heraus und nicht wegen schlechter Umfragewerte Politik machen. Sie muss vor allem wieder erkennbar werden, auch wenn dies bedeutet, dass sie – wo nötig – Konflikte mit der Union eingehen muss." Da wären wir wieder beim anfangs genannten Problem: Wie soll das gehen, wenn Staatsräson und Systemverteidigung über alles geht und in fast allen Fragen wesentliche politische Meinungsunterschiede kaum wahrnehmbar sind? Weshalb sollen denn Konflikte geschürt werden in einer Allparteienkoalition von Unternehmerfreunden bei CDUCSUSPDGrüneFDP bis hin zur AfD?

Die SPD als wahre Wirtschaftspartei.

Ziehen wir einige aktuelle Beispiele zur Untermauerung unseres Standpunktes heran. Da warf kürzlich Ex-Kanzlerkandidat Steinbrück seiner Partei bei der Bundestagswahl 2013 „strategische Fehltritte" vor – auch seine eigene Kandidatur nannte er selbstkritisch. Diese beständen unter anderem darin, dass man sich zu wenig um Unternehmerinteressen „gekümmert" habe. Man könne Wahlen nicht nur mit dem Thema „sozial" gewinnen, man müsse in der „Mitte" punkten. Steinbrück forderte eine gründliche Analyse des Wahlergebnisses, denn er fürchte sonst die Wiederholung dieser strategischen Fehler im Jahre 2017. Diese Wahlanalyse fordert ausgerechnet der Wahlverlierer der Landtagswahl in NRW, der sich nach Amtsübergabe an Rüttgers (CDU) schleunigst nach Berlin absetzte. Seine Genossen, die nach Ursachen der Niederlage fragten, bezeichnete er als „Heulsusen", die statt rückwärts zu schauen lieber den Blick nach vorne richten sollten.

Ganz im Sinne, die SPD in der „Mitte" zu verorten, ist es auch Parteichef Gabriel. Seit Wochen orientiert er darauf, dass sich die SPD mehr der „Wirtschaft" zuwenden müsse, um neue Wählerschichten zu gewinnen. Denn die SPD-Wirtschaftspolitiker „gerieren sich, anders als die der CDU, nicht als letzte Bastion des Marktradikalismus", sagte er unlängst in „Welt am Sonntag". Und klärte über den gegenwärtigen Standort der SPD auf: „Die Erhardsche Idee der sozialen Marktwirtschaft ist im Wirtschaftsforum der SPD heute sicher eher zu Hause als im Wirtschaftsflügel der Union." Wäre Erhard heute in der SPD besser aufgehoben als in der CDU? Gabriels Botschaft ist klar: Nicht bei der CDU, bei der SPD sind die Interessen der Wirtschaft am besten aufgehoben, die SPD ist die wahre Wirtschaftspartei.

Foto: SPD Schleswig-Holstein/flickr.com/CC BY 2.0

Der neue Zuchtmeister der SPD – allerdings deutlich weniger erfolgreich als der alte.

Auch viele Mitglieder der SPD sind unsicher darin, was die SPD mit dieser Art Imagepflege beabsichtigt und was sie eigentlich konkret will. Mal beschließt sie auf einem Parteitag die Einführung einer Reichensteuer. Kurz danach wehren sich die SPD-Vorderen mit Händen und Füßen dagegen. Ein anderer Parteitag beschließt die Ablehnung des TTIP mit guten Begründungen. Etliche Mitglieder reihen sich ein in die Protestbewegung. Der Parteivorsitzende Gabriel will allerdings davon nichts mehr wissen. Als die Grünen im Bundestag vom Wirtschaftsminister Gabriel wissen wollen, ob er die besonders umstrittene Schiedsgerichtsfrage noch herausverhandeln könne: „Meine Antwort ist: Nein (…) und das werde ich auch meiner Partei sagen, die in Teilen eine andere Auffassung hat." Hingegen steht einer seiner stellvertretenden Parteivorsitzenden, Ralf Stegner, zu seiner Ablehnung des TTIP. Ja, was denn?

Besonders aktuell ist der Umgang mit der Vorratsdatenspeicherung, die vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig und vom Europäischen Gerichtshof als unzulässig abgelehnt wurden. Im Bundeskabinett erklärte kürzlich der Justizminister Maas (SPD), dass er keinen Gesetzentwurf zur Vorratsdatenspeicherung einbringen werde. Der ihm gegenüber sitzende Parteifreund Gabriel erklärte der Kabinettsrunde und seinem verdutzten Parteifreund umgehend, dass die SPD nicht grundsätzlich dagegen sei. Er müsse mit seinem Kollegen Maas darüber noch mal reden. Nach dem Gespräch zwischen den beiden SPD-Ministern arbeitet der SPD-Justizminister einträchtig mit seinem CDU-Innenminister an einem Gesetz, das die Vorratsspeicherung sichern soll. Auch hiergegen haben sozialdemokratische Politiker aufbegehrt. Es sei durch nichts zu rechtfertigen, alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zu „gläsernen Menschen" zu machen, sagen diese SPDler. Ja, was denn nun?

Wenn selbst bürgerliche Meinungsforscher herausgefunden haben, dass für Mitglieder und Wähler nicht klar erkennbar sei, wofür die SPD in konkreten Fragen stehe und ihre Glaubwürdigkeit weiter abgenommen hat, ist das Dilemma klar benannt. Mit dieser Politik und diesem Image kann die SPD nichts hinzugewinnen – auch die „Landschaftspflege" aus Kreisen der „Wirtschaft" wird da nicht helfen. Über eine politische Kursänderung nachzudenken, um ein neues Profil zu entwickeln und auch in Konflikt mit den Unionsparteien zu geraten, das ist von dem gegenwärtigen Personal nicht zu erwarten.

Rolf Priemer

Auf Vorrat speichern

Entschiedene Kritik am Gesetzentwurf von CDU/CSU und SPD

So wäre es eigentlich rechtens: Gegen Heiko Maas und CDU/CSU sowie SPD wird bei Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert (CDU) Anzeige wegen Verstoßes gegen die staatliche Parteienfinanzierung nach dem Parteienfinanzierungsgesetz erstattet. Die Anzeige wird mit fortgesetztem Wählerbetrug durch die Koalitionsparteien begründet: Da die Wahlkampfkostenerstattung nach der „Verwurzelung der Parteien in der Gesellschaft" bemessen werde, stelle das Belügen und die Manipulation der Bürger einen besonders verwerflichen Straftatbestand dar. Als letztes eklatantes Indiz wird auf das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung verwiesen.

Im Klartext: Dieser Wortbruch der SPD zu diesem Gesetz reiht sich ein in eine lange Kette von Lügen, die zum Teil durch die CDU/CSU initiiert, immer aber auch von der SPD selbst getragen wurde. Es gibt keine Maut, wir sind gegen TTIP, es gibt Mindestlöhne ohne Schlupflöcher; erst kein Fracking und dann doch. Selbst die Gewehre von Heckler und Koch sind sicher – oder auch nicht. Und nun die Vorratsdatenspeicherung: Sigmar Gabriel am 15. Januar online bei der *Süddeutschen Zeitung (SZ)*: „Die SPD hat durch die Beschlüsse ihres Bundesparteitages und ihrer Bundestagsfraktion klar beschrieben, unter welchen engen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen Vorratsdatenspeicherung ein geeignetes und verhältnismäßiges Instrument zur Strafverfolgung sein kann." Dagegen lehnte der Bundesjustizminister Heiko Maas die Speicherung kategorisch ab. Es sei „fahrlässig", „den Leuten weiszumachen, dass Anschläge damit zu verhindern seien." So stand's in der *SZ*. Am Ende stimmt Maas dann doch zu.

Das Gesetz noch vor den Sommerferien kippen!

Auffällig sind nicht nur der Widerspruch zwischen der angekündigten Ablehnung und der anschließend dennoch vollzogenen Zustimmung zu dem Gesetz. Auffällig ist auch die eingetretene Beschleunigung innerhalb des Gesetzgebungsverfahrens. Dabei hatte doch SPD-Fraktionsvorsitzender Thomas Oppermann noch im Januar gegenüber *Spiegel-online* gefordert, alles in Ruhe abzuwarten.

Das Bundesverfassungsgericht hatte im Jahr 2010 das alte Gesetz gekippt. Der Europäische Gerichtshof (EuGh) entschied 2014 gegen das Gesetz. Nun hätten die Verwalter des Kapitalismus in der Bundesrepublik in aller Ruhe darauf warten können, dass ihre Entscheidungsträger auf der Europa-Ebene einen einheitlichen neuen Entwurf vorlegen würden. Rechtsgleichheit soll ja in der innerstaatlichen und extraterritorialen Spionage und Datenspeicherung ein hohes Rechtsgut sein, das in den vergangenen Jahren vielfach vernachlässigt wurde. Darauf wollten Merkel, de Maizière, Gabriel, Maas & Co. KG nicht warten. Ihnen ging es darum, wenigstens in Deutschland wieder schnell an die Daten zu kommen.

Aber auch das neue Gesetz ist nicht frei von Widersprüchen. Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst und die Auslandsspionage „Bundesnachrichtendienst" arbeiten weiter wie bisher. Behauptet wird auch in den Medien (*RP*, 16. April), dass der Staat keinen Zugriff auf die Daten habe. Statt – wie früher sechs Monate – dürfte jetzt nur noch vier Wochen lang gespeichert werden. Der SPD-Parteitagsbeschluss sah drei Monate vor. Einzelverbindungsnachweise können auch nach mehr als zehn Wochen abgerufen werden. Die Arbeit wird an die etwa 3 000 Anbieterfirmen delegiert. Privat-Public-Partnership bei den Geheimdiensten.

Die Mitarbeiter der Spionagedienste sollten sich merken, dass in Zukunft ein Richter gefragt werden muss, wenn auf die bereits gespeicherten Daten zugegriffen werden soll. Ein Staatsanwalt reicht da nicht mehr. Gespeichert werden darf, wer wann mit wem wie lange in Verbindung ist: Rufnummern, Zeit und Ort. Inhalte dürfen – Achtung: Verfassungsschutz – nicht gespeichert werden. Außerdem gilt: Finger weg vom Handy, Facebook oder WhatsApp.

Es gibt grundsätzlichen Widerspruch gegen die nahezu flächendeckende Überwachung, da der Datenstaubsauger alle Daten erfasst. Vor dem Hintergrund, dass der Inlandsgeheimdienst seit seiner Entstehung mit Nazi-Zellen kooperierte oder sie sogar steuerte, muss befürchtet werden, dass neue Strippen genutzt werden. Die Daten von Berufsgeheimnisträgern – etwa Rechtsanwälten, Ärzten, Abgeordneten oder Journalisten – dürfen nicht, so die Düsseldorfer WZ, verwertet werden. Der EuGh zählte auch die Geistlichen dazu.

Bisweilen war bei der Vorarbeit zum Gesetz Raffinesse gefordert: Das Gericht hatte gefordert, dass Bewegungsorte nicht gespeichert werden dürfen. Die Bundesregierung glaubt, dass sie dem gerecht wird, indem sie dennoch die Orte erfasst – aber nur für höchstens vier Wochen. So gibt es denn (k)ein Bewegungsprofil.

Der Vergleich mit Frankreich hat gezeigt, dass eine Vorratsdatenspeicherung alle Bürger zwar zu gläsernen Menschen macht, Terroranschläge und Verbrechen aber nicht erfolgreich zu bekämpfen hilft. Dass mit dem jetzigen Gesetzentwurf kein Blumentopf zu gewinnen ist, vermutet auch der Bund Deutscher Kriminalbeamter. Er hätte gerne drei Monate Speicherdauer. Am 20. Juni hat die SPD einen kleinen Parteitag in Berlin. Da könnte das Gesetz auf der Tagesordnung stehen. Und Sigmar Gabriel könnte dem kleinen Heiko wieder einmal die Kante geben. Auf dem Parteitag von 2011 war die SPD noch für die Vorratsdatenspeicherung.

In einer unbestätigten Information aus dem Justizministerium heißt es: Der Bürger möge auf Vorrat speichern, dass die SPD sich immer an das hält, was sie vorher versprochen hat. Und Heiko Maas ist kein Umfaller.

Uwe Koopmann

Dissidenten abgeblitzt

In dem sozialistischen Karibikstaat Kuba werden Oppositionsgruppen offensichtlich weiterhin nicht in den Gemeinderäten vertreten sein, meldet dpa. Nach den Regionalwahlen am Sonntag räumten zwei Oppositionelle ihre Niederlage in der Hauptstadt Havanna ein. Ihre Kandidatur hatte zuvor Erwartungen bei westlichen Medien und in Dissidentenkreisen geweckt.

Hildebrando Chaviano (65) und Yuniel López (26) waren, wie vom kubanischen Wahlgesetz vorgesehen von ihren eigenen Nachbarn zur Wahl vorgeschlagen worden. Beim Urnengang kandidierten sie landesweit mit mehr als 27 000 weiteren Personen für etwa 12.500 Sitze in den Gemeinderäten. Nach der Wahl behauptete der Oppositionelle López gegenüber der Deutschen Presse-Agentur, in seinem Wahlkreis seien „die Menschen unter Druck gesetzt“ worden, damit sie ihn nicht wählen würden.

Mehr als 8 Millionen Kubaner haben am Sonntag ihr aktives Wahlrecht wahrgenommen, meldete Prensa Latina, darunter 63 400 Erstwähler, die das 16. Lebensjahr vollendet hatten. In allen Wahlkreisen, in denen kein Kandidat die erforderliche absolute Mehrheit erreicht hat, findet am kommenden Sonntag eine Stichwahl statt.

In eine konservative Richtung

Nachdem die liberale Opposition die Parlamentswahlen in Finnland gewonnen hatte, war noch unklar, wer die neue Regierung bildet. „Keine Regierungsalternative ist von vornherein ausgeschlossen“, versicherten die Parteisekretäre der vier größten Parteien am Montag im finnischen Fernsehen. Das könnte bedeuten, dass die „rechtspopulistischen“ „Wahren Finnen“ Teil der Regierung werden könnten - „Wir sind gekommen, um zu bleiben“, verkündete ihr Chef, Timo Soini, nach der Wahl.

Ein Wahlforscher bewertete das Ergebnis als „Schritt in eine konservative Richtung“. Die Linksallianz erhielt 7,1 Prozent der Stimmen, sie verlor damit einen Prozentpunkt und zwei Abgeordnetensitze. Auch die Kommunistische Partei Finnlands (SKP) hatte kandidiert und konnte ihr Wahlergebnis von 0,3 Prozent der Stimmen halten.

In dem Land mit rund 5,5 Millionen Einwohnern ist mindestens jeder Zehnte arbeitslos. Mangelnde Perspektiven nach dem Niedergang von Nokia, EU-Sanktionen gegen Rußland und die Krise der Papierindustrie machen dem Land zu schaffen.

Beim Namen nennen?

Der Papst hatte gewagt, den Völkermord an den Armeniern als Völkermord zu bezeichnen, die türkische Regierung war empört. Seitdem feilscht die deutsche große Koalition darum, ob sie die Ereignisse vor 100 Jahren beim Namen nennen oder lieber auf ihren NATO-Partner Türkei Rücksicht nehmen sollte. Die armenische Regierung kritisierte die Türkei scharf: „Die Politik der Leugnung ist perspektivlos“, sagte Außenminister Nalbandjan.

Für Freiheit mit Faschisten

Russland hat die Ankunft von 300 US-Militärausbildern in der Ukraine als eine Gefahr für die Konfliktlösung kritisiert. Solche „Spezialisten“ in einem Land mit einem inneren Konflikt seien nicht hilfreich, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow. „Im Gegenteil, sie können die Lage destabilisieren.“

Die US-Soldaten begannen im Beisein von Präsident Petro Poroschenko mit einem Manöver und der Ausbildung von Regierungstruppen. Die USA-Militärhilfe sei Teil der Partnerschaft zwischen Kiew und Washington, sagte Poroschenko zu Beginn der Operation „Fearless Guardian 2015“ (Furchtloser Wächter). Der Konflikt im Donbass sei „nicht nur ein Krieg für die Unabhängigkeit der Ukraine, sondern ein Kampf um Freiheit und Demokratie in Europa und in der ganzen Welt“, erklärte der Präsident.

Die US-Militärs sollen in den kommenden Monaten rund 900 ukrainische Soldaten - darunter ausdrücklich auch Angehörige faschistisch geführter Bataillone - für den Kampf gegen die Aufständischen in der Ostukraine ausbilden.

Geld oder Tochter

Iran: Religiöse Doppelmoral ermöglicht Kinderprostitution.

Von 1958 bis 1998 galten Zwangsheiraten im Iran als Sklaverei und waren ein Straftatbestand, der juristisch verfolgt und geahndet wurde. Mittlerweile werden selbst neunjährige Mädchen gegen ihren Willen verheiratet – häufig um Schulden der Eltern zu verringern.

Die Situation von Frauen im Iran ist sehr widersprüchlich: Zwei Drittel aller Studierenden sind weiblich, ein Drittel aller Doktorgrade wird an Frauen vergeben; sie arbeiten an den Universitäten, als Journalistinnen und Filmemacherinnen. Andererseits dürfen Frauen z.B. nicht als Richterin arbeiten, weil der Beruf als „unweiblich“ gilt, ihre Aussage zählt vor Gericht nur halb so viel wie die eines Mannes, sie werden einer strikten Kleiderordnung unterworfen und häufig schon als Kinder verheiratet. Dabei sind sie ihrem Ehemann zu sexuellem Gehorsam verpflichtet, dieser hat auch ein Züchtigungsrecht über „seine“ Frau.

Offiziell ist das heiratsfähige Alter 13 Jahre für Mädchen und 15 Jahre für Jungen. Gleich nach der so genannten islamischen Revolution 1979 wurde die Ehefähigkeit für Mädchen auf 9 Jahre festgelegt (Mohammed soll eine Neunjährige geehelicht haben), im Mai 2002 auf 13 Jahre heraufgesetzt. Im Herbst 2012 kündigte der Rechtsausschuss des iranischen Parlaments an, das Alter wieder auf 9 Jahre zu senken. Das ist zwar bislang nicht geschehen, aber dank der Scharia ist es auch ohne eine gesetzliche Änderung möglich, weibliche Kinder zu verheiraten: Die Mädchen bekommen einen Vormund, Wali, der sie zwangsverheiraten darf.

Laut Menschenrechtsorganisationen treibt Armut viele Eltern zu diesem Schritt: Geben sie ihrem Gläubiger eine Tochter zur Frau, wird ihnen ein Teil ihrer Schulden erlassen. Je jünger die Braut, desto höher der Nachlass…

Foto: Kamyar Adl/__ickr.com/CC BY 2.0

Vieles verboten: Verschleierte Frauen vor einem Wandbild in Teheran.

Das islamische Recht sieht auch die Möglichkeit einer zeitlich begrenzten Ehe vor. Dazu wird ein Ehevertrag, ähnlich dem eines Mietvertrags, geschlossen, in dem u.a. auch festgelegt werden kann, wie oft der Geschlechtsverkehr zu vollziehen ist, z.B. ein Mal. Von dieser Möglichkeit wird seitens der Revolutionswächter in den Knästen Gebrauch gemacht, um Todeskandidatinnen vor ihrer Hinrichtung rechtmäßig zu vergewaltigen.

Prostitution kann so legalisiert werden. Sehr viele alleinstehende Mütter mit Kindern sind gezwungen, auf diese Weise den Lebensunterhalt für die Familie zu verdienen. Nicht selten nehmen sie ihre Kinder mit „zur Arbeit“. Da Polygamie zwar verpönt, nicht aber verboten ist (für Männer, versteht sich), bietet ihnen die „Zeitehe“ die Chance des Ehebruchs, was diese Form der Vergewaltigung ja offiziell wäre, ohne die dafür in der Scharia vorgesehenen Peitschenhiebe fürchten zu müssen.

Armen Eltern eröffnet dieses islamische Recht die Möglichkeit, ihre Töchter mehrfach zu verkaufen, indem sie den Gläubigern für einen gewissen Zeitraum überlassen werden. Allerdings ist die wiederholte Verheiratung von Mädchen schwieriger als beim ersten Mal: Es darf nicht gegen ihren ausdrücklichen Willen geschehen – wobei Weinen vom Wali durchaus als Zustimmung gewertet werden kann.

Birgit Gärtner

Plan B des Systems

Griechenland: Nazipartei vor Gericht

Am vergangenen Montag begann der Prozess gegen die Führungsriege der faschistischen Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgendämmerung). Die Staatsanwaltschaft wirft den Nazipolitikern illegalen Waffenbesitz, die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und die Beteiligung an mehreren Mordanschlägen vor. „Die erste Schlacht ist gewonnen“, schätzte der antifaschistische Anwalt Takis Zotos ein, der am Prozess teilnimmt, nachdem er die Anklageschrift gelesen hatte. Schließlich hatten Justiz und Ermittlungsbehörden in den vergangenen Jahren ein konsequentes Vorgehen gegen die faschistischen Verbrechen der Chrysi Avgi immer wieder verschleppt und blockiert.

Der Prozess wurde sofort vertagt, weil einer der Angeklagten keinen Verteidiger hatte, am 7. Mai wird er fortgesetzt. Die Angeklagten waren zuvor aus der Untersuchungshaft entlassen worden, weil die zulässige Frist von 18 Monaten Haft bis zum Prozessbeginn überschritten worden war.

Chrysi Avgi hatte in den vergangenen Jahren kein Geheimnis daraus gemacht, dass diese Partei auf offenen Terror gegen Migranten und Linke setzt: Ihre Anhänger hatten Mitglieder der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) und Gewerkschafter angegriffen, Flüchtlinge terrorisiert und im September 2013 den linken Rapper Pavlos Fyssas ermordet. Wählerstimmen verlor sie dadurch kaum: Im Juni 2012 hatte sie 6,9 Prozent und über 425 000 Stimmen erhalten, im Januar dieses Jahres waren es noch 6,3 Prozent und knapp 390 000 Stimmen, sie wurde damit die drittstärkste Kraft im Parlament. Diese Wähler stimmten für die Partei, obwohl deren Führung zu diesem Zeitpunkt in Untersuchungshaft saß und im Bewusstsein ihres terroristischen Charakters.

Der Aufstieg der Nazipartei zeigt dabei, wie geschickt die rechten Demagogen die Auswirkungen der Krise für ihre Zwecke instrumentalisieren. Im Zuge der Krise der vergangenen Jahre hatte in breiten Teilen der Bevölkerung die Enttäuschung über die parlamentarische Demokratie und die Wut über die Verelendung zugenommen. Auch die Bewegung der „Empörten“ hatte diese Wut aufgegriffen – allerdings in klarer Abgrenzung zu den Kampfaktionen der Arbeiterbewegung. Diese Bewegung hatte den Anspruch, sich gegen alle politischen Parteien zu richten, weder links noch rechts zu sein. Ein Teil der „Empörten“ war damit empfänglich für die Demagogie der Chrysi Avgi: Die Wut über die „Kleptokratie“ und die Korruption „der Politiker“ lenkten die Faschisten in die Geringschätzung selbst der bürgerlichen Demokratie um, als Verursacher der Krise beschrieb sie „Kredithaie“ und „Finanzmärkte“ – das griechische Kapital und überhaupt das Kapital der so genannten Realwirtschaft gerät so aus der Schusslinie. Statt einer klaren Perspektive bot sie eine vage Anti-Memorandum-Rethorik. Die in der Empörten-Bewegung verbreitete Parole „Parteien raus, Gewerkschaften raus“ vergrößerte die Spielräume für die Nazipropaganda.

Vor dem Gerichtsgebäude demonstrierten Gewerkschafter der klassenkämpferischen Gewerkschaftsfront PAME. PAME erklärte: „Wir vergessen nicht, dass Chrysi Avgi eine Waffe des Systems ist, der großen Kapitalisten, gegen das Volk und die Volksbewegung. Chrysi Avgi ist der lange Arm, der Kettenhund, den sie benutzen, wenn es ihren Absichten entspricht.“ Gleichzeitig verwies PAME auf die enge Verbindung zwischen der Nazipartei und Teilen des Staatsapparates und distanzierte sich davon, Chrysi Avgi nur als kriminelle Vereinigung anzusehen und ihre Funktion im Interesse der Herrschenden zu ignorieren.

Olaf Matthes

Europa spricht deutsch

EU-Apparat: Deutsche dominieren

Im Vergleich zu den anderen Mitgliedstaaten stellt Deutschland die meisten Spitzenfunktionäre im Brüsseler EU-Apparat. Das ist das Ergebnis einer neuen Studie des führenden europäischen „Think Tanks“ Bruegel.

Demnach werden derzeit 16 Prozent der Büroleiter und stellvertretenden Büroleiter der 28 EU-Kommissare und 11,6 Prozent der Generaldirektoren und Vizegeneraldirektoren der 32 Abteilungen der EU-Kommission von Deutschen gestellt. Auch im EU-Parlament stehen Deutsche mit 18 Prozent der Ausschussvorsitzenden und 20 Prozent der Fraktionschefs an der Spitze. Die zweitgrößte Gruppe an Spitzenfunktionären mit knapp 12 Prozent kommt aus Großbritannien, gefolgt von Italien, Spanien, Frankreich, Belgien und Polen.

Laut der Studie wuchs der Anteil der deutschen Spitzenpositionen im EU-Apparat seit 1999 um ein Drittel. 2009 war es noch Frankreich, das die meisten Spitzenfunktionäre stellte.

Bruegel ist eine hochrangige EU-Denkfabrik, deren aktueller Vorsitzender Jean-Claude Trichet, der frühere französische Chef der „Europäischen Zentralbank“ (EZB) ist. Um den aus den Zahlen sich ergebenden Eindruck einer deutschen Dominanz im EU-Apparat abzuschwächen, fügte die Studie hinzu, dass „die Zahl der Positionen nicht notwendigerweise gleichbedeutend mit entsprechendem Einfluss“ sei. Dennoch stellt sie fest: „Bezüglich Zahl und Prozentsatz von einflussreichen politischen Positionen, die von jeder Nationalität gehalten werden, ist Deutschland sicherlich der Spitzenreiter.“ Interessant ist, dass es offenbar erst die US-amerikanische Wirtschaftsforscherin Alison Mandra, die seit November 2014 bei Bruegel in Brüssel tätig ist und als Autorin der Studie genannt wird, für angebracht hielt, eine solche statistische Untersuchung über die Verteilung der Spitzenpositionen im Brüsseler Apparat vorzunehmen und zu veröffentlichen.

Georg Polikeit

Bildung? Nur für Reiche

100 Millionen Kinder ohne Grundschulabschluss

Weltweit fast 100 Millionen Kinder, die meisten in ärmeren oder „krisengeschüttelten“ Ländern, haben nicht einmal Chancen auf einen Grundschulabschluss. Betroffen von dieser Bildungsmisere sei in den „Problemländern“ jedes sechste Kind, heißt es in dem kürzlich vorgestellten Bericht der UNESCO. Nur in etwa der Hälfte der Länder weltweit gebe es überhaupt flächendeckende Grundschulangebote für alle Kinder. Nur ein Drittel der Länder habe die im Jahr 2000 in Dakar (Senegal) beschlossenen Ziele einer messbaren „Bildung für alle“ erreicht, teilte die UNESCO mit. Es sind zusätzlich gut 20 Milliarden Euro jährlich notwendig, um neue Bildungsziele bis 2030 zu erreichen.

Trotz mancher Fortschritte könnten in 32 Ländern, vor allem im Süden des afrikanischen Kontinents, absehbar mindestens 20 Prozent der Kinder die Schule nicht abschließen – betroffen sind vor allem Mädchen aus armen Familien. Die Bildungsexpertin der Hilfsorganisation Oxfam, Sandra Dworack, sagte zu dem Bericht: „Das Risiko, die Grundschule nicht beenden zu können, ist für Kinder aus sehr armen Familien heute fünfmal höher als für solche aus sehr reichen. Auch auf weiterführenden Schulen und Universitäten sind die Chancen extrem ungleich verteilt – besonders arme, auf dem Land lebende Mädchen und Frauen werden ausgeschlossen.“

ZLV

Vernetzung und Zusammenarbeit

Kommunistische Partei Österreich (KPÖ): Gemeinsam gegen das neoliberale Regime. Ein Interview

UZ: *Die ganze EU scheint in der tiefen Krise zu stecken – abgesehen von Deutschland, dessen Kapital sich durch seine Exportorientierung noch bereichern kann. Wie aber ist die Lage in Österreich? Welchen Charakter hat der Widerstand gegen die herrschende Politik und wer trägt ihn?*

Florian Birngruber: Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind in Österreich ähnlich wie in Deutschland in gedämpfter Form spürbar. Es sind vor allem die langfristigen Entwicklungen der neoliberalen Agenda: Die Reallöhne der unteren Gehaltsgruppen sinken stark, die der übrigen (außer den Spitzenverdienern) stagnieren, die Pensionen verlieren an Kaufkraft. Die Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse nimmt zu, die Arbeitslosigkeit, obwohl im europäischen Vergleich die zweitniedrigste, ist mit 450 000 Menschen so hoch wie zuletzt in den 50er Jahren. Es gibt Krisen im Bildungs- und Gesundheitssystem und anderen sozialen Bereichen. Der Widerstand sozialer Bewegungen ist stark segmentiert und konzentriert sich auf einzelne Probleme. Trotzdem gibt es Erfolge. In der Steiermark kippte der soziale Widerstand der Bevölkerung, den die KPÖ in den Landtag getragen hat, den Pflegeregress, in Wien kündigte die Stadtregierung nach zehn Jahren Widerstand die Wiederaufnahme des sozialen Wohnbaus an, was lange nur von der KPÖ gefordert wurde.

Ein positives Zeichen war im vergangenen Jahr der Gewinn von 8 Mandaten (bisher 3) der Fraktion des Gewerkschaftlichen Linksblock im ÖGB, der mit der KPÖ zusammenarbeitet, zur Wahl in die Arbeiterkammern. Die Gewerkschaften sammelten trotz ihrer Regierungsnähe 880 000 Unterschriften für eine Steuerreform („mehr Netto von Brutto") in Verbindung mit der Forderung nach einer Vermögen-, Erbschaft- und Schenkungsteuer. Im Ergebnis bleiben die Reichen aber mit dem Plazet des ÖGB ungeschoren. Österreich ist eines der Länder mit der höchsten Konzentration des Reichtums.

UZ: *Ihr seid zu den EU-Wahlen 2014 in einem Bündnis angetreten. Kannst du dessen Charakter und Ziele beschreiben?*

Florian Birngruber: Die KPÖ trat mit der Wahlallianz „Europa anders" und mit dem ehemaligen EU-Abgeordneten Martin Ehrenhauser als Spitzenkandidaten an. Neben der KPÖ bildeten die Piratenpartei, die Gruppe „Wandel" und Unabhängige diese Allianz. Sie erreichte mit 60 000 Stimmen 2,1 Prozent (KPÖ 2009: 0,7 %). Der signifikante Erfolg wurde allerdings in den drei größten Städten Wien, Graz und Linz mit jeweils rund 4 Prozent und in einigen Wiener Bezirken bis zu 6 Prozent er-

Florian Birngruber
ist Bundeskoordinator der KPÖ.

reicht. Die Allianz beruhte auf einem gemeinsamen Programm, das die sozialen Alternativen zur Wirtschafts- und Finanzkrise in den Mittelpunkt stellte. Der Erfolg in Wien führte mit zusätzlichen Partnern zu einem Nachfolgeprojekt „Wien anders" für die Gemeinderatswahl im Oktober dieses Jahres.

Gelingt die Überwindung der 5-Prozent-Hürde (u.a. weil die Allianz das Argument der „verlorenen Stimme" entkräftet) gäbe es erstmals seit 1969 wieder einen KPÖ-Gemeinderat. Erzielt „Wien anders" die Stimmenzahl der EU-Wahl könnten Mandate in fast allen 23 Wiener Gemeindebezirken gewonnen werden. Die KPÖ ist derzeit in drei Bezirken vertreten. Diese Wahlallianzen sind keine neue Partei, jede Organisation und Gruppe behält ihre Selbstständigkeit und Autonomie. Natürlich ist das auch für uns eine neue Erfahrung, denn die Allianz vor allem in Wien unterscheidet sich von punktuellen Bündnissen.

UZ: *Wie schätzt Ihr die Gefahr einer Rechtsentwicklung in Österreich ein?*

Florian Birngruber: Der Rechtspopulismus ist seit der Zeit Haiders sehr stark. Auch die desaströse Regierungsbeteiligung der FPÖ bzw. des BZÖ – Haiders Nachfolgepartei – zwischen 2000 und 2006 hat daran nichts geändert. Faktisch sind mit FPÖ, BZÖ und Team Stronach (die Partei des Milliardärs) drei rechtspopulistische Parteien im Parlament vertreten. In und im Umfeld der FPÖ hält sich eine rechtsextremistische Szene in der Tradition der deutschnationalen schlagenden Burschenschaften mit offenem Rand zu Neonazis. Im Bündnis „Offensive gegen Rechts" arbeiten KommunistInnen, SozialdemokratInnen vor allem deren Jugendorganisationen und andere AntifaschistInnen zusammen, das in den letzten Jahren die größten antifaschistischen Mobilisierungen organisiert hat. Jedem Versuch, eine österreichische PEGIDA auf die Straße zu stellen, stand ein Mehrfaches von GegendemonstrantInnen gegenüber.

Auch wenn die FPÖ einige richtige soziale Forderungen aufgreift, vermeidet sie doch peinlichst die Reichen anzugreifen. Sie polemisiert gegen jede Reichensteuer, wie Vermögens- oder Erbschaftssteuern. Sie ist Akteurin des Rassismus, der Ausländerfeindlichkeit und der Islamophobie, die allerdings auch durch die Regierungspolitik Nahrung erhalten.

UZ: *Kürzlich gab es in der Steiermark historisch gute Wahlergebnisse für die dortige KPÖ. Handelt es sich um eine örtliche Besonderheit oder gibt es verallgemeinerbare Politikansätze, die sich auch für die Bundespartei umsetzen ließen?*

Florian Birngruber: Die Situation in den einzelnen Bundesländern ist sehr unterschiedlich. Eine Erfahrung ist aber überall anwendbar: kommunistische MandatsträgerInnen sollen sich auch in ihrer Lebensführung sichtbar vom bürgerlichen „Politikerjob" unterscheiden. Deshalb gilt für alle KPÖ-MandatsträgerInnen eine Einkommensgrenze für Einkommen aus Politikbezügen, die etwa einem Facharbeitergehalt entsprechen. Der Rest wird sozialen Fonds zur Verfügung gestellt.

UZ: *Die KPÖ ist Mitglied der Europäischen Linkspartei, während die DKP derzeit Beobachterstatus hat. Worin seht ihr die Vorteile einer solchen Partei und welche Dinge wären verbesserungswürdig?*

Florian Birngruber: Die KPÖ hat auf einer Parteikonferenz, an der sich mehrere hundert Mitglieder beteiligten, 2003 mit großer Mehrheit beschlossen, sich an der Gründung der Europäischen Linkspartei (EL) zu beteiligen. Die Erfahrungen seither sind überwiegend positiv. Die EL trägt zur besseren Vernetzung, Information und Zusammenarbeit linker Parteien auf europäischer Ebene auch der Parteien bei, die nicht im EU-Parlament vertreten sind. Die KPÖ ist in einigen der Netzwerke der EL aktiv und organisiert das interregionale Forum der EL Kärnten/Slowenien/Friaul mit. Die ideologische Bandbreite in der EL, unterschiedliche Ansätze in der Analyse politischer Probleme, ja sogar unterschiedliche Einschätzung über den Charakter und die Entwicklungsmöglichkeiten der EU sehen wir positiv. Die Suche nach gemeinsamen politischen Positionen hat z.B. auch zum gemeinsamen Wahlprogramm der EL für die EU-Wahl geführt.

Eine Schwäche sehen wir in der bisher mangelnden Mobilisierungsfähigkeit für gemeinsame Aktionen, die aber in der jeweiligen nationalen Agenda der Parteien begründet liegt. Die KPÖ vertritt die Auffassung – und sieht sich auch durch die Entwicklung der letzten Jahrzehnte bestärkt – dass in der internationalen Zusammenarbeit linker Parteien gegen das neoliberale Regime in Europa ideologische Unterschiede und Differenzen zugunsten der politischen Zusammenarbeit zurückzustellen sind. Versuche, ideologisch verbindliche Internationale zu bilden, scheitern, wie auch das Beispiel der griechischen KP zeigt.

Die Fragen stellte Günter Pohl

Die Interviewserie der UZ mit insgesamt 18 europäischen kommunistischen Parteien erscheint zum Festival der Jugend auch als UZ-Dokumentation.

Dokumentiert

Nicht verhandelbar

Für den 15. April hatte der griechische Arbeitsminister zu einem „Sozialen Dialog" der „Sozialpartner" unter Beteiligung seines Ministeriums geladen. Auf der Tagesordnung stand unter anderem der Zeitplan für die angekündigte schrittweise Erhöhung des Mindestlohnes und die Wiederherstellung der Tarifverträge.

Der Syriza-Minister erklärte dazu: „Wir lassen die fünf dunklen Jahre, in denen die Arbeitsbeziehungen zerstört wurden, hinter uns. Wir treten in eine neue Phase ein, um zumindest einen Teil des entstandenen Schadens zu reparieren."

Eine Reihe von Gewerkschaftsgliederungen, die mehrheitlich der klassenkämpferischen Gewerkschaftsfront PAME angehören, demonstrierten vor dem Ministerium und störten die Verhandlungen. Sie übergaben folgenden Brief an den Minister:

„Herr Minister,
die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften haben eine feste und nicht verhandelbare Forderung: Stellen Sie die Tarifverträge und das frühere Niveau des Mindestlohnes von 751 Euro SOFORT gesetzlich wieder her.

Jede andere Herangehensweise von Seiten der Regierung nutzt den Unter-

Protest vor dem Athener Arbeitsministerium

nehmern, die sich im Arsenal der gegen die Beschäftigten gerichteten Methoden bedienen, um die Gehälter und die Rechte der Beschäftigten am Boden zu halten. Das ist das Ziel des Treffens der Sozialpartner, und deshalb verurteilen wir dieses Treffen.

Immerhin haben wir in den vergangenen 20 Jahren erfahren, was es bedeutet, solche Angelegenheiten im Rahmen des ‚Sozialen Dialogs' zu behandeln. Wir mussten erleben, dass es verheerende Auswirkungen auf alle Aspekte im Leben der Arbeiterfamilien hatte. Es hat zu gegen die Beschäftigten gerichteten Reformen der industriellen Beziehungen geführt, in der Sozialversicherung, Kürzungen im Gesundheitswesen, in der Bildung und der Wohlfahrt, selbst gewerkschaftliche und demokratische Rechte waren betroffen.

Ihr Versuch, mit solchen Praktiken die Beschäftigten zu einer Haltung des Abwartens zu bringen, wird nicht unbeantwortet bleiben, denn die Beschäftigten haben dazu weder die Zeit noch das Geld. Statt dessen haben wir unsere Erfahrungen und unser Gedächtnis. Die Maßnahmen, die in den letzten fünf Jahren der kapitalistischen Krise den Beschäftigten brutal aufgezwungen wurden, lassen uns keinen Spielraum für Geduld. Hartnäckig und organisiert wird der Kampf weitergehen, um die gewaltigen Verluste, die die Beschäftigten in den Jahren der Krise erdulden mussten, wieder auszugleichen. (…)

Wir wenden uns gegen jeden Versuch, selbst die Verteilung von Krümeln zu vertagen, wie Sie es heute in diesem Dialog-Schwindel diskutiert haben."

Den Brief unterzeichneten 16 Gewerkschaften und die Gewerkschaftsverbände folgender Branchen: Baugewerbe, Nahrung und Getränke, Presse und Papier, Buchhalter, Textil, Medizinindustrie und der Rentner sowie der regionale Gewerkschaftsverband Lavrio.

Übersetzung: UZ

„Neue deutsche Arroganz"

Frankreich: Kein Interesse an Schäubles Belehrungen

„Wolfgang Schäuble ist kein Anfänger mehr bei politischen Provokationen und Pressionen, um die Vision der deutschen Rechten in Europa durchzusetzen. Bereits an der Spitze der Offensive gegen die griechische Regierung, schlägt er jetzt nicht mehr und nicht weniger vor als das Kommen der Troika auch nach Frankreich." Mit diesen Worten kommentierte die Französische Kommunistische Partei (PCF) die jüngsten Äußerungen von Finanzminister Schäuble über Frankreichs angeblich mangelhaften Reformwillen.

Schäuble hatte sich am 16. April bei einem Auftritt bei dem US-amerikanischen Think Tank Brookings Institution am Rand einer IWF-Tagung über das Thema der anhaltenden Krisenprobleme in der Eurozone ausgelassen. Dabei äußerte er sich in herablassend-belehrendem Ton auch über den schleppenden Gang von „Reformen" in Frankreich im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Frankreich wäre wohl „zufrieden, wenn jemand das Parlament zwingen würde", mehr harten Wirtschaftsreformen zuzustimmen, behauptete er. Aber das sei halt „schwierig, das ist die Demokratie", fügte er hinzu. Zur Illustration sagte er:; „Wenn Sie mit meinen französischen Freunden sprechen, ob das (Finanzminister) Michel Sapin oder (Wirtschaftsminister) Emmanuel Macron ist, haben

„Frankreich verabscheut es, wenn man es nötigt", erklärte Finanzminister Sapin. Er selbst lässt sich nicht nötigen und entwickelt eigene Pläne für weitere Sparmaßnahmen und Angriffe auf das Arbeitsrecht.

sie lange Geschichten zu erzählen über die Schwierigkeit, die öffentliche Meinung und das Parlament von der Notwendigkeit von Arbeitsmarktreformen zu überzeugen".

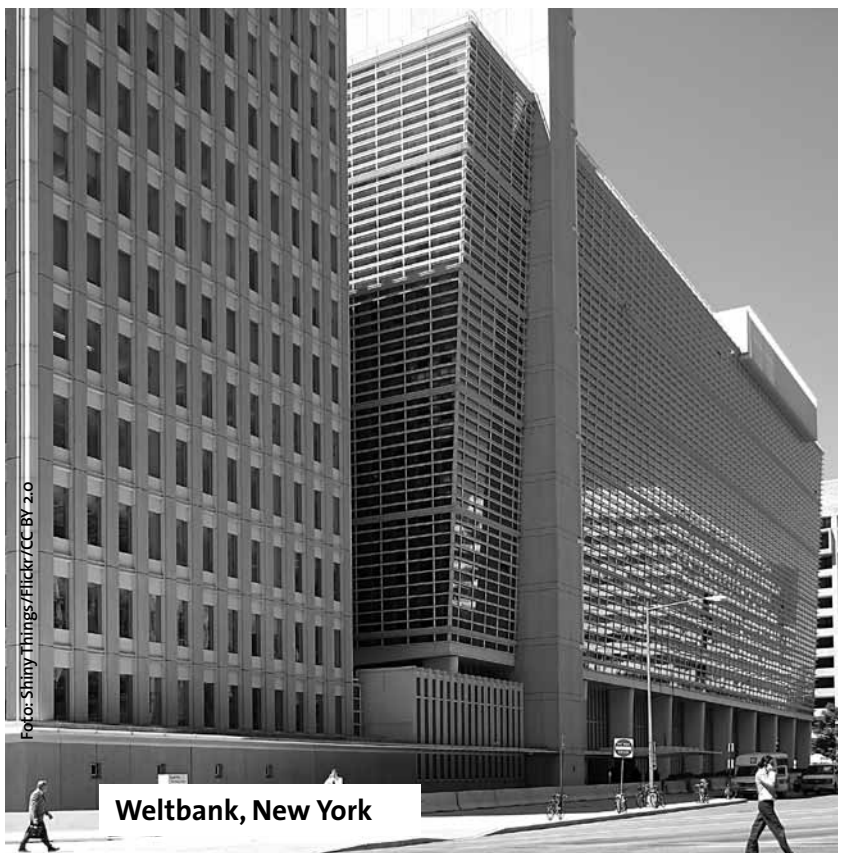
Diese Äußerungen, die ein bezeichnendes Licht sowohl auf das Demokratieverständnis von Herrn Schäuble als auch auf das seiner französischen Amtsbrüder werfen, haben in Frankreich eine Welle der Entrüstung ausgelöst. Schäubles Kollege Sapin reagierte mit der Bemerkung, dass „Frankreich es verabscheut, wenn man es nötigt". Jean-Christophe Cambadélis, der Generalsekretär der regierenden „Sozialistischen Partei", verbreitete auf seinem Internetportal sogar die Bemerkung, „die Frankophobie (Frankreichfeindlichkeit) von Wolfgang Schäuble ist unerträglich, inakzeptabel und kontraproduktiv".

Jean-Luc Melenchon, Spitzenkandidat der „Linksfront" bei der Präsidentenwahl 2012, erklärte, Schäubles Äußerungen illustrierten „die neue deutsche Arroganz" in einer Zeit, da sie Europa dominiert. Er fügte hinzu, Schäuble sei offensichtlich durch die weinerlichen Klagen der französischen Minister bei ihm über ihre eigenen Landsleute dazu ermuntert worden.

Die PCF erklärte in ihrer Stellungnahme, Schäubles Äußerungen hätten keinesfalls zufälligen Charakter. Sie entsprächen dem Sparplan über vier Milliarden Euro und dem geplanten neuen Gesetz zur Deregulierung des Arbeitsrechts, das Finanzminister Sapin parallel dazu in der gleichen Woche bei der EU-Kommission vorgelegt habe. Weiter heißt es in der PCF-Erklärung: „Es ist genau diese sparzwangorientierte, technokratische und autoritäre Vision, die Europa an die Wand fährt. Genau die, die vom griechischen Volk zurückgewiesen worden ist. Genau die, die europäischen Völker zum Scheitern bringen müssen, wenn sie den Weg zu ihrer Vorwärtsentwicklung wiederfinden und selbst über ihr Schicksal entscheiden wollen".

Pierre Poulain

Kleinbauer bestellt sein Feld, Malawi
Foto: Stephen Morrison/Department of Foreign Affairs and Trade/ flickr.com/CC BY-SA 2.0


Weltbank, New York
Foto: Shiny Things/Flickr/CC BY 2.0

Mord und massenhafte Vertreibung

„Entwicklungsprojekte“ der Weltbank für Profit

Weltweit wurden in den vergangenen zehn Jahren etwa 3,4 Millionen Menschen im Zusammenhang mit sogenannten Entwicklungsprojekten der Weltbank umgesiedelt oder vertrieben.

Die Weltbank unterstützt seit vielen Jahren großflächige „Land-Akquisitionen“ – also Landgrabbing. Sie investiert großflächig in Land, beeinflusst die Landvergabe-Politik armer Länder – vor allem in Afrika. Die schrecklichen Folgen sind bekannt … Bereits im Jahr 2011 berichteten Menschenrechtsgruppen und Umweltverbände über blutige Konflikte in Honduras. Im Aguan-Tal in Honduras eignete sich der Palmölkonzern Dinant das Land von 700 Bauernfamilien an – insgesamt 11 000 Hektar. Die Bauern besetzten Teile der Palmölplantagen. Dinant reagiert mit Gewalt: 25 Tote waren zu beklagen, mindestens 19 Morde wurden dem Konzern angelastet. Finanziert wurde damals der Ausbau von Dinant und der Ölpalmplantagen mit einem 30-Millionen-US-Dollar-Kredit der Weltbank. Und die bundeseigene DEG war mit dabei.

Erst jetzt wurde dies Thema über bürgerliche Medien aufgegriffen und offengelegt. Die Analyse von über 6 600 Weltbank-Dokumenten durch das International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) in Zusammenarbeit mit NDR, WDR und „Süddeutscher Zeitung“ brachten den Skandal in eine breitere Öffentlichkeit. Die Bundesregierung ist an diesem und anderen umstrittenen Projekten beteiligt. Deutschland stellt einen von 25 Exekutivdirektoren im Aufsichtsrat der Weltbank und nimmt nach eigener Einschätzung „in der Weltbank eine herausgehobene Stellung ein“. Zudem beteiligen sich die Entwicklungsbanken der Bundesregierung, KfW und DEG, an vielen Projekten. Unter anderem lieh die KfW 70 Millionen Euro für ein großes Weltbank-Projekt in Äthiopien. Im Zusammenhang mit einem „Bildungs- und Gesundheitsprojekt“ wurden dort Zehntausende Menschen umgesiedelt, wobei es zu gewaltsamer Vertreibung und Menschenrechtsverletzungen kam.

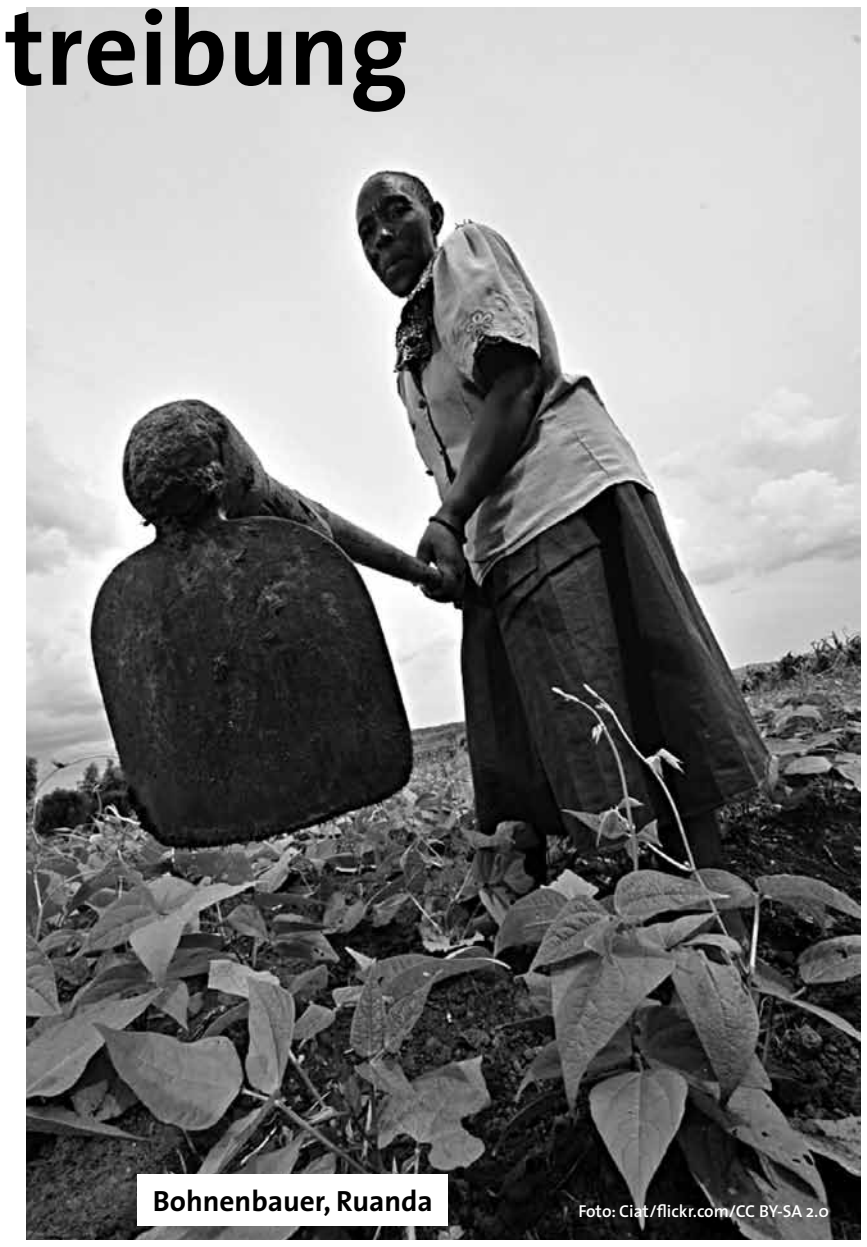
Mittlerweile spricht man von mindestens 100 Toten in Honduras: Kleinbauern, Gewerkschafter, Anwälte.

Die beteiligten Konzerne gehen bei anderen Projekten gegen widerständige Kleinbauern und ihre Unterstützer offenbar ähnlich rigoros vor wie der Dinat-Konzern im Norden von Honduras. Und sie „schmieren“ zuständige Verwaltungsbeamte, Juristen und Politiker vor Ort. Wie sollte es sonst laufen?

Die sonst – in anderen Zusammenhängen – so an der „Verteidigung von Menschenrechten“ interessierte Bundesregierung hat offenbar keinen Grund sich zu distanzieren. Es geht ja schließlich um satte Profite.

Das deutsche Entwicklungsministerium erklärte jetzt lediglich: Man sehe diese Ergebnisse „mit großer Sorge“, die Weltbank müsse aus Fehlern lernen und Umsiedlungen künftig möglichst vermeiden.

UZ


Bohnenbauer, Ruanda
Foto: Ciat/flickr.com/CC BY-SA 2.0

Pestizideinsatz auf einer Palmölplantage in Ecuado
Foto: Klaus Schenck/wikimedia.org/CC BY-SA 3.0

Besetzung einer Farm in Kanada
Foto: Sasha Kimel/flickr.com/CC BY-SA 2.0

Verladung von Sojaschrot, Brasilien
Foto: Roosewelt Pinheiro/Abr/wikimedia.org/CC BY 3.0 BR

Kuba darf niemals in die Hände dieser Gestalten fallen

Amerika-Gipfel: Propaganda-Söldner und offener Austausch. Interview mit Jorge Jeréz Belisario

Parallel zum diesjährigen Amerika-Gipfel in Panama wurden Foren organisiert, auf denen die amerikanischen Völker zu Wort kommen sollten. Jorge Jeréz, bekannt aus dem Dokumentarfilm „Die Kraft der Schwachen", nahm als einer der Vertreter der kubanischen Jugend an diesem „Völkergipfel" teil. Die UZ sprach mit ihm über seine Eindrücke.

UZ: *Wie kam es zu Deiner Teilnahme am parallelen Amerikaforum „Panama 2015"?*

Jorge Jeréz Belisario: Da es sich um eine Veranstaltung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) handelt, wurde die Auswahl für die Parallelforen durch das Organisationskomitee des Gipfels zusammen mit den Organisatoren aus Panama getroffen. Um diese Foren gegen Kuba in Stellung zu bringen, wurde eine ganze Fauna von Konterrevolutionären mit Akkreditierungen versorgt, darunter der Mörder von Che Guevara. Die wahre kubanische Zivilgesellschaft als der authentische Vertreter des kubanischen Volkes hatte dagegen große Schwierigkeiten, sich überhaupt einzuschreiben, und später in Panama wurde uns zunächst die Akkreditierung verweigert. Hinter diesem Schwindel steckte die OAS, welche noch nie die Interessen der Völker vertreten hat.

Ich selbst füllte ein Online-Formular aus und wurde vom Organisationskomitee für die Teilnahme im Jugendforum ausgewählt. In Panama brachte ich das Thema der Inklusion behinderter Menschen ein und wurde in die Redaktion der Abschlusserklärung des IV. Jugendforums einbezogen.

UZ: *Konnte Kuba seine Ziele auf dem Gipfel erreichen?*

Jorge Jeréz Belisario: Auf dem Gipfel kam uns die Unterstützung der Kuba wohl gesonnen jungen Menschen und der der Gerechtigkeit verpflichteten Organisationen Amerikas zugute. Zugleich jedoch schlug uns seitens der kontinentalen Rechten eine feindselige Stimmung entgegen. Denen, die uns in einen Hinterhalt locken wollten, antworteten wir mit unserer Wahrheit, also der Wirklichkeit Kubas, die so oft von den großen Medienkonzernen verdreht wird. Wir konnten uns mit unseren Argumenten auf dem diplomatischen Terrain durchsetzen und mit den Jugendlichen unseres Kontinents in einen Austausch über ein besseres Amerika treten. Dergleichen war möglich, da in unserer Arbeitsgruppe keine Söldner anwesend waren.

Im Forum Zivilgesellschaft kam es zu keinem Dialog, da wir dort keine Leute legitimieren wollten, die angereist waren, weil sie von einer ausländischen Macht dafür bezahlt werden. Als kubanische Jugendliche konnten wir erreichen, dass bisher unbehandelte Aspekte in die allgemeine Abschlusserklärung aufgenommen wurden: der Respekt vor der demokratisch legitimierten Gesellschaftsordnung eines jeden Landes, die Gültigkeit aller Menschenrechte und die Ablehnung ihres Missbrauchs zur Rechtfertigung eines Eingriffs in die inneren Angelegenheiten der Länder der Region. Wir haben auch das Recht auf eine hochwertige und kostenlose Gesundheitsversorgung und Bildung verteidigt, neben anderen Positionen, deren Umsetzung für unsere Völker einen enormen Fortschritt bedeuten würden. Alles in allem kann man wohl sagen, dass wir gute Arbeit geleistet haben.

Foto: Martin Broschwitz

Jorge Jérez Belisario, genannt Jorgito, Blogger und Aktivist aus Kuba. Er kam mit einer schweren Körperbehinderung zur Welt und lernte aus eigener Erfahrung, wie die Errungenschaften der kubanischen Revolution die Entwicklung des Einzelnen ermöglichen.

UZ: *Wer war noch anwesend, abgesehen von der kubanischen Delegation? Welche Konflikte gab es?*

Jorge Jeréz Belisario: Die OAS hatte sich dafür entschieden, einen ganzen Reigen an Konterrevolutionären zu akkreditieren, die einzig und allein die Geldzahlungen repräsentieren, welche ihnen die USA zukommen lassen, um das demokratisch legitimierte System in Kuba zu stürzen. Durch die Flure des Konferenzzentrums wandelten Söldner des Formats von Guillermo Fariñas, ein ausdrücklicher Bewunderer von Posada Carriles – einem Mann, der 1976 durch ein Attentat gegen ein kubanisches Flugzeug 73 Menschen massakrierte. Auch Félix Rodríguez war dort, der CIA-Agent, der die Ermordung von Che Guevara anordnete. Ein aufrechter Kubaner kann nicht mit diesen irrationalen Wesen diskutieren, an deren Händen Blut klebt. Wir protestierten auf diplomatischer Ebene, aber die Organisatoren unternahmen nichts, woraufhin wir zum gewaltfreien Widerstand übergingen.

Wenn man diesen Söldnern von Angesicht zu Angesicht gegenübersteht, begreift man, warum Kuba niemals in die Hände dieser Gestalten fallen darf. Das ist unsere Aufgabe als junge Kubaner. Das ist die einzige Schlussfolgerung, die man aus der Begegnung mit diesen Figuren ziehen kann.

UZ: *Welchen Eindruck hat der Gipfel bei Dir hinterlassen?*

Jorge Jeréz Belisario: Dieser Gipfel hat mir gezeigt, dass die OAS dem Druck unseres Amerikas nicht gewachsen ist und dazu verurteilt ist, vom Erdboden zu verschwinden. Wir leben nicht mehr in Zeiten der US-Kolonialministerien oder der alten Einmischungsinstrumentarien.

Ich durfte auch erleben, was es bedeutet, dass Kuba zu einer Veranstaltung zurückkehrte, von der es über den Zeitraum von sechs Gipfeltreffen ausgeschlossen war. Wir konnten sogleich einen Beitrag zu den Leitlinien für einen besseren Kontinent leisten. Auf dem offiziellen Gipfel der Staatschefs und Regierungen konnten wir die Position Lateinamerikas stärken und auch die unserer Präsidenten, die sich auf anständigste Weise den Einmischungsversuchen anderer Staaten widersetzten. Insebsondere Raúl [Castro, d. Red.] war großartig, bewies, was Würde ist und begeisterte unser ganzes Volk. Dieser Gipfel hat gezeigt, dass unsere Völker zusammenstehen und den „Riesen mit den Siebenmeilenstiefeln" [Eine bildhaft-historische Anspielung auf die USA, d, Red.] nicht durchkommen lassen.

UZ: *Wie geht es in Kuba nach dem Gipfel weiter?*

Jorge Jeréz Belisario: Ich denke nicht, dass der VII. Amerika-Gipfel etwas an der Zukunft Kubas ändern wird. Wir bleiben weiter auf unserem Weg, den Sozialismus den kubanischen Verhältnissen entsprechend anzupassen und ihn dadurch immer nachhaltiger zu machen. Wir werden wie gehabt die gerechten Sachen auf der Welt verteidigen. Wir treten unter veränderten Bedingungen weiterhin für das Ende der kriminellen Wirtschaftsblockade ein. Wir bleiben auch dabei, dass wir nicht in die OAS zurückkehren, auch wenn wir dieses Mal am Amerika-Gipfel teilgenommen haben. Unser Ziel bleibt unverändert der Aufbau einer Gesellschaft, die mit jedem Tag gerechter ist. Und auf der internationalen Ebene bleibt es unser Ziel, eine bessere Welt zu schaffen.

Das Gespräch führte Tobias Kriele

Heraus zum 1. Mai:

Solidarisch im Kampf gegen die Projekte des Kapitals

Wir rufen auf zur Teilnahme an den 1.-Mai-Demonstrationen der Gewerkschaften.

Mit dem Motto „Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!" organisieren der DGB und seine Einzelgewerkschaften die Demonstrationen am diesjährigen Tag der Arbeit. Damit wird ein Fokus auf die sich rasant veränderte Arbeitswelt durch den intensiveren Einsatz von Computern und Netzen gesetzt. Stichworte sind Fabrik 4.0 oder Office 2.0. Dabei geht es aber weniger um die Gestaltung der Arbeit, sondern darum, die schon heute erkennbaren Folgen abzuwehren. Wissenschaftler gehen davon aus, dass in den nächsten zehn bis 15 Jahren rund 50 Prozent aller Berufe und das Normalarbeitsverhältnis verschwinden werden. An dessen Stelle tritt dann unter anderem der Solo-Selbstständige, der um jeden Auftrag und in Konkurrenz zu anderen kämpfen muss und gleichzeitig nicht von seiner Arbeit leben kann. Die Bundesregierung unterstützt diesen Prozess mit finanziellen Mitteln in Millionenhöhe ohne auf die Folgen einzugehen.

Hier muss Kapital und Kabinett aufgezeigt werden: Ohne uns. Der Einsatz von Computertechnologie in Industrie und Verwaltung muss den Beschäftigten nutzen, nicht der Profitmaximierung.

Schon im Herbst dieses Jahres will die Bundesregierung mit ihrem sogenannten Tarifeinheitsgesetz die Arbeitskampfbedingungen zugunsten des Kapitals verbessern. In Unternehmen, in denen mehrere Gewerkschaften vertreten sind, darf dann nur noch die Mehrheitsgewerkschaft zum Arbeitskampf aufrufen. Hingewiesen wird dabei immer auf die GDL, doch gemeint sind alle Gewerkschaften. Daran wird deutlich, dass die Bundesregierung nicht die Mehrheit der Menschen in diesem Land vertritt, sondern diejenigen, die aus der Lohnarbeit ihren Profit ziehen.

Hier muss Kapital und Kabinett aufgezeigt werden: Ohne uns. Wir werden unser Streikrecht verteidigen!

Die Geheimverhandlungen über ein Abkommen mit dem Namen Trade and Investment Partnership (TTIP) der miteinander konkurrierenden imperialistischen Blöcke USA und EU machen deren Entschlossenheit deutlich, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Arbeiterklasse die eigenen Interessen durchzusetzen. Von der Arbeiterbewegung erkämpfte soziale, ökologische und politische Rechte und Standards – zum Beispiel im Bereich der Gesundheit, der Bildung, Ausbildung und Arbeit – sollen zerstört und dem Profit geopfert werden. TTIP stellt eine große Gefahr für alle Werktätigen diesseits und jenseits des Atlantiks dar. Bereits im Herbst dieses Jahres steht im Bundestag das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) zur Abstimmung, welches als Blaupause für TTIP gilt. Und schon heute kann festgestellt werden, dass diese Bundesregierung dem zustimmen wird.

Hier muss Kapital und Kabinett aufgezeigt werden: Ohne uns! Wir werden aktiv die Bewegungen gegen TTIP, CETA, TISA & Co. unterstützen, damit die Lebensbedingungen nicht zugunsten der Profite des Kapitals verschlechtert werden.

Der Mindestlohn ist zu niedrig und gilt nicht für alle, die Rente mit 63 ist eine Mogelpackung, die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander, der Jugend wird mit schlechter Bildung und ohne Ausbildung die Zukunft vorenthalten. Im Namen der Haushaltskonsolidierung wird die Schuldenbremse weiter gezogen. In der Folge wird die öffentliche Daseinsvorsorge weiter eingeschränkt und staatliche Aufgaben werden privatisiert. Der Agenda 2010, in deren Umsetzung die Hartz-IV-Gesetze eingeführt und die Unternehmensbesteuerung gesenkt wurde, folgt eine Agenda 2020 mit ähnlich brutalen Auswirkungen.

Hier muss Kapital und Kabinett aufgezeigt werden: Ohne uns! Statt einer Agenda 2020 kämpfen wir für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben und eine Perspektive für die Jugend.

Der Wahlsieg von Syriza in Griechenland ist Ausdruck einer Verschärfung der innerimperialistischen Widersprüche. Er ist ein Signal dafür, dass sich die sozialreaktionäre Krisenbewältigungsstrategie des EU-Imperialismus und seiner politischen Eliten nicht mehr ohne Widerstand gegen die ausgeplünderten und verarmten Schichten der Bevölkerung durchsetzen lässt. Damit war das Wahlergebnis auch ein Signal für die gesamte Arbeiterbewegung in Europa. Jetzt gilt es, der Austeritätspolitik in den Arm zu fallen und die Lebensbedingungen für die Mehrheit der griechischen Bevölkerung zu verbessern. Doch die Bundesregierung hält im Interesse des Finanzkapitals an ihrer bisherigen Politik fest und erpresst Griechenland zu sogenannten Reformen.

Hier muss Kapital und Kabinett aufgezeigt werden: Ohne uns! Der beste Dienst, den wir in unserem Land für die notleidenden griechischen Kolleginnen und Kollegen leisten können, ist die Schwächung des deutschen Imperialismus. Und es muss ein Schuldenschnitt her – sofort!

Die EU und Deutschland schrecken selbst dann nicht vor massiver innenpolitischer Einmischung zurück, wenn Staaten wie die Ukraine im Prinzip beitrittswillig sind. Es reicht, dass die Beitrittsbedingungen gemäß Diktat aus Brüssel nicht widerspruchslos akzeptiert werden. Im Fall der Ukraine hat das sogar zu der politischen und logistischen Ausrüstung von faschistischen Kräften und Terroristen geführt, mit dem Ergebnis, dass diese nun neben den Vertretern der mächtigsten ukrainischen Oligarchen an der Regierung sind. Vor diesem Hintergrund stürmten faschistische Kräfte am 2. Mai 2014 das Gewerkschaftshaus in Odessa. Das erinnert uns fatal an den 2. Mai 1933, an dem in Deutschland die Nazis die Gewerkschaftshäuser überfielen und die freien Gewerkschaften zerschlugen. Damit war eine wichtige Stimme im Kampf gegen Faschismus und Krieg verstummt.

Hier muss Kapital und Kabinett aufgezeigt werden: Ohne uns! Stoppen wir die Kriegstreiber. Die Bundesregierung muss sich von den Faschisten in der Ukraine deutlich distanzieren.

Eine Welt ohne Kapitalismus, das ist der Sozialismus, eine Gesellschaft, in der die Macht der Konzerne und Banken ersetzt wird durch die politische Macht der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten der Bevölkerung. Eine Gesellschaft, die die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel, von Grund und Boden herbeiführen wird. Erst dadurch wird die Möglichkeit geschaffen werden, der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Gesellschaft zu entgehen.

Deshalb sagen wir: Heraus zum 1. Mai! Das ist notwendig, um zukünftigen Sozialabbau abzuwehren und für unsere Interessen zu kämpfen.

Heraus zum 1. Mai! Das ist notwendig, um über die Ursachen dieser Zustände zu diskutieren. Wir, die Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), sagen: Wer von der Krise spricht, darf vom Kapitalismus nicht schweigen.

Auch dafür demonstrieren wir am 1. Mai!

Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei

Krieg und Frieden

… und die Rolle des Kapitals – Von Beate Landefeld

Kapitalismus braucht Expansion. Schon die Frühphase, die sogenannte „ursprüngliche Akkumulation“ ging einher mit kolonialen Eroberungen. In der Zeit der Industrialisierung hatten Länder, die Kolonien besaßen, wie England, aufgrund ihres Zugangs zu Märkten und Rohstoffen einen „Wettbewerbsvorteil“ und entwickelten sich schneller als andere.

Um 1900 herum setzte sich der Monopolkapitalismus/Imperialismus durch. Die damit verbundenen neuen Phänomene wurden in der Arbeiterbewegung intensiv diskutiert. Käte Duncker, SPD-Linke, trug 1914 auf Frauenschulungen „Leitsätze über die wirtschaftlichen Ursachen des Krieges“ vor. Das meiste davon gilt auch heute noch.

★ Im 1. Leitsatz heißt es: „Der gegenwärtige Weltkrieg ist weder der Willkür bestimmter Persönlichkeiten, noch dem ‚Rassenhass der Völker‘ entsprungen, sondern den weltwirtschaftlichen, d.h., weltkapitalistischen Profitbedürfnissen und den imperialistischen Gegensätzen.“

★ Der 2. Leitsatz sagt zu den ökonomischen Gründen: „Kapitalkonzentration, Großbetriebsentfaltung, Produktivitätssteigerung, aber auch industrielle Vereinseitigung der Produktion zusammen mit der Planlosigkeit der gesamten kapitalistischen Wirtschaft führen zu chronischer Überproduktion. Der Elendslohn des Proletariats … die emporgetriebenen Warenpreise unterbinden den inländischen Absatz. Es wächst daher stetig das Bedürfnis nach ausländischen Absatzmärkten. Die aus der kapitalistischen Ausbeutung stammende, riesenhafte Kapitalaufhäufung drängt nach gewinnbringender Anlage. Solche Anlagesphären mit besonders günstigen Profitaussichten sind die Länder des zu erweckenden oder erwachenden Kapitalismus (Kolonien, Halbkulturstaaten). Bei dieser Jagd nach monopolistischer Ausnutzung von Warenabsatzmärkten, Rohstoffgebieten und sicheren Kapitalanlageplätzen geraten die Kapitalistencliquen der verschiedenen Großstaaten einander ins Gehege.“

Käte Duncker beschreibt im Gewand der Situation von 1914 einen Grundzug des gesamten monopolkapitalistischen Stadiums des Kapitalismus: die chronische Überakkumulation als Basis des Kapitalexports. Überakkumulation ist ein Kapitalüberschuss, der sich – gemessen an der zahlungsfähigen Nachfrage – nicht profitabel verwerten lässt. Er wird in den zyklischen Krisen nicht mehr vernichtet, da die Monopole durch Kapazitätsplanung Entwertungen verringern können. Die „Reinigungsfunktion“ der zyklischen Krisen wird untergraben. Die Überakkumulation wird chronisch. Davon spricht schon Friedrich Engels.

Seit der Krise 1974/75 tritt die chronische Überakkumulation wieder zutage. In den Jahrzehnten davor wurde sie durch Kriegszerstörungen, Wiederaufbau und Ausweitung der inneren Nachfrage absorbiert. Nach 1974/75 und forciert durch den neoliberalen Ausweg aus dieser Krise wurde sie in Form von Überkapazitäten und als „Anlagenotstand“ zum Dauerzustand. Mögliche innerkapitalistische Auswege aus der Überakkumulation sind:

1. Zentralisation des Kapitals (die Großen erhöhen ihren Marktanteil, indem sie die Kleinen vernichten);
2. Kapitalanlage im Ausland (Kapitalexport, „Globalisierung“);
3. Staatsaufträge und -ausgaben (Infrastruktur, Rüstung, Großprojekte, aber auch: Sozialleistungen, Gesundheit, Bildung, Lohnersatzleistungen);
4. Spekulation, Aufblähung des Finanzsektors, „Casinokapitalismus“;
5. Kriegszerstörungen und Wiederaufbau.

Die Entwicklung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) und die Hauptvarianten seiner Regulierung sind in diesen systemimmanenten Lösungen bereits angelegt. Selbstregulierung des Kapitalismus setzt freie Konkurrenz voraus. Monopolistische Konkurrenz verdrängt und verzerrt die freie Konkurrenz. Das schwächt die Selbstregulierungskräfte und fordert die Staatseinmischung heraus. Die Macht der Monopole verbindet sich mit der Macht des Staates zu einem einheitlichen, aber nicht widerspruchsfreien Mechanismus. Aus Zeitgründen beschränke ich mich auf die Überakkumulationskrise als einer wesentlichen ökonomischen Grundlage für kapitalistische Aggressivität, auch wenn es nicht die einzige Ursache ist.

Was hat sich durch die „Globalisierung“ verändert?

Historisch setzte sich der SMK nicht linear, sondern in Schüben durch, hauptsächlich angestoßen durch Kriege und Krisen. Zunächst trat er in Form der Kriegswirtschaft des ersten Weltkriegs in Erscheinung. Der nächste Schub kam in der Weltwirtschaftskrise ab 1929 und während des zweiten Weltkriegs in den Varianten des Faschismus in Deutschland/Italien und des New Deal in den USA. Die volle Durchsetzung des SMK erfolgte nach 1945, im Rahmen des internationalen Bretton Woods Systems, welches an der Erfahrung des New Deal orientiert war.

Die ökonomische Kernstruktur des SMK, das Geflecht aus Monopolen und Staat, wurde mit der „Globalisierung“ nicht beseitigt. Verändert hat sich die Art und Weise der Regulierung. Es kam auf dem Boden der Kernstruktur des SMK zum Wechsel von einer eher keynesianisch orientierten Variante hin zur neoliberalen Variante der Regulierung.

Lenin sagte über die Wechsel in den Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie: „Nicht aus böser Absicht einzelner Personen und nicht zufällig geht die Bourgeoisie von der einen Methode zur anderen über, sondern infolge der radikalen Widersprüche ihrer eigenen Lage.“ Eugen Varga betonte die Sprunghaftigkeit der Entwicklung des SMK, weil die Bourgeoisie am liebsten ohne Staatseinmischung auskomme und diese immer wieder abzuschütteln versuche. Trotz dieser Gegentendenz nehme die Staatseinmischung jedoch stets weiter zu. Diese Aussagen treffen auch auf die Veränderungen im Gefolge der Krise 1974/75 zu.

In der Weltwirtschaftskrise 1974/75 hatte sich die keynesianische Regulierungsweise erschöpft. Die Bourgeoisien versuchten, die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals zu überwinden, indem sie in einem brutalen Klassenkampf von oben das neoliberale Regime durchsetzten. Thatcher, Reagan gingen damit voran. Der vermeintliche Triumph des neoliberalen Credos „Privat vor Staat“, die Entfesselung der Finanzmärkte, endete 2008 in der größten Staatseinmischung aller Zeiten, der Bankenrettung. Doch auch vor der jüngsten Krise gaben die Notenbanken der großen Staaten den Takt für die Börsen schon vor.

Deregulierung, Privatisierung und Weltmarktorientierung trieben die Vergesellschaftung der Produktion, aber zugleich auch die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte weiter voran. Die Krisenanfälligkeit des Systems und die Notwendigkeit von Staatsinterventionen nahmen damit ebenfalls zu.

Ohne umfassende staatliche Regulierung kann beim heutigen Niveau der Vergesellschaftung der Produktivkräfte die Ökonomie nicht funktionieren. So ist auch unter dem neoliberalen Regime die Staatsquote nie gesunken: Sie stieg in der BRD 1970–78 von 40 auf 48,8 Prozent und liegt bis heute bei 48 Prozent. Der „schlanke Staat“ ist Propaganda, Verschleierung der Umverteilung von unten nach oben.

Nicht übersehen werden darf auch die herrschaftssichernde Rolle des Staates. Er ist ideeller Gesamtkapitalist und Instrument der Klassenherrschaft. Er sorgt für die Akzeptanz des Systems in der Bevölkerung. Dazu muss er den inneren Kräfteverhältnissen Rechnung tragen, den Mittelstand einbinden und die Mehrheit der Arbeiterklasse integrieren. Die Widersprüchlichkeit seiner Aufgaben erfordert die relative Selbstständigkeit des Staates.

Diese Funktionen verbleiben bei den Nationalstaaten. Sie sind mit der „Globalisierung“ nicht an „internationale Institutionen“ übergegangen. Vielmehr wurden die großen Nationalstaaten zu den Hauptträgern der internationalen Regulierung:

★ Zunächst haben sie die heimischen Großkonzerne durch Privatisierungen, Deregulierungen und Umverteilung von unten nach oben (bei uns vor allem durch Schröders und Eichels Reformen) für ihre Rolle als Global Players fit gemacht.

★ Vorhandene Gremien der internationalen Regulierung (wie IWF, Weltbank) wurden neoliberal umgewidmet. Neue Gremien etablierten sich: In den 1970ern die G7, in der jüngsten Krise die G20, das heißt die G7 plus die BRICS-Länder.

Die Anpassung der Staaten an die Weltmarktkonkurrenz erfolgte auf unterschiedliche Weise. Seit der Zypernkrise spricht man gern von „Geschäftsmodellen“ der Staaten. Die Theorie des SMK geht von spezifischen nationalen SMK-Varianten aus. Sie resultieren aus der unterschiedlichen Stellung des jeweiligen Landes in der internationalen Arbeitsteilung, aus unterschiedlichen historischen und kulturellen Traditionen und aus unterschiedlichen Klassenverhältnissen in den einzelnen Ländern. So gibt es

★ in Frankreich die etatistische Variante, aufgrund der langen Tradition des Zentralismus, mit dem Staat in vielen Konzernen als Mehrheitseigner, mit der Planification, mit einer traditionell kämpferischen Arbeiterklasse und einer noch relativ stark binnenorientierten Wirtschaft;

★ in Deutschland die eher privatmonopolistische Variante mit Exportüberschüssen als Geschäftsmodell (ununterbrochen seit 1951), mit der „Stabilitätspolitik“ (= Kostensenkung für die Reproduktion der Arbeitskraft), mit „Sozialpartnerschaft“ (Wettbewerbskorporatismus) und einem relativ großen Mittelstand;

★ in den USA und GB Ökonomien mit relativ großem Finanzsektor, einem großen Militär-Industrie-Komplex, mit Leistungsbilanzdefizit und dem Interesse, die deutschen Exportüberschüsse zugunsten eigener Exporte zu verringern (darin gibt es eine Interessenidentität mit Frankreich und Italien).

Die Interessenunterschiede prallen auch auf den Gipfeln aufeinander und begründen rivalisierende ökonomische Strategien der Staaten. „Während Frankreichs Haushaltssünden unbehelligt bleiben, steht Deutschland wegen seiner Exportüberschüsse am Pranger“, klagte erst kürzlich wieder die *FAZ*.

Zu den internationalen Kräfteverschiebungen

Nach 1945 waren die USA unangefochtener Hegemon im kapitalistischen Weltsystem. Es gab zugleich die Systemkonkurrenz zum sozialistischen Lager. Mit dem Sozialismus ging es zunächst aufwärts. Parallel brach das Kolonialsystem zusammen. In vielen kapitalistischen Ländern war das Kräfteverhältnis für die Arbeiterklasse nach der Niederlage des Faschismus günstig. In Westdeutschland halfen die USA als Besatzungsmacht der deutschen Monopolbourgeoisie wieder auf die Beine, ermöglichten ihren Wiederaufstieg und die Remilitarisierung der BRD als Bollwerk gegen den Sozialismus.

In den 1970er und 1980er Jahren stiegen Deutschland und Japan zu Konkurrenten der USA auf. Die Niederlage in Vietnam, die Dollarkrise, die Bildung der OPEC markieren in den 1970ern den Beginn des Niedergangs der US-Hegemonie. Der kurze Aufstieg Japans endete Anfang der 1990er in einer Bankenkrise und in Jahrzehnten der Stagnation und Depression. Dank der schwelenden Eurokrise droht der EU eine ähnliche Perspektive.

Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus, in den 1990ern schien der Kapitalismus noch einmal unter der Hegemonie der USA zu triumphieren (Kapitalimporte, New Economy Boom). Doch war die US-Hegemonie bereits untergraben, da die USA sich zunehmend verschuldeten. Parallel begann der Aufstieg Chinas, das nach Deutschland und Japan zum Hauptgläubigerland der USA wurde. Vor allem nach 2000 und beschleunigt durch die Krise ab 2008 verschoben sich die Gewichte in der Weltwirtschaft zugunsten der BRICS.

Laut UNCTAD gibt es weltweit etwa 82 000 Transnationale Konzerne (TNKs), von denen über 70 Prozent aus den reichen kapitalistischen Ländern kommen. Etwa 30 Prozent des Warenhandels sind Intrakonzernhandel, etwa 80 Prozent Handel innerhalb von Güterketten. Das bedeutet, dass die ökonomische Macht der Staaten weitgehend von ihrem Anteil an den größten TNKs abhängt. Entwicklungsmöglichkeiten schwächerer Staaten hängen vom Ausmaß ab, in dem es ihren Unternehmen gelingt, in internationalen Güterketten aufzusteigen. Das ist vor allem China gelungen, mit Hilfe der Öffnungspolitik seit 1978, kombiniert mit Kapitalverkehrskontrollen, die die eigene Wirtschaftssouveränität sichern.

★ Die jährliche Liste des Magazins Fortune zur Verteilung der 500 größten Konzerne der Welt auf die Länder zeigt für 2012 folgende Kräfteverhältnisse:

– Danach kamen mehr als 3/5 (310 der 500) allein aus den G7-Staaten USA, Japan, GER, F, GB, Canada und Italien,
– weitere 73 kamen aus China. G7 + China = knapp 4/5 der 500 größten TNKs.
– Die restlichen 100 TNKs kamen aus den übrigen 185 UNO-Mitgliedstaaten, d.h., aus den meisten Ländern kam keiner der 500 Größten.

★ Ein Vergleich der Fortune-Listen 1980–2012 zeigt den allmählichen Abstieg der USA, die Stagnation Japans und der EU und den Aufstieg Chinas. Es bestätigt sich das Gesetz der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung von Unternehmen, Industriezweigen und Ländern – das die materielle Grundlage dafür ist, dass es zu Kämpfen um eine Neuaufteilung von Einflusssphären kommt.

Gegenwärtig fürchten die USA und ihre Verbündeten, dass sie die Regeln und Standards in der Weltwirtschaft nicht mehr lange diktieren können:

★ Ihre Forderungen an die aufsteigenden Länder lauten: „Rechtssicherheit“ (= Sicherheit des Privateigentums) und freier Kapitalverkehr (= Recht auf Übernahmen). So fordern sie von China: „Der Joint-Venture-Zwang muss weg!“

★ Die BRICS fordern eine Reform der internationalen Institutionen (UNO-Sicherheitsrat, IWF, Weltbank) mit dem Ziel einer gleichberechtigten Kooperation.

★ Die alten imperialistischen Mächte verteidigen ihre bisherige Monopolstellung und zögern Reformen hinaus. Auf politisch-militärischem Gebiet betreiben sie die Eindämmung der BRICS (NATO-Osterweiterung, Einkreisung Chinas).

Die US-Bourgeoisie setzt weiter auf die Rolle der USA als unverzichtbare Führungsmacht in der Welt. Die US-Politik versucht den Übergang zu einer multipolaren Weltordnung zu verhindern. Davon geht in der Übergangsperiode eine permanente Kriegsgefahr aus.

Zur Rolle der Bundesrepublik

Für die bundesdeutschen Konzerne spielten Weltmarktorientierung und Auslandsexpansion immer eine zentrale Rolle. Fast alle von ihnen sind sowohl in den USA als auch in den BRICS-Ländern „aufgestellt“. 2014 gingen von den deutschen Exporten 58 Prozent in die EU, 8,5 Prozent in die USA, 13,4 Prozent nach Asien, davon nach China 6,6 Prozent, in die ASEAN-Staaten zwei Prozent, nach Japan 1,5 Prozent und nach Indien 0,8 Prozent. Russland fiel in der Rangliste vom 11. auf den 13. Platz, wegen der Sanktionen und wegen des Rubelverfalls. Der Nutzen von guten Kooperationsbeziehungen Deutschlands zu den BRICS-Staaten bleibt außer Frage.

8. Mai 1945: 70 Jahre Befreiung vom Faschismus

Konferenz mit Referaten …

… zur Rolle der Roten Armee und der Sowjetunion beim Sieg über den Faschismus sowie das antifaschistische Erbe der DDR

… zur Kontinuität der Europastrategien des deutschen Imperialismus

… zu den Erscheinungen und Funktionen reaktionärer Bewegungen und Organisationen für imperialistische Strategien heute

Podiumsdiskussion: „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen – Strategien im Kampf für den Frieden“ mit Lühr Henken, Sevim Dagdelen, Heinrich Fink, Patrik Köbele u.a.

Sa, 02. Mai 2015
ND-Gebäude | Berlin
11.00 Uhr | Franz-Mehring-Platz 1 | Nähe Ostbhf.

DKP
Mehr Infos: news.dkp.de

Dennoch legte im Herbst 2013 die SWP ein Strategiepapier vor, das neue Akzente setzt: „Neue Macht – Neue Verantwortung“; zum Inhalt gehört:

★ eine bündnispolitische Klarstellung: „bewährte Bündnisse“, wie UNO, NATO und EU sollen danach Vorrang haben vor der Kooperation mit den Schwellenländern;

★ angesichts der Hinwendung der USA zum Pazifik müsse Deutschland seiner „neuen Macht“ auch mit einer „neuen Verantwortung“ gerecht werden und dies, falls nötig, auch mit militärischen Mitteln. Dazu sei der in der deutschen Bevölkerung verbreitete Pazifismus zu überwinden.

Vorstöße von der Leyens, Steinmeiers und Gaucks unterstrichen diese Linie 2014. Auch der jüngste Merkel-Hollande-Vorstoß für Minsk II ändert nichts an ihrer Gültigkeit. Das zeitweilige und partielle Heraustreten aus dem Schatten Obamas drückt eine gewisse Distanz zum chaotischen, aus Berliner Sicht zu unbesonnen auf Eskalation setzenden Militarismus der US-Regierung aus und die Angst, für die damit angerichteten Schäden aufkommen zu müssen. Eine Abkehr vom eigenen Kurs auf verstärkte Militarisierung, um in den Konflikten der Welt und in der NATO stärker mitmischen zu können, bedeutet es nicht.

Es ist davon auszugehen, dass die Linie der Regierung mit den Konzernspitzen abgestimmt ist. Die führenden bürgerlichen Medien schwenkten nahtlos auf diesen Kurs ein, indem sie die Russophobie anheizen. Das stößt auf zuvor nicht gekannte Kritik in den Leserspalten. Auch aus dem Unternehmerlager kommen Hinweise auf Interessenunterschiede zu den USA. Zwei Fraktionen im deutschen Kapital auszumachen, eine transatlantische und eine pro-russische, halte ich dennoch für verfrüht, auch wenn manche Konzerne stärker betroffen sind als andere. Hauptsächlich resultieren die Differenzen zwischen „Atlantikern“ und „Russlandverstehern“ aus objektiven Widersprüchen in den Interessen der deutschen Bourgeoisie:

★ Widersprüche in den ökonomischen Interessen: Man ist am Handel mit Russland interessiert, will aber auch keinen Ärger auf dem US-Binnenmarkt. (Hier diente die Bestrafung der BNP Paribas durch die USA als deutliche Warnung.)

★ Widersprüche zwischen politisch-strategischen und ökonomischen Interessen:

– Man will das TTIP und die Kooperation mit den USA gegen die BRICS als die langfristig gefährlicheren Konkurrenten, aber nicht auf Kosten der eigenen Expansion in den BRICS.

– Militärpolitisch ist man auf absehbare Zeit auf die NATO angewiesen, in der die USA das Sagen haben. Andererseits will man in Russland investieren („Modernisierungspartnerschaft“). Die Investitionen deutscher Konzerne in Russland betragen eine Mehrfaches der Investitionen von US-Konzernen dort, bei Eskalation des Konflikts drohen hohe Verluste.

★ Friedrich Merz meinte zu möglichen Sanktionsverlusten: „Mit diesem Risiko war und bleibt bis auf weiteres jedes wirtschaftliche Engagement in Russland behaftet.“ Auch das eine Drohung.

★ BGA-Präsident Anton Börner klagte über die Sanktionen, sagte aber andererseits: „Derzeit erleben wir eine Rückkehr zum Primat der Politik.“ Die Schwellenländer würden „machtbewusster“. Er lobte das TTIP weil es „auf der Basis von unternehmerischer Freiheit und freier Konsumentenentscheidung die Chance für globale Standards bietet, die wir zusammen mit den USA zur Zeit noch prägen können.“ Und er sagte: „Länder wie China oder Russland müssen von uns übernehmen, was fairer Wettbewerb und freies Handeln bedeutet und nicht wir die Regeln ideologisch ausgerichteter Staaten und deren Gesellschaftsformen.“

Trotz innerer Widersprüche steht die deutsche Monopolbourgeoisie hinter der Strategie, im Rahmen der NATO mehr Verantwortung zu übernehmen, dafür aufzurüsten und den USA Lasten abzunehmen. Sie nutzt die Probleme der Überdehnung des absteigenden Hegemons, um ihre eigenen Expansionsinteressen zu verfolgen, was partielle Widersprüche zur US-Politik immer mal einschließt.

Als Friedensbewegung und im Interesse der Lohnabhängigen muss uns daran gelegen sein, jeden Riss im Lager der Herrschenden zu nutzen, um Deeskalation, Kooperation statt Konfrontation, Entmilitarisierung und Abrüstung durchzusetzen. Die Rolle der NATO als eines den Frieden und die Demokratie bedrohenden Bündnisses gilt es deutlich zu machen, um zunehmenden Druck für einen Austritt zu entwickeln.

1914 endeten Käte Dunckers „Leitsätze“: „Das deutsche klassenbewusste Proletariat bekämpft den Kapitalismus als Todesfeind der sozialistischen Befreiung der Arbeiterschaft. Es kann daher in der Förderung des deutschen Imperialismus keine Förderung der proletarischen Klasseninteressen sehen. Auch für die kapitalistische Gegenwart erscheint dem Proletariat der Ausbau des inneren Marktes wichtiger als der des äußeren. Hebung des inneren Marktes würde höheren Lohn voraussetzen und höhere Löhne gewährleisten. Der Kapitalexport dagegen steigert die im Wesen des Kapitalismus beruhende Ausbeutung durch Lohndruck und Preisteuerung. Die Notlage des Proletariats wird dazu verschärft durch die militärische Rüstungsbelastung und das entsetzliche Kriegselend. So fordern die Lebensinteressen des Proletariats den unermüdlichen Kampf gegen den Imperialismus. Ein Kampf, der nur geführt werden kann in dem Bewusstsein, dass allein der Sozialismus diese imperialistische Stufe der kapitalistischen Entwicklung und die dauernde Weltkriegsgefahr abschließen und überwinden kann.“

Auch das ist aktuell geblieben.

Der Text mit Anmerkungen steht auf: https://belafix.wordpress.com/2015/03/12/krieg-und-frieden-und-die-rolle-des-kapitals/#more-469

Foto: Metilsteiner/Wikimedia Commons/CC BY-SA 3.0

Käte-Duncker-Denkmal in Friedrichroda (2008)

Traditionalist und Revolutionär

Ausstellung von Werken Werner Tübkes auf Schloss Voigtsberg in Oelsnitz

Vier Männer und Frau mit Narr, Selbstbildnis, 2003, Grafit

Der 1929 geborene Werner Tübke war einer der populärsten Künstler der DDR. Nicht zuletzt sein gigantisches Bauernkriegspanorama in Bad Frankenhausen machte ihn zu einem der größten deutschen Künstler des 20. Jahrhunderts überhaupt.

Im Schloss Voigtsberg in Oelsnitz (Sachsen) sind seit Ende März mehr als einhundert seiner Werke zu sehen: Skizzen, Originalzeichnungen, Aquarelle, Grafiken und Fotos des Mitbegründers – zusammen mit Bernhard Heisig, Wolfgang Mattheuer und Heinz Zander – der sogenannten Leipziger Schule. Die Ausstellung „Meister im Detail“ gibt einen Querschnitt seines künstlerischen Schaffens.

Ulrich Hachulla, der einst bei Werner Tübke an der Leipziger Hochschule für Grafik und Buchkunst studierte, hob bei der Ausstellungs-Eröffnung unter anderem die Detailtreue in den Werken seines Lehrers hervor, sein überbordendes Wissen und die Fähigkeit, Dinge zu vermitteln. Dabei waren dessen zahlreiche Rückbezüge insbesondere auf die Renaissancemalerei in der DDR nicht unumstritten.

In den 60er Jahren verarbeitete Tübke in mehreren Gemälden das Grauen der Nazi-Herrschaft, insbesondere deren ungenügende Aufarbeitung in der BRD; Anfang der siebziger thematisierte er den Putsch in Chile.

Als Voraussetzung für jedes größere Werk verstand Tübke einen stufenweisen zeichnerischen Prozess, mit Detailstudien oder auch experimentellen Skizzen zur Gesamtkomposition. So sind in der Oelsnitzer Sonderschau auch Vorstudien und Skizzen für das opulente Bauernkriegs-Panorama zu sehen – anschauliche Belege für die akademisch-akribische Arbeitsweise des Meisters. Mit diesem Monumentalwerk von 14 Metern Höhe und 120 Metern Umfang – offizieller Titel „Frühbürgerliche Revolution in Deutschland“ – war Tübke vom DDR-Kulturministerium beauftragt worden.

Auch einige wenige Vorstudien zu seinem bedeutenden Ölgemälde „Studie zu Arbeiterklasse und Intelligenz“ aus den Jahren 1970 bis 1973, das heute im Hauptgebäude der Universität Leipzig zu bewundern ist, gehören zu dieser bemerkenswerten Ausstellung. Darüber hinaus finden sich eher unbekannte Zeichnungen, Aquarelle und Lithografien, nicht zuletzt von seinen zahlreichen Reisen. Vor allem Italien hatte es ihm angetan, wo er die Renaissance- und Barockmalerei studierte und mit seiner dortigen Einzelausstellung internationale Anerkennung erfuhr. Er starb 2004.

Ergänzt wird die Oelsnitzer Schau durch eine Video-Koproduktion diverser TV-Sender aus dem Jahr 1991: „Vom Abenteuer der Bildfindung“. Wie er selbst rückblickend sein Wirken in der DDR sehe, wird Werner Tübke darin gefragt. „Keine Abstriche“ wolle er machen, so seine Antwort; er habe „nichts zu bereuen“. Er habe einfach gemalt, was er darstellen wollte. Und so brachte der handwerkliche Perfektionist mit scheinbar lässiger Hand und unverwechselbarem Pinselstrich kleine und große Kunstwerke hervor, die eines gemeinsam haben: Darin ist „Der Mensch das Maß aller Dinge“, wie der Titel seines Polyptychons im jetzt demontierten und entsorgten Palast der Republik in Berlin lautete. Sein Werk wird bleiben.

Eva Petermann

Die Ausstellung wird bis zum 21. Juni gezeigt und ist von Dienstag bis Sonntag von 11 bis 17 Uhr geöffnet. Weitere Informationen sind bei den Museen Schloß Voigtsberg unter Telefon 037421–729 484 oder museum@schloss-voigtsberg.de verfügbar.

Die Gerti hat g’sagt...

Die Sicherung der Bratwurst

Die Gerti hat eben g’sagt, dass es nach dem Zustandekommen dieses Freihandelsabkommens keine genaue Sicherheit gibt, dass die fränkische Bratwurst als regionale Spezialität erhalten bleibt. Und darum ist sie in ihrer Art vom Aussterben bedroht.

Die Gerti hat außerdem g’sagt, dass sie befürchtet, dass es dann weltweit vielleicht nur noch fünf Sorten von Würsten gibt auf der Welt, und in einem fränkischen Weggla dann am Ende ein amerikanischer Hot-Dog drin liegt statt einer fränkischen Bratwurst.

Die Gerti hat andererseits g’sagt, dass sie sicher weiß, dass die fränkische Bratwurst auch ein Menschenrecht bekommt, und damit kann sie vor dem Menschenrechtsgerichtshof in Den Haag auf ihren Bestandsschutz klagen. Und die Gerti hat am Ende gemeint, dass es vielleicht auch dadurch klappt, dass die fränkische Bratwurst erhalten bleibt, weil sie sogar noch mit einem Privatgericht nach Zustandekommen des Freihandelsabkommens für sich klagen kann.

Dieses Privatgericht kann nämlich von der fränkischen Bratwurst höchstpersönlich zusammengestellt werden. – Und wenn sie dazu ein paar gescheite Metzger aussucht und dazu noch den Waldi, den Dackel von unserer Nachbarin, also der mag sie ja zum Fressen gern, die fränkische Bratwurst …

Werner Lutz

Anzeige

Progressive Literatur Verlag Wiljo Heinen

Rot ist der Mai – Saigon ist frei!

So jubelten Millionen Menschen in aller Welt, nachdem am 30. April 1975 der dreißigjährige Überlebenskampf Vietnams mit dem Sieg über die Unterdrücker endete.

Am 27. April 2015 erscheint Hellmut Kapfenbergers Rückblick auf diesen dreißigjährigen Krieg. Aus tiefer Verbundenheit mit dem vietnamesischen Volk geschrieben, vermittelt er, indem er die Hintergründe ausleuchtet und Allzu-Bekanntes nur streift, ein neues Verständnis für den Friedenskampf Ho Chi Minhs und seiner Genossen. Sein Buch macht nicht nur Wut, sondern viel mehr Mut. »Ein einiges Volk ist unbesiegbar.«

Hellmut Kapfenberger
… unser Volk wird gewiss siegen.
30 Jahre Überlebenskampf Vietnams im Rückblick
414 S., klappenbroschur, 16,– €
ISBN 978-3-95514-021-2

Buchpremiere am 27.4. in der jw-Ladengalerie

Jetzt vorbestellen!

Internet-Laden: www.gutes-lesen.de

Hunger – der größte Skandal des Kapitalismus

„10 Milliarden“, ein Film, der an seinem Thema scheitert • Von Klaus Wagener

Regisseur Valentin Thurn hat sich Mühe gegeben. Er ist um die ganze Welt gereist, um seine Zuschauer für sein Thema zu sensibilisieren: die Nahrungsmittelversorgung des Planeten im Jahre 2050. 2050, so seine These, wird die Anzahl der Menschen auf der Erde 10 Milliarden betragen. Will man nicht Gefahr schlimmer Hungerkrisen laufen, so müssen für diese 10 Milliarden ausreichend Nahrungsmittel bereitgestellt werden können.

Wie kann das funktionieren? Das ist die Frage, die Thurn umtreibt, und die ihn mit so unterschiedlichen Interview- bzw. Gesprächspartnern zusammenbringt wie dem Chef von Bayer CropScience, Liam Condon; dem Inhaber einer Hühnerfabrik in Indien, Bangaruswami Soundararajan; dem Großfarmer Jes Tarp und dem Investmentbanker Jim Rogers. Aber es wird schnell klar, dass Thurns Herz eher bei den Vertretern einer örtlich basierten, eher kleinstrukturierten Bio-Landwirtschaft liegt, wie den Biobauern Karl Schweisfurt, Bernd Schmitz oder Felix Prinz zu Löwenstein. Bioproduktion funktioniert, so die Botschaft, sie ist rentabel, zwar nicht so ertragreich, die Produkte sind teurer, aber dafür nachhaltig, nicht mit hoher Pestizidbelastung, Hybridsamen oder Genexperimenten belastet.

Dass gerade die traditionelle örtliche Bioproduktion geeignet ist, den Hunger in der „Dritten Welt“ zu bekämpfen, versucht der Regisseur mit den Bäuerinnen Fanny Nanjiwa Likalawe, Malawi, und Katerina Alberto, Mosambik, sowie mit Kusum Misra, der Leiterin einer traditionellen Saatgut-Bank in Indien, zu erhärten. Thurn zeigt die Erfolge dieser Menschen, ihr Engagement, er versucht Mut zu machen: Es geht.

Es geht selbst in den kapitalistischen Zentren. Mary Clear bepflanzte in Todmorden, England, innerstädtische Flächen, Ecken, ungenutzte Plätze, selbst vor der Polizeistation, mit Obst und Gemüse. Ihr Projekt „Incredible edible“ (Unglaublich essbar) hat inzwischen die britsche Kleinstadt in ein großes Gemüsebeet (70 große Beete) verwandelt, mit dem sich die Bewohner versorgen können und das zu einer Verbesserung des Sozialverhaltens und einer Verminderung der Kriminalität beigetragen haben soll.

In Milwaukee, Wisconsin, leitet der ehemalige Basketball-Profi Will Allen das mittlerweile etablierte Urban Farming Projekt „Growing Power“. Das Projekt versucht, offenbar nicht ohne Erfolg, eine nachhaltige, kreislauforientierte, breitgefächerte pflanzliche und tierische Nahrungsmittelproduktion innerhalb der kommunalen Strukturen zu etablieren. „Growing Power“ zieht jährlich Tausende Besucher an und hat zahlreiche Nachahmer gefunden.

Das Öko-Prinzip Hoffnung

So schön es aussieht, leider reicht dieses „Es geht“ nicht. Die Wirklichkeit ist eine andere. Es hungern – nicht 2050, sondern schon jetzt – fast eine Milliarde Menschen. Pro Jahr sterben etwa 8–10 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung. Vorwiegend Kinder. Der größte Skandal des Kapitalismus, den Thurn bemerkenswerterweise so gut wie nicht thematisiert. Die Agro-Industrie ist – richtig – alles andere als nachhaltig, aber sie dominiert. Die patentierfähige Hybrid- und Gentechnik befestigen die zunehmende Kontrolle der globalen Nahrungsmittelversorgung durch die zehn Großen der Agro-Chemie. Der Marktanteil von Bayer, BASF, Monsanto, Pioneer, Syngeta, DuPont & Co. liegt bei 70 Prozent, gegen die hochsubventionierte US- und EU-Agrarproduktion ist die traditionelle, eher kleinbäuerliche Produktion chancenlos. Riesige Flächen, vor allem in der „Dritten Welt“, wichtig für eine eigene regionale Versorgung, fallen dem modernen Landgrabbing zum Opfer und somit der Exportproduktion, der Rodung, der Monokultur etc. Und als reiche das noch nicht, werden zunehmend Flächen für eine verstärkte Produktion von Biokraftstoff in Anspruch genommen, welche zusammen mit der Spekulation an den Warenterminbörsen die Explosion der Nahrungsmittelpreise 2007–08 zumindest mitauslöste.

Bedauerlicherweise ist der Film analytisch ausgesprochen schwach. Er vergibt beispielsweise die wunderbare Chance, Jim Rogers im Interview zu löchern, wie genau er denn seine Milliarden mit welchen „Commodities“ (Grunderzeugnissen) gemacht hat. Es reicht seinen Machern offenbar, bei „Bio“-Produzenten und –Verbrauchern das gute Gefühl zu erzeugen, ihren Part zur Ernährungssicherung geleistet zu haben. Und so beantwortet er die selbstgestellte Frage „Wie werden wir alle satt?“ allenfalls mit einem ökologisch gewendeten Prinzip christlicher Hoffnung. Wenn alle das ökologisch Richtige tun, wird es wohl – hoffentlich – klappen. Ein strategischer Ansatz fehlt, muss fehlen. Dass sich das Wahre, Schöne und Gute nicht allein aufgrund der Qualität seiner Argumente durchsetzt, durfte die bürgerliche Aufklärung allerdings schon vor 200 Jahren mit dem Ausgang der Französischen Revolution zur Kenntnis nehmen. Seither hat es die Vernunft nicht leichter, wie man angesichts der gegenwärtigen Krise, des erschütternden Hungers und Elends und der permanenten Kriege bedrückend erfahren darf. Die handlungsleitenden Motive sind weniger Vernunft als vielmehr Interessen, vor allem Profitinteressen und daraus abgeleitet strategische, bzw. geostrategische Interessen der großen kapitalistischen Staaten, die zur Formulierung und Durchsetzung imperialer Politik fähig sind. Dies ist bei einem so zentralen Problem wie der Nahrungsmittelversorgung nicht anders. Das Ernährungsproblem kann nicht begriffen werden, wenn man wie die Filmemacher bemüht ist, sich an der imperialistischen Strukturierung der Weltwirtschaft vorbeizumogeln.

Ginge es nur um einen Film, hätte der Text hier sein Ende. Im Anbetracht der Bedeutung des Themas und seiner medialen und diskursiven Reflexion seien einige weitere Anmerkungen erlaubt.

Apokalypse und realer Zynismus

Dass die Erde ihre Bevölkerung in Zukunft nicht würde ernähren können, befürchtete 1798 schon Robert Malthus („An essay on the principles of population“). Den Alarmismus seiner Apokalypse, den im übrigen viele seiner unterschiedlichen Adepten bis heute teilen, beantwortete der anglikanische Pfarrer mit der Hoffnung auf Krieg, Krankheit und Elend. Der Tod derjenigen, die „zu viel auf der Erde“ sind, werde das Gleichgewicht wieder herstellen. Das ist in weiten Teilen der Welt bis heute – neoklassische – kapitalistische Tradition, auch wenn das kaum einer mehr so lauthals als Lösungskonzept anpreisen mag.

Im Gegensatz zu Malthus & Co. hat die Produktivität der globalen Landwirtschaft, in absoluten Zahlen betrachtet, sowohl mit dem Bevölkerungswachstum als auch mit der Reduktion der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche durch Besiedlung, Klimawandel u.ä. locker mithalten können. Allein die globale Getreideproduktion pro Kopf (!) der Weltbevölkerung ist in den letzten 50 Jahren um rund 60 Prozent gestiegen. Laut FAO kann die Erde beim gegenwärtigen Stand der Produktivität 12 Mrd. Menschen, etwa das Doppelte der gegenwärtigen Bevölkerung, ernähren. Dass trotzdem Millionen verhungern, hat ganz offensichtlich andere – politische, politökonomische und strategische – Ursachen.

Free Trade und Elendsexport

Der freie Waren- und mehr noch der freie Kapitalverkehr ist anders als in den enthistorisierenden Erzählungen seiner Propagandisten keine wohlstandsfördernde Norm. Auch die „Mutterländer“ des Free Trade, Britannien und USA, schützten ihre Industrien mit resoluten Zöllen, solange sie noch schwach und international nicht konkurrenzfähig waren. Das änderte sich erst Mitte des 19. Jh. als die stürmische Entwicklung der industriellen Revolution die angloamerikanische Wirtschaft zur führenden der Welt machte.

Auch gegenüber China war die britische Handelsbilanz bis 1820 deutlich negativ. Was zu einem schmerzhaften Silberabfluss aus Britannien führte. Es bedurfte zweier Opiumkriege (1839–1860), in denen das viktorianische Musterland zum global führenden Drogendealer aufstieg, um die chinesischen Märkte für die expandierende britische Industrie zu öffnen und das Land in den Status einer Quasikolonie zu bringen. Free Trade war noch nie eine friedliche Veranstaltung, sonder immer eng an die überlegene Zerstörungskraft der angloamerikanischen Schiffsgeschütze und Interventionsarmeen gekoppelt.

Mit der Herausbildung des Imperialismus ist dieser kanonenbootgestützte freie Waren- und Kapitalverkehr endgültig zu der entscheidenden handelspolitischen Waffe geworden, mit denen die imperialen Mächte und Mächtegruppen den „Rest of the World“ (gern auch „RoW“ abgekürzt) beherrschen. „Ein Kapitalist schlägt viele tot“: Was bei Aldi gegen Tante Emma gilt, gilt auch international. Die Wirkung fehlender Schutzzölle lässt sich gerade in der Eurozone wunderbar studieren. Gleiches gilt natürlich im besonderen Maße für die „Dritte Welt“ und erst recht für deren Landwirtschaft. Im Übrigen – was Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen noch lange nicht erlaubt – ist der US/EU-Agrarmarkt selbst natürlich gut gegen Importe aus dem „RoW“ geschützt.

Die USA subventionieren ihren hochtechnisierten, chemisch und gentechnisch aufgerüsteten Agrosektor mit etwa 100 Mrd. Dollar, die EU den ihren mit mehr als 150 Mrd. Dollar (2007). Es dürfte wenig Zweifel geben, wer beim „Wettbewerb“ der kraftstrotzenden Agrogiganten aus dem Norden mit der fragilen Subsistenzwirtschaft des Südens der Gewinner ist. Mehr als zwei Drittel leben weltweit von einer Landwirtschaft, die erbarmungslos niederkonkurriert wird. Und so exportieren die „westliche“ Agro-Industrie neben ihrem billigen Getreide die Arbeitslosigkeit gleich mit. Und mit ihr die Armut, das Elend, den Hunger. Wie so oft wendet sich der Produktivitätsfortschritt im Kapitalismus gegen die Menschen. Die Zahl derjenigen, die nach Malthus „zu viel auf der Erde“ sind, nimmt damit rapide zu.

Milleniumsillusionen

Am 9. September 2000, die Welt war zum „globalen Dorf“ erklärt, hatte die 55. Generalversammlung der UNO u.a. beschlossen, den Anteil der Weltbevölkerung, der Hunger leidet und in extremer Armut lebt (weniger als eineinhalb Dollar am Tag) bis 2015, also heute, zu halbieren. Damals wurde die Zahl der extrem Armen mit mehr als einer Milliarde beziffert, die der hungernden Kinder mit 700 Mio. Über eine Milliarde Menschen hatten keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, zwei Milliarden keinen Zugang zu sanitären Anlagen. Wenn sich hier etwas geändert hat, so die Lage in der VR China, dafür ist in anderen Teilen des „RoW“ das Elend umso größer geworden. Die Bilanz ist blamabel. Heute ist daher von den gefeierten „Milleniumszielen“ kaum noch die Rede. Nur der Zynismus triumphiert. Milliarden sind nicht einmal mehr als globale industrielle Resevearmee von Bedeutung. Anders als ihre Schicksalsgenossinnen und -genossen in den kapitalistischen Hauptstaaten dürfen sie nicht auf Unterstützung hoffen, wie die rund 50 Millionen, die in den USA von Lebensmittelmarken leben. Sie sind politisch irrelevant. Bei ihnen greift Malthus.

Ungleicher Kampf gegen Hunger und Kasino.

Koloniale und neokoloniale Abhängigkeit

Die unter ungeheuren Opfern erkämpfte Auflösung der Kolonialreiche beendete zwar weitgehend die administrativ-militärische Bevormundung, die ökonomisch fundierte jedoch keineswegs. Die Kreditgeber, die Technologien und das Management, Käufer und Lieferanten waren dieselben wie zuvor. Dort, wo beispielsweise Bodenschätze, Öl, Kupfer etc. eine eher unabhängige Entwicklung ermöglicht hätten, wurde diese wie in Indonesien, Iran, Kongo, Chile gewaltsam verhindert. Nach der Niederlage in Vietnam heuerte der US-Imperialismus und seine Hiwis im Rahmen seiner Counter-Insurgency-Strategie verstärkt Terrorbanden aus aller Welt an. So in Mittelamerika, im Nahen/Mittleren Osten und in Afrika. Diese Terrorstrategie konnte auf die religiösen und ethnischen Konflikte aus der Teile-und-herrsche-Politik der alten Kolonialmächte aufsetzen und diese mit neuen Waffen, Geld und Versprechungen ausstatten. Die Liste der damaligen wie heutigen Bürgerkriegsländer hat große Ähnlichkeit mit der Liste der Staaten in denen gehungert wird.

In der Regel ließ sich allerdings auf derartige Brachialmethoden verzichten. Die ökonomisch monostrukturiert ans „Mutterland“ gefesselten Staaten gerieten nach Erlangung der Unabhängigkeit durch die Abwesenheit jeglicher Handelsmacht, verstärkt durch die drastisch steigenden Zinsen und Ölpreise und die sich verschlechternden Terms of Trade schnell in die Verschuldungsfalle ihrer westlichen Kreditgeber. Die Hoffnung auf kreditfinanzierte Modernisierung und steigende Exporterlöse scheiterten an der Blockademachtposition der Industriestaaten. Die Verschuldung der 122 Entwicklungsländer stieg auf weit mehr als 2 Bio. Dollar. Die erforderliche Umschuldungsmaßnahmen dienten dem IWF dann als Hebel zu Durchsetzung neoliberale Programme: Sozialabbau, Steuersenkung, Privatisierung, Handels- und Währungsliberalisierung, Abwertung. Das komplette Programm also, die Erzeugung von Hunger und Elend eine Stufe weiterzutreiben. Der Kapitaltransfer aus den Entwicklungsländern in die Industriestaaten ist heute etwa neun mal so hoch wie umgekehrt.

Das rapide ökonomische Wachstum der VR China beruht nicht zuletzt darauf, sich solchen Forderungen widersetzen zu können. China ist Atom-, Weltraum- und Vetomacht und konnte dank seiner Kapitalverkehrskontrollen die Herrschaft über die eigene Währung sichern. Der Aufstieg Chinas sowie der „Tigerstaaten“ hat die Zahl der Hungernden im südasiatischen Raum, neben der Subsahararegion das zweite große Hungergebiet, in den letzten 20 Jahren erheblich reduziert. Ein Schwellenlandmodell, vielleicht der BRICS-Staaten, das aber für die meisten Entwicklungsländer (noch) Utopie bleibt.

Spekulanten, Gentechniker und Biodieselproduzenten

Mit Beginn der aktuellen Weltwirtschaftskrise schossen die niedrigen Agrarpreise, nachdem sie die Bauern der Dritten Welt ruiniert hatten, drastisch nach oben. Der FAO-Preisindex stieg nach 2007 um 70 Prozent. Die Reis- und Getreidepreise um 120 Prozent. Der Ölpreis (Brent) hatte am 4. 7. 2008 das Allzeithoch von 145,16 Dollar markiert. Allein die Nahrungsmittelspekulation soll laut Weltbank 120 Millionen Menschen wieder unter die absolute Armutsgrenze gedrückt haben. Auf der Suche nach profitabler Anlage hatte das vagabundierende Kapital nach dem Zusammenbruch der Immobilienblase den Commodity-Markt und das Farmland zu seinem Casino auserkoren.

Farmland wird gebraucht zur Futtermittel- und Bioenergie-Erzeugung. Ein hoffnungsvoller Wachstumsmarkt. Das Landgrabbing, die marktkonforme Variante der kolonialen Plantagenwirtschaft, hat laut Oxfam schon einen Umfang von 33 Mio. ha, nahezu die Fläche der heutigen Bundesrepublik, erreicht. Ein durchschnittlicher Pkw (6,6 l/100 km) schafft mit der Energiemenge, die einem Menschen für einen Tag zum Leben reicht, bescheidene 4,5 km. Für eine Fahrleistung von 20 000 km pro Jahr muss die Energiemenge für 12 Lebensjahre bereitgestellt werden. Nach Berechnungen des International Food Policy Research Institute (IFPRI) würde schon bei einer Verdopplung der jetzigen Beimengung von Biodiesel ein Anstieg der Maispreise um 72 Prozent zu erwarten sein.

Mit den Entdeckungen des ausgehenden 15. Jh. begann die europäisch/US-amerikanische Ausplünderung der Welt, eine sich steigernde Offensive von Krieg, Raub, Mord, Hunger und Sklaverei. Der Kolonialismus des 19 Jh. vollendete die Aufteilung der Welt unter den führenden kapitalistischen Räubern. In der kurzen Phase der internationalen Stärke des Sozialismus nach dem II. Weltkrieg gelang es, das schon brüchige Kolonialsystem zu zerschlagen. Mit dem Opfer von Millionen. Die Überlebenden mussten mitansehen, wie die alten Herren und ihre Scheckbücher bald wieder das Sagen hatten und ihr neokoloniales System des Elends und der Ausbeutung errichteten. Nur diesmal (unter den Flugzeugträgern der US-Navy) preiswerter und effizienter, auf die wesentlichen, die kommerziellen Aspekte dieses Verhältnisses beschränkt. Die „Drecksarbeit“ blieb den den jeweiligen „Hurensöhnen“: Diese „gereinigte“ Abstraktion des Kapitalverhältnisses treibt der nadelgestreifte Casinokapitalismus zu seiner Vollendung. Spieler wie Jim Rogers zocken mit staatlichem Vollkaskoschutz um die unmittelbare Existenz von Millionen: Zahle oder stirb! Es wachsen die Berge. Die Goldberge und die Leichenberge. Und es wächst die Gleichgültigkeit und der Zynismus. Es ist der große Offenbarungseid des „Freien Westens“, der aber unübersehbar seine „Goldenen Jahre“ gesehen hat.

Spur ins Ministerium

Ukraine: Regimegegner ermordet, Nazis zufrieden

Am 15. April wurde in Kiew einer der Organisatoren von „Antimaidan-Protesten“, der ehemalige Parlamentsabgeordnete der „Partei der Regionen“ von Ex-Präsident Janukowitsch, Oleg Kalaschnikow, von ultranationalistischen Mördern heimtückisch hingerichtet. Er hatte kurz vor seiner Ermordung noch zu Massenaktionen am 9. Mai, dem 70. Jahrestag des Sieges über den Faschismus aufgerufen, ungeachtet dessen, dass die Kiewer Machthaber den Tag auf den 8. Mai vorverlegt und in einen „Tag der Trauer“ umgewidmet haben.

Am 16. April wurde ein weiterer Kritiker des Kiewer Putsch-Regimes, der Journalist Oles Busina, am helllichten Tage an der Schwelle seiner Wohnung ermordet. Busina war ein häufiger Gast russischer Talkshows und hatte vor einigen Jahren bei Wahlen für den „Russischen Block“ kandidiert. Zuvor war bereits die Ermordung eines weiteren oppositionellen Journalisten, des Mitbegründers der Internetseiten ProUA und Obkom, Sergej Suchobok, bekannt geworden. Insgesamt sind in den letzten Wochen mindestens sieben Kritiker des Regimes Poroschenko/Jazenjuk ermordet worden.

„In den letzten Wochen sind mindestens sieben Kritiker des Putschisten-Regimes ermordet worden.“

Mit dieser Mordserie und anderen Attentaten brüstet sich nun eine ultranationalistische Gruppe, die sich in die Tradition des militärischen Arms der profaschistischen Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) stellt und sich als Ukrainische Aufständische Armee (UPA) bezeichnet. In E-Mails drohte die Gruppe damit, weitere „antiukrainische Personen“ zu ermorden, sollten diese das Land nicht innerhalb von 72 Stunden verlassen haben.

Die ukrainischen Machthaber hatten zuvor in nicht mehr zu überbietendem Zynismus versucht, die Mordserie auf „innere Auseinandersetzungen der Opposition“ zurückzuführen. Und natürlich durfte auch die „Moskauer Spur“ nicht fehlen. So behauptete z.B. Anton Geraschenko, ein Mitarbeiter des ukrainischen Innenministers Arsen Awakow: „Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Morde speziell aus Moskau geplant und organisiert wurden und zu den Plänen gehören, einerseits die Ukraine im Innern zu destabilisieren und andererseits die antiukrainischen Stimmungen in der russischen Gesellschaft weiter anzuheizen.“ Mehr noch. Ex-Vize-Gouverneur und Mitglied der Regierungskoalition im Parlament, Bosis Filatow, freute sich unverhohlen über die Morde und erklärte, man habe „noch ein Miststück“ erledigt und Präsident Poroschenko hat den Angehörigen der Mordopfer nicht einmal seine Anteilnahme ausgesprochen.

Am Tag vor seiner Ermordung hatte Oleg Kalaschnikow einigen Freunden einen Brief geschrieben, in dem er sie über neue Drohungen informierte. Er schrieb: „Ein offener Genozid an Andersdenkenden, die Drohung einer physischen Vernichtung und ständige abscheuliche Beleidigungen wegen des Aufrufs, den 70. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg zu feiern, das ist zur Norm in der von Nazisten okkupierten heutigen Ukraine geworden.“ Dem Brief legte er eine ganze Anzahl von gegen ihn gerichteten Drohungen auf der ultranationalistischen Internetseite mit dem zynischen Namen „Mirotworez“ („Peacekeeper“) bei, auf der er als Terrorist und Separatist verleumdet und auch seine Adresse und Telefonnummer veröffentlicht wurde.

Foto: All-Ukrainian Union „Freedom“ Picasa web album/wikimedia.org/CC-BY-3.0

Die UPA – bis heute ein Bezugspunkt für ukrainische Rechte: Demonstration der faschistischen „Swoboda“ im Januar in Kiew, auf der Fahne das Porträt des Nazi-Kollaborateurs Bandera.

Dabei muss hervorgehoben werden, dass hinter dieser Internetseite der bereits genannte Mitarbeiter des ukrainischen Innenministeriums Anton Geraschenko steckt. „Geschenke zu Weihnachten oder jedem nach seinen Verdiensten – schrieb Geraschenko am 8. Januar 2015. – Vor einigen Wochen präsentierte ich ein Projekt zur Sammlung von Daten von Terroristen und Separatisten, das von einer Gruppe Gleichgesinnter zur Unterstützung der Arbeit des Innenministeriums und des Sicherheitsdienstes der Ukraine geschaffen wurde, die Seite ‚Mirotworez‘. Mit Stand vom 7. Januar waren auf der Seite Informationen über 9 000 Terroristen und ihre Unterstützer gesammelt und bearbeitet und das ist nur der Anfang.“

Das heißt nicht mehr und weniger, als dass ein Mitarbeiter des ukrainischen Innenministeriums eine von Ultranationalisten – möglicherweise von der jetzt an die Öffentlichkeit getretenen Mörderbande „Ukrainische Aufständische Armee“ – zusammengestellte Todesliste veröffentlicht und propagiert. Oder noch deutlicher ausgedrückt: Die Spur der Morde führt ins ukrainische Innenministeriums. Können die Ausführenden der Morde sich doch zumindest die Daten der Mordopfer aus dieser Liste beschafft haben.

In einem Beitrag der russischsprachigen Internetseite „Swobodnaja Pressa“ (Freie Presse) – auf die wir uns bei den dargelegten Informationen weitgehend stützen – wird nach alledem mit Recht festgestellt, es sei bezeichnend, dass ungeachtet dieser schockierenden Fakten sich bisher kein einziger westlicher Politiker dazu geäußert habe. Gehe es doch um die gleichen Politiker, die nach der Ermordung des russischen Oppositionspolitikers Boris Nemzow augenblicklich mit zornigen Reaktionen zur Stelle waren. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Willi Gerns

Ideologischer Flankenschutz

Nazis geehrt, kommunistische Symbole verboten, Proteste aus Polen und Russland

Das von Oligarchen, nationalistischen Ultras und Neonazis dominierte Parlament der Ukraine hat am 9. April ein Gesetzespaket beschlossen, das die Mitglieder der OUN-UPA zu Freiheitskämpfern erklärt und ihnen soziale Privilegien gewährt. Zugleich werden die kommunistische Ideologie und das öffentliche Zeigen kommunistischer Symbole verboten. Zur Beruhigung der westlichen Ziehväter und Geldgeber der ukrainischen Putschisten soll sich das Verbot formell auch auf die nazistische Ideologie und ihre Symbole beziehen. Wie wenig glaubhaft das ist, zeigt nicht nur die gleichzeitige Ehrung der Nazi-Quislinge, sondern auch der Einsatz nazistischer Freiwilligenverbände mit Hakenkreuz und SS-Runen am Stahlhelm in der sog. Antiterroroperation der Junta gegen die Bevölkerung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk.

Die UPA (Ukrainische Aufstandsarmee) wurde während der Okkupation der Ukraine durch Nazi-Deutschland am 14. Oktober 1942 auf Beschluss der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) als deren militärischer Arm ins Leben gerufen. Sie wurde im Zusammenwirken mit den Besatzern in der Ukraine, Belorussland und Polen gegen die Partisanen und die Rote Armee sowie zur Niederhaltung der Zivilbevölkerung eingesetzt. Zu ihren „Heldentaten“ gehört u.a. ein Massaker an der polnischen Zivilbevölkerung im von Ukrainern, Polen und Angehörigen anderer Nationalitäten bewohnten Wolynien im Sommer 1943. Nach Schätzungen polnischer Historiker wurden bis Ende 1943 50 000 bis 60 000 Männer Frauen und Kinder grausam umgebracht. Über 1000 polnische Dörfer wurden dem Erdboden gleich gemacht.

Als die deutschen Besatzer vor den vorrückenden sowjetischen Truppen aus der Ukraine zurückweichen mussten, ist es bei Beibehaltung des Hauptstoßes der UPA gegen die Rote Armee und die sowjetischen Partisanen auch zu Kämpfen mit deutschen Einheiten gekommen. Sie hatten das Ziel, noch vor dem Eintreffen der sowjetischen Befreier Stützpunkte für den weiteren Kampf gegen die Sowjetmacht zu schaffen. Darauf baut der verlogene Mythos der heutigen ukrainischen Machthaber von der UPA als einer „nationalen Befreiungsarmee“, die angeblich in gleicher Weise gegen die „sowjetischen und die deutschen Okkupanten“ gekämpft habe.

Foto: Bundesarchiv, Bild 121-1500/Scherer/CC-BY-SA-3.0

Deutsche Nazioffiziere besuchen einen Posten der ukrainischen „Schutzmannschaft“ bei Kiew im Dezember 1942. Auch aus Angehörigen dieser von den Nazis gebildeten Truppe rekrutierte sich die UPA.

Die nationalistischen, antikommunistischen Gesetze Kiews sind auf scharfe Kritik gestoßen. So erklärte der zweite Sekretär des Zentralkomitees der KPU, Adam Martynjuk, dass die Abgeordneten der Obersten Rada mit dem Verbot der kommunistischen Ideologie „das Menschenrecht auf die Freiheit des Denkens und der politischen Überzeugung grob verletzt“ und gegen die ukrainische Verfassung verstoßen hätten. Seiner Ansicht nach handelt es sich um den Versuch, „die Aufmerksamkeit der Menschen vom Bankrott der gegenwärtigen ukrainischen Machthaber abzulenken“.

In einer bereits im Vorfeld der Beschlussfassung des ukrainischen Parlaments veröffentlichten Erklärung des Präsidiums des ZK der KPRF werden die Versuche, die kommunistische Ideologie und ihre Symbole zu kriminalisieren, entschieden zurückgewiesen.

Proteste gegen die vom ukrainischen Parlament beschlossenen Gesetze kommen auch von linken Kräften in Polen. So bezeichneten Politiker der „Union demokratischer linker Kräfte“ die Verherrlichung der Tätigkeit der UPA angesichts der von dieser Organisation begangenen grausamen Verbrechen gegen die polnische Zivilbevölkerung als eine „Ohrfeige für Warschau“. Besonders empört ist man darüber, dass der polnische Präsident Komorowski bei seinem Auftritt im ukrainischen Parlament wenige Stunden vor dessen Verabschiedung der skandalösen Gesetze (offenbar im Wissen um dieses Vorhaben! – W.G.) dazu aufgerufen hatte, die alten Kränkungen zu vergessen.

W.G.

Dokumentiert:

Ihre Verbote, unsere Solidarität

DKP solidarisch mit Kommunistischer Partei der Ukraine

Aus einem Schreiben von Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, an den Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU), Petro Symonenko:

„Mit Empörung und Sorge haben wir Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Werchowna Rada am 9. April einen weiteren Schritt zur Zerstörung aller demokratischen Rechte und zur Verfolgung der linken Kräfte in der Ukraine vollzogen hat.

Zugleich wurden in einem zweiten Gesetz Bandera-Mörder (OUN und UPA), die – auch an der Seite der faschistischen deutschen Okkupanten – Kriegsverbrechen gegen polnische wie sowjetische Bürgerinnen und Bürger begangen haben, de facto zu Nationalhelden erklärt.

„Nun hat man wohl die ‚gesetzliche Grundlage‘ geschaffen, um eure Partei zu verbieten.“

Das ist für uns unerträglich: 70 Jahre nach der Befreiung und dem Sieg über den Faschismus, an dem die Rote Armee und die Menschen in der Sowjetunion die Hauptlast trugen, werden in Eurem Land Kommunistinnen und Kommunisten – darunter sicher noch Genossinnen und Genossen, die gegen die faschistischen Okkupanten und ihre Helfer gekämpft und die Ukraine vom faschistischen Joch mit befreit haben – verfolgt. Die Befreiung der Ukraine, des restlichen sowjetischen Territoriums, wurde gelegentlich von führenden Regierungsvertretern wie Ministerpräsident Jazenjuk bereits als ‚Aggression‘ bezeichnet. Dagegen werden faschistische ukrainische Mörder glorifiziert.

Und nun, 70 Jahre nach dem 8. Mai 1945, paktieren die USA, die NATO, die EU-Staaten – vor allem auch Deutschlands Regierung – zur Durchsetzung eigener Interessen in der Ukraine mit Faschisten. (…)

Wir sehen die Gefahr: Nach der Auflösung eurer Fraktion in der Werchowna Rada, den Angriffen auf Dich und andere Genossen Eurer Partei, nach der Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die Kommunistische Partei der Ukraine, nach Überfällen und Brandanschlägen hat man wohl nun die geeignete ‚gesetzliche Grundlage‘ geschaffen, Eure Partei zu verbieten.

Wir versichern Euch unsere Solidarität: Wir werden an den ukrainischen Präsidenten schreiben, vor allem aber hier in Deutschland den öffentlichen Protest mit organisieren. In Deutschland wurde die KPD 1933 nach der Machtübertragung an Hitler verboten, Zehntausende ließen im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben. Im Jahr 1956 wurde die KPD im Westen Deutschlands erneut verboten, viele unserer Genossinnen und Genossen saßen – weil sie gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands kämpften, für eine Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten – im Gefängnis, verloren ihre Bürgerrechte für Jahre.

Das KPD-Verbot wurde bis heute nicht aufgehoben, doch es gibt seit 1968 in unserem Land eine legale Kommunistische Partei, die DKP.

Wir stehen zu Euch – ¡No pasarán!“

Für die große Anteilnahme und Wertschätzung für meinen lieben Mann Jochen Peters möchte ich allen seinen Genossinnen und Genossen sowie Freunden auf diesem Weg herzlich danken.

Anni Peters

Wir trauern um einen unermüdlichen Kämpfer für unsere Sache.

Sebastian Zachow-Vierrath

starb am 20. April 2015

Wir hatten keine Zeit mehr, um Abschied zu nehmen von unserem langjährigen Freund und Genossen, mit dem wir noch so gern weiter diskutiert und gekämpft hätten.

Trotz schwerer und langjähriger Krankheit war Sebastian einer der aktivsten Genossen in unserem Landesverband. Seine Klarheit und Standfestigkeit waren beispielhaft. Wir verneigen uns vor einem Genossen, Freund und Weggefährten. Wir werden sein Andenken in Ehren halten und in seinem Sinne weiterkämpfen für eine Welt des Friedens und des Sozialismus.

Er lebt in unseren Erinnerungen und unseren Herzen weiter, er ist Teil unserer kommunistischen Identität und unserer kommunistischen Geschichte.

Unsere Gedanken sind bei Dir, liebe Gisela.

Landesvorstand der DKP Brandenburg und die Genossen der Grundorganisation Niederlausitz

---

Unerwünscht, diskriminiert, bedroht – Flüchtlingspolitik im Saarland jenseits der Fensterreden

Donnerstag 30. April 2015, Beginn: 18.00 Uhr
Naturfreundehaus Völklingen
Stadionstraße 10, 66333 Völklingen

Referent: Peter Nobert, Rechtsanwalt
und im Vorstand des Saarländischen Flüchtlingsrats

Gemeinsame Maiveranstaltung von DKP Saarland und VVN-BdA Saarland

Verteilung des UZ-Saarland-Reports auf der Mai-Kundgebung des DGB, Saarbrücken, Schlossplatz

---

8. Mai 2015: 70. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus

Veranstaltung der DKP Frankfurt:

Film von Wolfgang Staudte aus dem Jahr 1946:
„Die Mörder sind unter uns“

Gesprächsrunde mit Zeitzeugen:
„Wie erlebtet ihr den 8. Mai 1945 – was waren eure Hoffnungen?“

6. Mai 2015, 19.30 Uhr, DGB-Haus Frankfurt, Willi-Richter-Saal

---

Die Geschichte der KPD (0)

Zeitzeugengespräch der DKP OWL mit Prof. Theodor Bergmann, Jahrgang 1916

Montag 27. April, 19.00 Uhr, DKP-Zentrum Bielefeld, August-Bebel-Straße 105, Bielefeld

---

Entschleunigung:
Ruhe & Natur satt im Müritz-Nationalpark. 2 FeWo je 2–3 Pers. ganzjährig in Kratzeburg-Granzin. Havel & Havelseen, Boot & Rad.
Info: www.trinogga.de
Tel.: 0331/870796 (AB)

Urlaub im Lotsenhaus an der Ostsee

(14 km von Stralsund)
3 komfortable Fe.-Wo.

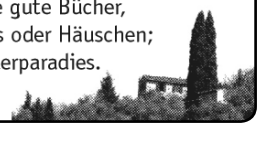
Erich und Michaela Bartels
Näheres: Tel. 03831 – 459 366
www.ferien-im-lotsenhaus.de

Urlaub im schönen Havelland

– wald- und wasserreich – Nähe Berlin-Spandau preiswerte Ferienwohnung für 5 Personen (2 Zimmer, Wohnküche – Herd, Kühlschrank, Bad, Dusche, WC). Preis nach Vereinbarung. Näheres Tel./Fax: 033 231/60661

Toskana, nah am Meer
www.toskana-biohof.de | 0039. 0566. 81478

Ökohof im Olivenhain,
weiter Blick, Stille;
große helle Zimmer,
viele gute Bücher,
Haus oder Häuschen;
Kinderparadies.



HERAUS ZUM ROTEN 1. MAI

Aufstehen
gegen Kriegspolitik
neuen Faschismus
Sozialraub
Naturzerstörung

Kämpfen
für Frieden
internationale Solidarität
soziale Gerechtigkeit
eine nachhaltige Klimapolitik

Siegen

13.00 Uhr **Demo** ab Siegerlandhalle
13.30 Uhr **Kundgebung und Maifeier** auf dem Platz neben dem Rathaus

- ★ **Sevim Dagdelen** MdB DIE LINKE
- ★ **Jörg Kronauer** Sozialwissenschaftler und Journalist
- ★ **HOP STOP BANDA** Köln – Ein schräger Folk-Mix aus russischen, ukrainischen, jüdischen und orientalischen Elementen angereichert mit Latin/Balkan-Grooves
- ★ **Kurdische Kämpferinnen der YPJ**
- ★ **Kurdische Musik und Tänze**

Schlage die Trommel und fürchte dich nicht ...

Diese Zeile von Heinrich Heine widmen wir unserem Genossen

Rolf Pflanz

der am 29. April

90 Jahre alt wird.

So kennen wir ihn, Rolf, der nach schlimmen Erfahrungen der letzen Kriegsjahre schon 1946 in die KPD eingetreten ist: Mahner für die Sache des Friedens, der Gerechtigkeit, des Sozialismus. Immer dabei, für diese richtigen Dinge zu werben, zu überzeugen, eben zu trommeln, und dies unermüdlich. Dabei stimmten und stimmen bei ihm Wort und Tat überein: Ob im Betrieb, in der Gewerkschaft, bei den Naturfreunden – seine Kollegen konnten sich auf ihn verlassen. Und das verschaffte ihm ein hohes Ansehen.

In unserer DKP-Gruppe hat Rolf sein festen Platz. Dabei sein, wenn es irgend geht, gut informiert, mit reichem Erfahrungsschatz, in unseren Diskussionen gerne streitbar.

Lieber Rolf, wir hoffen, dass Du Dich in diesen Zeilen wiederfindest. Jedenfalls kommt von uns eine große Gratulation zu Deinem Geburtstag mit dem Wunsch, dass Dir Deine Gesundheit und Tatkraft noch lange erhalten bleiben.

Deine Genossinnen und Genossen der

DKP Solingen

Gut geschrieben - ist gut gedacht! (Tucholsky)

Hesi (Hermann) Sittner wird 80 Jahre!

Lieber Hesi,
von Elan, UZ bis Heiße Eisen, wie viele Artikel, Kommentare, Texte hast Du geschrieben!

Wir danken und gratulieren Dir.

DKP Dortmund
Gruppe Dortmund-West

Herzlichen Glückwunsch, liebe Ellen!

Vieles gäbe es zu Deinem Wirken zu sagen: zur Arbeit in der illegalen KPD, in Bündnissen, in Bewegungen in jenen Jahren, zu Deinen Aktivitäten in der neukonstituierten DKP, Deiner Arbeit als langjährige Bezirksvorsitzende der DKP Hessen und als stellvertretende DKP-Parteivorsitzende, in der Friedensbewegung usw. usf. Bis heute bist Du – im Rahmen des Möglichen – in der Partei wie in der Bündnisarbeit politisch aktiv und „in Aktion“.

Nach 1989/1990 stand die Frage, wie weiter? Du hast Dich in die Debatte eingemischt, hast damals und auch später unbequeme Fragen nicht gescheut. Du bist in der Partei nicht nur in Hessen aktiv geblieben, sondern warst bis vor wenigen Jahren auch Mitglied des DKP-Parteivorstands.

Danke, liebe Ellen!

Parteivorstand der DKP
UZ-Redaktion
Bezirksvorstand der DKP Hessen

Wir gratulieren unserer Genossin

Dr. Ellen Weber zum 85. Geburtstag.

Ellen verkörpert die Geschichte der Kommunistinnen und Kommunisten nach 1945, sie war und ist aktiv daran beteiligt. Das waren Zeiten des antifaschistischen Aufbruchs und der Hoffnung auf eine neue sozialistische Zukunft. Doch im Westen Deutschlands folgten im Schatten der Besatzungsmächte die Restauration reaktionärer Verhältnisse und Remilitarisierung, und zu deren Durchsetzung neue Kommunistenverfolgung und Verbot der KPD. Ellen gehörte zu den Mitstreiterinnen der illegalen KPD und war aktiv an der Entwicklung legaler Betätigungsmöglichkeiten und an der Förderung von Bündnissen und Bewegungen gegen die Wiederaufrüstung, für Frieden, Demokratie und Fortschritt beteiligt.

Es folgte die Neukonstituierung der DKP, mit der neue, vor allem junge Kräfte im Kampf für Veränderungen gewonnen werden konnten. Die sozialistischen Staaten waren Ermutigung ... Ellen übernahm verantwortliche und viel persönliches Engagement erfordernde Aufgaben in der neukonstituierten Partei, darunter als langjährige Bezirksvorsitzende der DKP Hessen und als stellvertretende Parteivorsitzende.

Der Zusammenbruch und Zerschlagung des Sozialismus in Europa hat uns alle erschüttert und hat bis heute schwerwiegende negative Auswirkungen. Dass die DKP bestehen blieb und in schwierigen Diskussionen bemüht war, Schlussfolgerungen aus den Fehlern der Vergangenheit zu ziehen und neue Erkenntnisse für den weiteren Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus zu gewinnen – das war und ist eine bedeutende politische Leistung, an der Ellen großen Anteil hat.

Jetzt sind DKP-Mitglieder erneut gefordert. Es gilt, den Kampf für die Zukunft auf der Grundlage des DKP-Programms von 2006 fortzusetzen. Ellen ist immer mit Ideen, Argumenten und bei Aktionen dabei. Ihre besondere Aufmerksamkeit gehört der Bündnispolitik, dem Kampf mit und in Bewegungen, wozu auch das Einbringen von Anregungen und Überlegungen für deren inhaltliche Ausrichtung gehört. Sie ist eine Kommunistin mit überzeugenden Argumenten auch in der kontroversen Diskussion in der DKP. Sie ist kreativ, um Überzeugung bemüht und solidarisch und wirkte immer integrativ. Das wissen auch viele Partnerinnen und Partner in verschiedenen politischen Spektren und Bewegungen.

Die DKP hat mit Ellen eine Genossin, die im besten Sinne des Wortes Sympathieträgerin für die DKP ist. Die DKP hat Ellen viel zu verdanken. Sie war und ist für unser politisches Wirken eine wichtige Genossin und Freundin. Wir wünschen ihr viel Kraft, die sie auch braucht, um ihren Mann zu unterstützen. Wir danken dir, liebe Ellen!

Stellvertretend für viele Genossinnen und Genossen, Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunde:

Erika Abczynski, Ulrich Abczynski, Alice Czyborra, Klaus Czyborra, Bruni Freyeisen, Detlef Fricke, Uwe Fritsch, Anne Frohnweiler, Armin Fuchs, Silvia Gingold, Horst Gobrecht, Hendrik Guzzoni, Thomas Hagenhofer, Nina Hager, Elfriede Haug, Walter Herbster, Willi Hoffmeister, Gebhard Hofner, Bettina Jürgensen, Günter Judick, Dieter Keller, Hubert Kniesburges, Katharina Kniesche, Christian Koberg, Margot Konetzka, Horst Krämer, Irène Lang, Michael Maercks, Leo Mayer, Volker Metzroth, Artur Moses, Arno Neuber, Isa Paape, Eva Petermann, Georg Polikeit, Rolf Priemer, Silvia Schall, Kerem Schamberger, Ingrid Schuster, Rudi Schuster, Klaus Seibert, Axel Seiderer, Heinz Stehr, Peter Strutynski, Wolfgang Teuber, Ute van Roosmalen, Justine Wazansky-Krack, Christel Wegener, Klaus Weißmann, Andrea Will, Kurt Wirth, Edith Zenker

70 Jahre Befreiung vom Faschismus

Ein Tag mit Esther Bejarano in Fulda

Esther übergab in Fulda zwei jungen Antifaschisten als Staffelstab die Fackel der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten.

Leise war es vor über 1 100 Schülern in der Christuskirche, als Esther Bejarano ihr Zeitzeugengespräch begann. Schüler aus verschiedenen Fuldaer Schulen, Lehrer und Bürger sind der Einladung vom Fuldaer Aktionsbündnis „Fulda stellt sich quer“ gefolgt und nahmen an dem Zeitzeugengespräch teil. Teilweise mit Tränen in den Augen hörten sie Esther Bejarano zu, als sie aus Ihrem Buch „Erinnerungen“ las. Doch für Esther Bejarano spielt die Gegenwart eine große Rolle.

Strömungen wie Pegida sind für Esther Bejarano eine Katastrophe: „Was mich traurig macht, ist, dass ich eine Parallele sehe zur damaligen Zeit.“ Da sei schreckliche, menschenverachtende Ideologie in den Köpfen. „Mein Ziel ist es, dass es keine Nazis mehr gibt“, sagt sie bestimmt und wirft dann ein: „aber da können wir noch lange warten.“ Nach zwei Stunden bewegenden, mutmachenden und nachdenklichen Worten endete ein einmaliges Zeitzeugengespräch in Fulda.

Nach dem Zeitzeugengespräch kehrte Esther erstmals nach 70 Jahren auf den Gehringshof in Neuhof Hattenhof zurück. Ein Besuch, der für sie sehr interessant war. Schwermütig wirkt Bejarano nicht, wenn sie vom Gehringshof erzählt. Empfangen vom 2. Bürgermeister der Stadt Neuhof erzählte Esther ihre Geschichte vom Gehringshof. Nach dem Sieg über den Faschismus gelangte Esther zu Fuß von Bergen-Belsen zum Gehringshof. Dort verbrachte sie einige Wochen, bevor sie nach Palästina auswanderte.

Auf dem Gehringshof trug sich Esther in das Buch der Stadt Neuhof ein. „Als ich in Auschwitz war, habe ich gesagt, ich muss mich rächen an diesen schrecklichen Nazis“, sagte sie. Ihre Rache ist die Aufklärung, der Kampf gegen rechts, ausländerfeindliches, undemokratisches Gedankengut mit ihrer Geschichte, so die deutlichen Worte von Esther Bejarano.

Am Abend beeindruckte Esther als Musikerin eine ausverkaufte Orangerie in Fulda. Unter dem Motto „8. Mai – 70 Jahre Befreiung vom Faschismus“ sahen knapp 900 Gäste ein Programm, was es in Fulda noch nie gegeben hat. Unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeister Gerhard Möller (CDU) und des Bundesvorstandsmitglied der IG BAU Carsten Burckhardt würdigte Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR (Internationale Föderation der Widerstandskämpfer – Bund der Antifaschisten) die Lebensleistung von Esther Bejarano „als Überlebende des KZ Auschwitz, als bewusste Antifaschistin, die bis heute eine klare Haltung gegen alle neonazistischen, rassistischen und antidemokratischen Bedrohungen unserer Gesellschaft entwickelt.“

Carsten Burckhardt würdigte Esther Bejarano als Vorbild für die Jugend. Dass Fulda weltoffen, bunt und tolerant ist, zeigte das Rahmenprogramm zum Konzert, an dem über 200 Schülerinnen und Schüler beteiligt waren. Sehr eindrucksvoll war die 15-minütige Inszenierung des Theaterstücks der Kinderoper „Brundibar“ von Schülerinnen und Schülern der Fuldaer Marienschule. Zwei Schulorchester zeigten ihr Können und begeisterten das Publikum. Stücke aus Schindlers Liste bot das klassische Orchester der Rabanus-Maurus-Schule und erinnerte an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte. Mit Stücken aus ihrer aktuellen CD begeisterten Ester Bejarano, Joram Bejarano, Signore Rossi und Kutlu Yurtseven das Fuldaer Publikum. Die charismatische Esther Bejerano machte in ihren Liedern immer wieder deutlich, wie wichtig der Widerstand gegen Rassismus und Neofaschismus ist.

Emotional wurde es, als für Esther Bejarano und in Erinnerung an Peter Gingold von zwei jungen VVN/BdA-Mitgliedern der Appell an die Jugend verlesen wurde. Als Staffelstab übergab Esther den beiden jungen Antifaschisten die Fackel der FIR. Ohne Zugabe wollte das Publikum Esther nicht von der Bühne lassen. So gab es auf diesem wundervollen Konzert eine Weltpremiere, begleitet vom klassischen Orchester sang Esther das Lied der Moorsoldaten. Sie animierte das Publikum so, dass hunderte von Zuschauern einen eindrucksvollen Chor bildeten.

Andreas Goerke

termine@unsere-zeit.de

FR ★ 24. APRIL

Hanau: 1. Mai-Feier der DKP mit Erich Schaffner. Hanau Kesselstadt, Reinhardskirche, 19.30 Uhr. Eintritt: Ein Mitbringsel für‘s gemeinsame Buffet.

SA ★ 25. APRIL

München: Kreisdelegiertenkonferenz der DKP München. KommTreff, Holzapfelstraße 3, 12.00 Uhr.

Dortmund: Jahreshauptversammlung der DKP Dortmund. Z, Oesterholzstraße 27, 14.00 Uhr.

Cottbus: Täterspurenmahngang durch Cottbus. Treffpunkt Altmarkt, 14.00 Uhr.

Esslingen: Versammlung der DKP Neckar-Fils zum 21. Parteitag. Restaurant SV 1875, Weilstraße 85, Plinsauvorstadt, 17.00 Uhr.

SO ★ 26. APRIL

Essen: Maifeier der DKP. Lieder des Antifaschismus, der Befreiung und zum 1. Mai mit Klaus Linder (Berlin) am Klavier. Mairede von Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP. Bürgerhaus Oststadt, Essen-Steele, Einlass 15.30 Uhr, Beginn 16.00 Uhr.

MO ★ 27. APRIL

Karlsruhe: „Vormaifeier – Festveranstaltung 70 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus“ der DKP mit Kurt Pätzold. Restaurant „Walhalla“ , großer Saal, Augartenstraße 27, 19.00 Uhr.

München: Marxistische Abendschulung des DKP Betriebsaktivs, Lektüre und Diskussion von Texten der Klassiker des Marxismus. KommTreff, Kellerräume, Holzapfelstraße 3, 19.00 Uhr.

DI ★ 28. APRIL

Gießen: Maiveranstaltung von DKP und SDAJ mit dem III. Sekretär der kubanischen Botschaft Berlin Alberto Berbes. Lieder von Ernst Schwarz. Café Amelie, DGB-Haus, Walltorstraße 17, 19.00 Uhr.

Recklinghausen: Jahreshauptversammlung der DKP. Ladenlokal Kellerstraße 7, 19.30 Uhr.

MI ★ 29. APRIL

Hannover: „Solidarität mit den Antifaschisten in der Ukraine!“ Vortrag und Diskussion mit Susann Witt-Stahl. Veranstaltung der DKP, Rote Hilfe, SDAJ und VVN/BdA Hannover. Freizeitheim Vahrenwald, 19.00 Uhr.

Hamburg: „70 Jahre Befreiung vom Faschismus- Schlussfolgerungen für heute“ , Veranstaltung der DKP Bergedorf in Zusammenarbeit mit der Masch und Michi Götze, Landesvorsitzender der DKP Hamburg. Kulturzentrum Lola, Lohbrügger Landstraße 8, 19.00 Uhr.

DO ★ 30. APRIL

Völklingen: „Unerwünscht, diskriminiert, bedroht – Saarländische Flüchtlingspolitik jenseits der Fensterreden.“ Maiveranstaltung der DKP in Zusammenarbeit mit der VVN/BdA mit Peter Nobert, Rechtsanwalt und Vorstandsmitglied des Saarländischen Flüchtlingsrats. Naturfreundehaus Völklingen, Stadionstraße 10, 18.00 Uhr.

SA ★ 2. MAI

Köln: Rote Maifeier der DKP im Zeichen des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus und des Sieges über Nazideutschland. Kulturprogramm mit dem chilenischen Duo „Musikandes“ aus Saarbrücken. Halle-am-Rhein des SSM e.V., Am Faulbach in Köln-Mülheim, 15.00 Uhr bis 21.00 Uhr.

MO ★ 4. MAI

Hamburg: „8. Mai 1945 – Befreiung was sonst?“ Zeitzeugen und Berichte in Ton und Bild zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Öffentliche Veranstaltung der DKP Fuhlsbüttel-Langenhorn. Bürgerhaus Langenhorn, Tangstedter Landstraße 41 (gegenüber U-Bhf Langenhorn Markt), 19.00 Uhr.

Göttingen: „Antifaschistische Einheit oder antitotalitäre Spaltung? Über strategische Ausrichtungen im Kampf gegen den Faschismus.“ Veranstaltung der DKP mit Jürgen Lloyd. Holbornsches Haus, Rote Straße 34, 19.00 Uhr.

MI ★ 6. MAI

Frankfurt: „70. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus“ , Veranstaltung der DKP. DGB-Haus Frankfurt, Willi Richter Saal, 19.30 Uhr.

FR ★ 8. MAI

München: „8. Mai-Tag der Befreiung – der Kampf geht weiter.“ Veranstalter: Betriebsaktiv der DKP München, KKE, DIDF und SDAJ. EineWelt Haus, 19.00 Uhr.

Göttingen: Gedenkveranstaltung der VVN-BdA zum 8. Mai 1945 anlässlich der Befreiung vom deutschen Faschismus. NS-Zwangsarbeiter-Mahnmal, Ausgang Bahnhof Westseite, 18.00 Uhr.

Cottbus: Aktionen zum Tag der Befreiung vom Faschismus. Fotoausstellung, Oberkirchplatz, 15.00 Uhr. Demonstration und Kranzniederlegung, 17.00 Uhr. Party: „Wer nicht feiert hat verloren.“ Scandale, 22.00 Uhr.

SA ★ 9. MAI

Düsseldorf: Gedenken der DKP mit Gästen der NCPN am Niederländischen Ehrenfriedhof auf dem Stoffeler Friedhof, Treffpunkt: Eingang Bittweg 60, 15.00 Uhr. Gedenken für die sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter anlässlich der Befreiung vom Faschismus. Sowjetischer Ehrenfriedhof, Blanckertzstraße, 17.00 Uhr.

Termine der Karl-Liebknecht-Schule der DKP

„Die Grundlagen unserer Politik – Einführungslehrgang (nicht nur) für Anfänger“ , Referent: Jürgen Lloyd. Seminar vom 23. bis 26. April 2015, Weitere Informationen und Anmeldung unter www.karl-liebknecht-schule.org

UZ Jetzt abonnieren und Prämie sichern!

Hiermit abonniere ich die UZ – Wochenzeitung der DKP. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraums gekündigt wird. (Bitte eine Aboprämie auswählen)

☐ **NEU! 3 - Monats - Abo zum Kennenlernen (Sonderpreis 10,- €)**

☐ Jahresabo (Preis nach eigenem Ermessen)
- ☐ Normalabo (126,- € / Jahr)
- ☐ Ermäßigter Preis (72,- € / Jahr)
- ☐ Förderabo (mindestens 160,- € / Jahr)*

Ich zahle mein UZ-Abonnement

☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich

*Alle Preise inkl MwSt. und Versand (Sie sparen bis 6,- € pro Jahr durch die Erteilung einer Einzugsermächtigung).

Ihre Prämie für ein Jahresabonnement (bitte ankreuzen)

Harald Neubert: Europäische Nachkriegsordnung (Buch, 300 S.)

☐

Ihre Prämie für ein 3-Monats-Abo (bitte ankreuzen)

Josef Schleifstein: Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin (Buch, 165 S.)

☐

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon, E-Mail

☐ **Einzugsermächtigung / SEPA-Lastschriftmandat**

KTO / IBAN

BLZ / BIC

Datum, Unterschrift:

Coupon einsenden oder per Mail schicken: CommPress Verlag GmbH . Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen . E-Mail: info@unsere-zeit.de

Impressum

unsere zeit (UZ) – Zeitung der DKP (ISSN 0943–4216)

Herausgeber:
Parteivorstand der DKP
Erscheint wöchentlich

Redaktion:
Nina Hager (0201/1778–8914, Chefredakteurin, v. i. S. d. P.), Paul Kranefeld, Manfred Idler, Olaf Matthes, Lars Mörking, Werner Sarbok

Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernehmen allein die Autor/inn/en die Verantwortung. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Telefon: 0201/225447
Internet: www.unsere-zeit.de
E-Mail: redaktion@unsere-zeit.de

Anschrift der Redaktion
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Druck
Union Druckerei Berlin GmbH

Verlag
CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Geschäftsführer: August Ballin
Telefon: 0201/177889-23/26
Fax: 0201/177889-28
E-Mail: info@unsere-zeit.de

Abo-Service und Anzeigenbetreuung
Walter Herbster/Ben Richter
Telefon: 0201/177889-23/26
Fax: 0201/177889-28
E-Mail: info@unsere-zeit.de

Anzeigenschluss
Jeweils Montag, 12.00 Uhr
(für die kommende Ausgabe).

Bankverbindung
Postbank Köln (BLZ 370 100 50)
Konto-Nr.: 417099507
IBAN: DE34 3701 0050 0417 0995 07
BIC: PBNKDEFF

Spendenkonten des DKP-Parteivorstandes:

Für zentrale Arbeit:
GLS Bank, Bochum, BLZ 430 609 67, Konto-Nr. 400 248 7500
IBAN: DE90 4306 0967 4002 4875 00, BIC: GENODEM1GLS

Für internationale Solidarität:
Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto-Nr. 253 525 502
IBAN: DE93 3701 0050 0253 5255 02, BIC: PBNKDEFF

Meine progressive Woche

Vom 11. bis 17. April

Samstag

Nicht nur vor Europas Küsten ertrinken Flüchtlinge, auch vor denen Australiens.

Dem sardonischen Grinsen des australischen Premiers Tony Abbott sieht man an, dass irgendein „humanitärer Klimbim“ von vornherein entfällt. Schon 2013 hatte der stockkonservative seinen Wahlkampf mit der Parole „„Stop the Boats“ bestritten. Als zupackender Politiker kann Mr. Abbott aber nicht passiv bleiben. Für vier Millionen australischer Dollar hat er jetzt einen abendfüllenden Spielfilm bestellt, der potentielle Flüchtlinge von Afghanistan über Syrien bis Irak mit möglichst dramatischen Bildern abhalten soll, sich in Richtung Australien auf den Weg zu machen.

Den Auftrag zu dem Propagandafilm bekam die Australierin Trudi-Ann Tierney. Die Dame ist bestens qualifiziert. Im Auftrag der US-Regierung drehte sie 2014 einen Film über das „ideale Afghanistan … eines, das wir alle sehen wollen.“ Die Dame liebt Herausforderungen. Nach der Idylle nun die Hölle. Der rote Faden ist trotzdem nicht zu übersehen – mit der Wirklichkeit dürfen die Machwerke nichts zu tun haben.

Sonntag

„Zero Hour Contracts“ (Null-Stunden-Verträge) sind zum Thema im britischen Wahlkampf geworden. Solche „Verträge“ sind eine moderne Form der Tagelöhnerei. Der Unternehmer bestimmt, ob und wann gearbeitet wird. Die moderne „Verbesserung“ besteht darin, dass sich der Tagelöhner verpflichtet, bereit zu stehen, wann immer er benötigt wird. Das nenne ich Fortschritt.

Der keineswegs auf die britischen Inseln beschränkt ist. Das Forschungsinstitut für Arbeit Nürnberg schätzt die Zahl der Tagelöhner in Deutschland auf eine Million. Die Zahl dürfte um etliches zu niedrig sein, da z. B. Saisonarbeiter nicht erfasst sind.

Die „sozialen Segnungen“ der Tagelöhnerei gehen weit über diese hinaus: Unternehmen sparen Sozialabgaben, unterlaufen Mindestlöhne, können Arbeitskraft punktgenau einsetzen, feste Arbeitsplätze einsparen, das allgemeine Lohnniveau drücken – erhöhen in einem Wort ihren Profit.

In Großbritannien und anderswo tut die digitale Technik ein Übriges. Kein Unternehmer muss in ein enttäuschtes Gesicht schauen oder gar an seinen Reichtum und unser Elend denken. Eine SMS genügt: „Nehmen Sie sich einen Tag frei zum Ausruhen, danke. Und tschüss.“

Dienstag

Aus Fukushima liefert ein Roboter uns Bilder aus dem Inneren der Unglücksreaktoren. Der Nachrichtenwert ist gleich null. Wie so oft wird uns Transparenz vorgegaukelt, um genau diese zu vermeiden.

Das gilt auch für die Ankündigung von Tepco, dass man hoffe 2020 mit der Bergung der (hochexplosiven) Brennstäbe beginnen zu können. Diese Jahreszahl steht völlig unvermittelt im Raum. Belastbare Fakten: Fehlanzeige. So bleibt die Spekulation.

Am 24. Juli 2020 werden in Tokio die Spiele der XXXII. Olympiade eröffnet. Genau 3 400 Tage nach der Explosion des Kraftwerkes in Fukushima. Hauptsponsor der Spiele wird Tepco, der Atom-Konzern, sein (kein schlechter Scherz, oder vielleicht doch).

Mein Vorschlag zur Eröffnungsfeier: Thomas Bach, aktueller IOC-Präsident, macht den Schlussläufer. Statt mit einer normalen Fackel entzündet er das olympische Feuer mit einem frisch geborgenen Brennstab aus Fukushima – um zu zeigen, wie ungefährlich die friedliche Nutzung der Kernenergie in Japan wirklich ist.

Adi Reiher

Hindenburg wird Reichspräsident

Der zweite Wahlgang am 26. April 1925

Weniger als sieben Jahre nach dem Ersten Weltkrieg wird Paul von Hindenburg, einer der Hauptrepräsentanten des Militarismus und der Monarchie, Präsident der Weimarer Republik – ein Menetekel für deren Untergang, das zu verhindern gewesen wäre.

Am 28. Februar 1925 war Friedrich Ebert gestorben, der erste (sozialdemokratische) Reichspräsident. Dessen Amtszeit wäre im Juni ausgelaufen. Seine Wiederwahl schien sicher, zumal er es nicht an positiven Signalen in Richtung der national-monarchistischen Wähler fehlen ließ. Nun musste die Wahl vorgezogen werden; der erste Wahlgang zur Bestimmung seines Nachfolgers fand am 29. März 1925 statt.

Die KPD hatte Ernst Thälmann aufgestellt. Er hatte den Vorzug vor Clara Zetkin erhalten, die einer Mehrheit der Parteiführung als zu „rechts“ galt. Auf ihn entfielen 7 Prozent der Stimmen (1 871 815 absolut). Otto Braun (SPD) erhielt 29 Prozent, Wilhelm Marx (Zentrum) 14,5 und Willy Hellpach (Demokratische Partei) 5,8 Prozent. Das waren insgesamt 13 258 629 Stimmen bzw. 49,3 Prozent für den sogenannten Volksblock. Die national-monarchistischen Parteien, der „Reichsblock“, erreichten zusammen 43,6 Prozent – Karl Jarres 38,8, Heinrich Held 3,7 und Erich Ludendorff für die Nationalsozialisten 1,1 Prozent. Somit hatte keiner der Kandidaten die notwendige Mehrheit erreicht.

Für den zweiten Wahlgang am 26. April 1925 stellte der „Reichsblock“ nun den einstigen Oberkommandierenden Generalfeldmarschall von Hindenburg auf, zu dessen Gunsten Jarres, Held und Ludendorff auf eine Kandidatur verzichteten. Die andere Seite, der „Volksblock“ tat sich bei der Einigung auf einen Kandidaten bedeutend schwerer.

Dem sozialdemokratischen Kandidaten Otto Braun traute nicht einmal die eigene Parteiführung zu, gegen den Marschall bestehen zu können. Man tendierte dort zum Zentrumsmann Marx als gemeinsamen Kandidaten. In der KPD und der Kommunistischen Internationale wurde über das Für und Wider einer erneuten Kandidatur Thälmanns einerseits und über die Bedingungen der Unterstützung eines sozialdemokratischen Kandidaten andererseits gestritten.

Der Vorsitzende der Komintern Sinowjew empfahl der KPD-Zentrale die Rücknahme der Eigenkandidatur. Dem Gewerkschaftsbund ADGB sollte der Vorschlag gemacht werden, eine „einheitliche antimonarchistische Kampfkandidatur auf der Grundlage eines konkreten Minimalprogrammes [zu] veranlassen“ (Die Internationale, Nr. 5, Mai 1925, S. 223). Die Parteiführer Maslow, der im Gefängnis saß und wohl keine Kenntnis von Sinowjews Vorschlag hatte, und Ruth Fischer neigten dem zu, konnten sich aber zunächst nicht entscheiden bzw. durchsetzen. Die Ultralinken sprachen von der Gefahr der Spaltung der Partei.

Der obige Vorschlag kam nicht mehr zum Tragen, „weil die SPD sich für Marx entschieden hatte, ehe die Frage in den leitenden Körperschaften der Partei [der KPD, AR] geklärt war“ (Die Internationale, ebd.). Ob ADGB und SPD (und Zentrum) auf den Vorschlag eingegangen wären, bleibt unbeantwortet.

Im zweiten und entscheidenden Wahlgang am 26. April 1925 standen sich somit Wilhelm Marx für den republikanischen „Volksblock“ und Paul von Hindenburg für den antirepublikanischen „Reichsblock“ gegenüber; Ernst Thälmann kandidierte ohne Aussicht, die Mehrheit der Stimmen zu erringen. Hindenburg siegte, wurde 1932 im Amt des Reichspräsidenten bestätigt und übte es bis zu seinem Tod am 2. August 1934 aus. Im Januar 1933 ernannte er Adolf Hitler zum Reichskanzler.

AR

Das Geschäft mit den Amateuren

College-Sport in den USA immer beliebter

Foto: Adam Glanzman/flickr.com/CC BY 2.0

Blue Devils Duke – Die Fans der US-College-Meister im Basketball (männlich).

Es ist eines der größten Spektakel des US-Amerikanischen Sports: Die Basketball-Turniere der NCAA, der National Collegiate Athletic Association. Die „Final Four“ – die Finalspiele der vier besten Teams der US-Amerikanischen Universitäten – sind inzwischen ausgetragen, Duke hat gewonnen. Aber das ist vielleicht gar nicht so wichtig,

Foto: picnic-basket.com

Eine solche Parkscheibe kann käuflich erworben werden und kostet mindestens 24.95 US-Dollar.

denn über eine Milliarde US-Dollar sollen im College-Basketball (besonders bei den Turnieren im März, der sogenannten „March Madness“) an Werbeeinnahmen geflossen sein, mehr als beim „Super Bowl“, dem Endspiel des American Football. Bei so viel Geld gerät das Sportliche schon mal in den Hintergrund.

Dabei sind die Stars des College-Sports allesamt Amateure, wie NCAA-Präsident Mark Emmert immer wieder betont. Amateur-Sport, dass bedeutet im Verständnis der NCAA maximale Einnahmen bei minimalen Ausgaben, und für die SportlerInnen: maximales Risiko. Denn nur unter zwei Prozent derjenigen, die einen Vertrag mit der NCAA unterschreiben, werden später in den Profisport wechseln, beim Basketball sind es 1,2 Prozent der männlichen Sportler. Dazu kommt, dass die NCAA ein 440 Seiten umfassendes Regelwerk für ihre AthletInnen geschrieben hat, wo es unter anderem um ein umfassendes Verbot von finanziellen oder sonstigen materiellen Zuwendungen an die SportlerInnen durch Dritte geht.

Was dies für SportlerInnen aus ärmeren Familien konkret bedeuten kann, äußerte Shabazz Napier, der mit dem Team der University of Connecticut 2011 und 2014 Meister wurde, nach Ende der Basketball-Finalserie im letzten Jahr: „Manchmal gab es hungrige Nächte, Nächte in denen ich nichts zu essen hatte, in denen ich hungrig zu Bett gehen musste.“

Die SpitzensportlerInnen im College-Sport erhalten als Gegenleistung vor allem eins: „Bildung an den besten Universitäten der Welt“, wie NCAA-Präsident Mark Emmert stolz erzählt. Wie so eine Spitzenausbildung aussieht, davon wissen Football-Spieler wie Richard Sherman zu berichten. Der Tag sei verplant mit Training, berichtet der heutige Profispieler aus seiner College-Zeit. Zeit zum Studieren gebe es einfach nicht.

Die in diesem Jahr erscheinende Dokumentation „The Business of Amateurs“ interviewte College-Sportler zu ihrem akademischen Werdegang. Gerne wurden Fächer wie Swahili belegt, eine Sprache mit unter zehn Millionen MuttersprachlerInnen weltweit. Auch konnten die Athleten keinen Satz in der Sprache bilden, die sie studieren. Solche Bildungsangebote werden intern als „paper class“, also als Kurse bezeichnet, die nur auf dem Papier stattfinden und einen Notenschnitt sichern sollen, der die weitere Teilnahme am Sportprogramm nicht gefährdet (hier gibt es formale Zugangsvoraussetzungen). So sieht die Elite-Bildung auf Elite-Universitäten aus, die die Amateure als Gegenleistung für Spitzensport und dessen Verwertung erhalten.

Maximales Risiko für die AthletInnen

Aber nicht nur die akademische Ausbildung lässt zu wünschen übrig. So kritisierte der Geschäftsführer von Alba Berlin, Marco Baldi, dass Alba-Spieler Niels Giffey, der das College-System durchlaufen hatte und im Meisterschaftsteam Connecticuts 2014 eine wichtige Rolle spielte, einseitig ausgebildet worden sei. Der Spezialisierungsgrad sei hoch, die Funktion des Spielers auf ein besonders zusammengestelltes Team abgerichtet.

College-Sport ist attraktiv, keine Frage. Das System hat sich schöne Seiten bewahrt, die im Profisport verloren gegangen sind, trotz Dauerwerbung und Millionengeschäft. Bei zwei gespielten Halbzeiten á 20 Minuten, 30 Sekunden für einen Angriff, einer gleichmäßig runden Dreierlinie und Freiwürfen, bei denen der Spieler bei Verwerfen des ersten keinen zweiten mehr bekommt, wird älteren Aktiven heimelig zumute. Und für die ZuschauerInnen bedeutet dies: keine auf Werbepausen abgestimmten Aus- und Viertelzeiten, kein lähmendes Taktieren der Coaches usw. Auch wenn die Show um den Sport zunehmend an Bedeutung gewinnt, es werden während des Spiels (noch) keine Snacks an die ZuschauerInnen am Spielfeldrand serviert. Dazu kommt, dass das Engagement der SpielerInnen zumindest im Basketball beim College-Sport sichtbar größer ist. Das kann auch gar nicht anders sein, denn die Profiliga NBA lässt inzwischen über 80 Spiele in der regulären Saison austragen – mit Dauer-Eifer steht das keiner durch, mit den eigenen Kräften haushalten ist angesagt.

Größeres Engagement, weniger Routine – da kann es durchaus zu Verletzungen kommen, wie auch das Finale der „Final Four“ in diesem Jahr gezeigt hat. Sind diese schwerwiegend, dann schlägt der Amateur-Status der SportlerInnen richtig durch. Absicherungen, die im Profisport selbstverständlich sind, gibt es im College-System nicht. Auch das Stipendium ist an die sportliche Leistung gebunden.

Ein System ganz im Sinne des amerikanischen Traums: Es zählt nicht die überwältigende Mehrheit derer, die es nicht schaffen und schon gar nicht diejenigen, die sich verletzen, Scheitern und vor dem Nichts stehen. Nur die 1,2 Prozent, die als Profisportler, Vorbilder, Stars in die Kamera lächeln, schreiben die (Erfolgs-)Geschichte des College-Sports. Und die wird im nächsten Jahr sicher fortgesetzt – solange SportlerInnen ihre Scheine in Swahili machen und die NCAA-Unis ein paar Millionen von den wirklich wichtigen Scheinchen.

Lars Mörking

Der rote Kanal

***Night Will Fall*, GB 2014**
1945 entdecken die Alliierten bei ihrem Vorstoß über Europa die ersten Konzentrationslager. Renommierte Regisseure wie Alfred Hitchcock werden beauftragt, Filmdokumente der Todeslager zu erschaffen. Im Zeichen des beginnenden Kalten Krieges landet Hitchcocks Film unvollständig in den Archiven. Nach jahrelangen Recherchen ist es nun gelungen, ihn zu rekonstruieren. Der Dokumentarfilm „Night Will Fall“ zeigt die Wiederherstellung und erzählt die Geschichte der Befreiung der Konzentrationslager 1944/45.
So., 26. 4., 23.05–0.25 Uhr, mdr

***Der Mann, der nach Oma kam*, DDR 1972**
Der film-dienst schrieb: „Lustspiel mit zahlreichen originellen Einfällen, die vor allem aus der Umkehrung traditionellen Rollenverhaltens entstehen.“
Mo., 27. 4., 20.15–21.45 Uhr, mdr

***Dünkirchen, 2. Juni 1940*, F 1964**
Die Verfilmung des Romans Wochenend in Zuidcoote von Robert Merle schildert das Schicksal der französischen Soldaten, denen die Evakuierung im Angesicht der faschistischen Wehrmacht von den britischen Verbündeten verweigert wird.
Mo., 27. 4., 23.40–1.40 Uhr, mdr